Kurdistan Report

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten

Nr. 132 Juli/August 2007 2,50 Euro



- Wahlen und Politik in der Türkei
- Die Wasserfrage im Mittleren Osten am Beispiel des Ilisu-Staudamms

In dieser Ausgabe berichten wir über:

Kurdistan Report Nr. 132 Juli/August 2007

Impressum

Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU - Informationsstelle Kurdistan e.V.
Schanzenstr. 117
20357 Hamburg
k.report@gmx.de

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Internet-Adresse:
www.kurdistanreport.de

Druck:
PrimaPrint, Köln

Preise:
Jahresabonnement
6 Exempl. 15,– Euro plus Portokosten

Einzelexempl.: 2,50 Euro

Dänemark 20 dkr.
Großbritannien 2 bp.
Norwegen 20 nkr.
Schweden 20 skr.
Schweiz 4 sfr.

Titelbild:
OHAL–Ausnahmezustand

Rückseite:
MUNZUR E MAWO !

Umschlag:
Entwurf und Gestaltung:
Annett Bender

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Artikel, LeserInnenbriefe und Fotos sind erwünscht und werden nach Möglichkeit abgedruckt. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.

Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.



„KandidatInnen der tausend Hoffnungen"eröffnen ein Wahlbüro in Diyarbakır Foto: DIHA



Versammlung der Bevölkerung von Bağlar/Diyarbakır unter freiem Himmel Foto: DIHA



Demonstration nach Hasankeyf Foto: DIHA

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Schwerpunkte unserer aktuellen Ausgabe zur Situation in und um Kurdistan erscheinen uns fast als ein Déjà-vu-Erlebnis: Wahlen in der Türkei als Kristallisationspunkt einerseits repressiver, andererseits hoffnungsvoller Strategien, forcierte Kriegsanstrengungen und Ausnahmezustand, Massenhysterie und Lynchmob. Als habe es die Bemühungen und Ansätze der vergangenen Jahre überhaupt nicht gegeben, eine friedenspolitisch konstruktive Perspektive mit Leben zu erfüllen.

Sehen wir uns die Analysen zur Situation der kurdischen Frage und die daraus gezogenen Schlüsse allein in dieser Ausgabe an, so wird durchgehend die Gefahr eines wieder offenen Krieges durch die türkische Generalität gezeichnet. Zwar ohne politisch fundierte Aussichten auf irgendeinen Erfolg, aber ist es nicht ein wesentliches Merkmal von Kriegern, Krieg zu führen? Besonders im Fall der türkischen Armee und der sie unterstützenden reaktionären Eliten, die zur eigenen Existenzsicherung und zum Statuserhalt die Eskalation suchen, ohne Rücksicht auf Verluste. Denn allen Beteiligten ist klar, am schwersten betroffen wird auf jeden Fall wieder die Zivilbevölkerung sein. Die Menschen in Kurdistan, die schon über lange Zeit Leid erfahren mussten, den Verlust ihrer Heime, Existenzgrundlagen, Gesundheit und Leben.

Die Mobilmachung läuft auf allen Ebenen. Die Armee wird mobilisiert, Busunternehmen werden bei Strafandrohung zu Militärtransporten requiriert. Der Ausnahmezustand wird wieder eingeführt, in einzelnen kurdischen Provinzen, aber auch in der eigenen Gesellschaft. Schon länger werden die Menschen in der Türkei propagandistisch aufgeputscht und chauvinistisch ausgerichtet. Die Aufrufe des Militärs haben nicht nur dazu geführt, dass große Menschenmengen nationalistisch aufmarschieren, sondern inzwischen auch verstärkt einzelne Menschen oder Büros angegriffen werden. Wer ein „falsches" Bild auf dem Hemd trägt, eine „falsche" Zeitung liest, anscheinend aus der „falschen" Gegend, nämlich Kurdistan, kommt, erfüllt jetzt schnell das propagierte Feindbild und läuft Gefahr, dem Lynchmob zum Opfer zu fallen. Pogromartige Vorfälle scheinen nicht mehr ausgeschlossen.

Die geplante Parlamentswahl im Juli steht also unter keinem guten Stern. Alle Hebel werden von staatstragender Seite in Bewegung gesetzt, die Voraussetzungen im Sinne der Armee und ihrer Hardliner zu schaffen. Wahlbestimmungen wurden angepasst, Dorfbewohner bedroht, ja nicht DTP-nah zu wählen. Der verhassten demokratischen und kurdischen Seite wird die Beteiligung so schwer wie möglich gemacht. Deren unabhängige „KandidatInnen der 1 000 Hoffnungen" nehmen sich dagegen aus wie zarte Knospen auf lebensfeindlichem Untergrund. Ihre Zuversicht, ihr Mut sind wohl nur zu verstehen vor ihrem Hintergrund, sich permanent durch die Unterdrückungsmaßnahmen hindurchkämpfen zu müssen. Es ist ihr Alltag. Bleibt abzuwarten, ob ihnen eine Chance gelassen wird.

Zumindest eine positive Nachricht lässt sich von ganz anderer Stelle vermelden: Die Züricher Kantonalbank, einer der drei europäischen Finanziers des Ilisu-Projekts bei Hasankeyf, hat sich jetzt aus dem Vorhaben zurückgezogen. Wir wünschen der europaweiten Mobilisierung gegen dieses zerstörerische Großprojekt viel Erfolg bei ihrer weiteren Arbeit, zumal die Exportkreditabsicherungen von europäischer Seite angesichts der türkischen Widerspenstigkeit noch nicht einmal unterzeichnet sein sollen. Sind die jetzt begonnenen Enteignungen im Ilisu-Gebiet der Versuch von türkischer Seite, Tatsachen zu schaffen in schwieriger Phase?

Die Redaktion

Eine Bewertung der aktuellen politischen Entwicklungen in der Türkei

Vertiefung der antikurdischen Haltung

Duran Kalkan, Ratsmitglied der KCK, Vereinigte Gemeinschaften Kurdistan

In der Türkei stehen Parlamentswahlen bevor und wir erleben eine Parallele zum Militärputsch vom 12. September 1980. Damals wie heute hat eine gescheiterte Präsidentschaftswahl zu einer innenpolitischen Krise geführt. Obwohl mehr als ein Vierteljahrhundert seit dem letzten Putsch vergangen ist, befinden wir uns am gleichen Punkt wie damals. Eben aufgrund dieser geschichtlichen Parallele handelt es sich bei der aktuellen Krise nicht um eine alltägliche, sondern um eine strukturelle Krise. Sie ist strukturell, weil die Krise sich in der Struktur der Republik vollzieht. Im Kern dieser Krise der Republik liegt die Tatsache, dass es sich bei der Türkei im wahren Sinne immer noch nicht um eine Republik handelt. Es herrscht ein militärisches System, dem ein Kleid übergezogen worden ist und anschließend Demokratie genannt wurde.

In der Türkei organisiert das Militär die Zellen jeglicher staatlicher Institutionen. Deshalb handelt es sich bei der türkischen Republik um eine militärische Organisation. Der Grundsatz „Die Souveränität liegt ohne Einschränkung bei der Nation" ist dazu da, diese Realität zu verdecken. Denn Herrscher ist in diesem System das Militär. Und es wird entsprechend der Befehls- und Führungskette vom Generalstab ausgeführt. Wir haben kein System, das entsprechend des Volkswillens in Form einer Verwaltung gewählt wird. Das Militär hat sich wie ein Staat organisiert, die Beschlüsse werden vom Generalstab gefällt. Die gefällten Beschlüsse und bestimmte Politik werden dann über den Nationalen Sicherheitsrat in den zivilen Bereich geführt. Bei dieser Überführung von militärischen Beschlüssen in den zivilen Bereich übernimmt in der Türkei der Staatspräsident die Rolle eines Koordinators. Aus diesem Grund ist die Wahl des Staatspräsidenten von so großer Bedeutung.

In der Türkei hat der Staat kein Vertrauen in die Gesellschaft

Bei der aktuell vorliegenden nationalistischen Mentalität in der Türkei handelt es sich um einen monistischen Despotismus. Diese nationalistische Logik, die den türkischen Staat beherrscht, passt nicht mit der anatolischen sozialen Realität der Türkei zusammen. Auf einer kulturellen Basis herrscht Verleugnung, was auch einer der Gründe für die aktuelle Krise ist. Der Erfolg der AKP bei den letzten Wahlen hängt zusammen mit der Suche des Staates nach einem Bündnis zur Verhinderung der Entwicklung des kurdischen Befreiungskampfs. Dieses Ziel – die Behinderung des kurdischen Befreiungskampfs – stellt zugleich auch den Hauptfaktor dar, der diese strukturelle Krise des Regimes offensichtlich werden lassen und zu einer Veränderung gezwungen hat. Eben deshalb musste das Regime ein Bündnis mit der religiösen Strömung eingehen und dieser Zugeständnisse machen, um die Bewegung unterdrücken zu können. Ich meine damit, dass die Regierung, das Regime des Staates, ein bewusstes Bündnis mit islam- und religionsorientierten Kreisen geschlossen hat, das nur das Ziel verfolgte, die kurdische Bewegung stärker zu unterdrücken, um sie somit zur Niederlage zu bringen. Diese Tendenz jedoch entwickelte sich mit der Zeit zu einer Bedrohung des eigenen grob materialistischen Laizismusverständnisses. Dies führte natürlich in eine Sackgasse. Denn dieser Kompromiss mit der AKP auf der Grundlage der Vernichtung der kurdischen Bewegung würde bedeuten, die Regel des materialistischen Laizismus zu neutralisieren oder zu bedrohen. Also gehe ich davon aus, dass in den Jahren 2005–2006 dieses Bündnis zugunsten der eigenen Profite und auf der Grundlage der Vernichtung der kurdischen Bewegung geschlossen wurde. Denn jeder hatte unterschiedlichen Nutzen und Profit von diesem Bündnis. Vermutlich ging die AKP davon aus, durch die Unterdrückung der Kurden an Kraft zu gewinnen, somit auch das Militär loszuwerden und im Anschluss die absolute Macht in die Hand zu bekommen. Das Militär hingegen handelte im Rahmen des Planes, durch die Unterdrückung der PKK auch die AKP loszuwerden, um somit dann den Krisenzustand der Republik beizubehalten. Sie sind zu einem Bündnis zusammengekommen und haben gemäß eines umfassenden Kriegskonzepts das gesamte Jahr 2006 über intensive Angriffe durchgeführt. Dieses Konzept wurde „PKK-Säuberungsplan" genannt. Im wahrsten Sinne des Wortes war es ein umfangreicher Plan.

Die PKK leistete Widerstand und der Plan zerfiel

Das Resultat war natürlich in keinster Weise im Sinne ihres Planes. Denn ich möchte daran erinnern: Der Plan war, noch vor der Wahl des Staatspräsidenten die PKK zu eliminieren. Was wäre denn, wenn die PKK eliminiert worden wäre, möchte ich fragen. Ohne Zweifel, die Konflikte wären nur noch stärker geworden. Die AKP-Regierung wäre einen

Schritt weiter gegangen, weil sie davon ausgeht, dass sie alles in der Hand hat. Das Militär hätte hiergegen wiederum eine Phase gestartet, die – wie es auch in der Zeit von Erbakan, Özal und Menderes der Fall war – die vollkommene Ausradierung der AKP aus der Politik als Ziel hätte. All dies geschah natürlich nicht. Die Konflikte entwickelten sich nicht in diesem Ausmaß, denn die PKK konnte nicht vernichtet werden: Sie leistete Widerstand, womit dieser Plan dann zerfiel. All diese Entwicklungen führten dazu, dass beide „Mächte" [*Regierung und Militär*] immer noch auf der politischen Arena ihre Spielchen spielen können, ohne sich gegenseitig ausradiert zu haben. Eine immer noch andauernde oberflächliche Krise zwischen diesen beiden Mächten war das Resultat.

Die AKP verändert die klassische Republik

Seit nunmehr fünf Jahren ist die AKP an der Macht. Überall versucht sie sich zu organisieren und zu institutionalisieren. Sie verändert die klassische Republik, dies ist die gegenwärtige Realität. Sollte dies wie bisher weitergehen, würde es bedeuten, dass die klassische Republik ihrem Ende zugeht. Um eben diesen Zustand zu stoppen – diese Bestrebungen, die Republik zu verändern – und auf ein Minimum zu reduzieren, wurden die militärischen Operationen durchgeführt. Doch sie sahen, dass die PKK nicht vernichtet werden konnte. Hierauf basierend stellte die AKP die Berechung an, ob sie denn nicht auch bei der Wahl des Staatspräsidenten gewinnen könnte. Doch dies wurde seitens des Militärs nicht zugelassen. Kurze Zeit nach dieser radikalen Auseinandersetzung zwischen Regierung und Militär fand dann jedoch eine eher ruhige Zeit statt. Meiner Meinung nach ist das zurückzuführen auf die Tatsache, dass das Militär, hätte es die AKP ganz außer Kraft gesetzt, mit der PKK allein fertig werden müsste. Daher musste es seine Anti-AKP-Position reduzieren. Mehr hätte das Militär gar nicht machen können. Denn de facto hatten sie sich schon in alle Regierungsangelegenheiten eingemischt.

Das Militär möchte die AKP noch etwas länger benutzen

Im Endeffekt ist zu sehen, dass das Militär es nicht zuließ, dass die AKP die Staatspräsidentschaft übernimmt. Eine absolute Isolierung der AKP-Regierung war jedoch auch nicht zu sehen. Denn das Militär möchte die AKP noch etwas benutzen. Die Krise um die gescheiterte Wahl eines neuen Staatspräsidenten, woraufhin vorgezogene Parlamentswahlen auf die Tagesordnung kamen, bewerte ich in diesem Rahmen. Um es noch einmal zusammenzufassen: Um sich gegenseitig zu schwächen, haben sich sowohl das Militär als auch die Regierung gegenseitig „angegriffen"; die AKP-Regierung versuchte durch diesen „Angriff", die Staatspräsidentschaft zu erlangen, das Militär jedoch hat durch diesen „Angriff" erreicht, dass es zu allgemeinen Wahlen kam. Die Bedeutung dieser Offensive des Militärs hat einen großen Stellenwert. Dass das Militär es geschafft hat, die Parlamentswahlen auf diese Art herbeizurufen, kommt einer politischen Zähmung der AKP gleich.

Die Macht wird erneut geteilt

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist, dass die Macht zwischen den „Machthabenden" erneut aufgeteilt wird. Die Macht der Oligarchie der Türkei wird neu verteilt. Bestimmte Kräfte treten in den Vordergrund, andere in den Hintergrund. Dieser Prozess könnte auch „Auseinandersetzung für die Schaffung einer neuen Balance" genannt werden. Trotz der gegenseitigen Anstürme des Militärs und der Regierung sind sowohl Yaşar Büyükanıt als auch Tayyip Erdoğan auf der Suche nach neuen gemeinsamen Kompromissen untereinander. In diesem Sinne soll die AKP im politischen Kontext gezähmt werden. Dafür ist das Militär bereit, etwas von dem „Machtkuchen" abzugeben. Die gegenwärtigen Wahlen werden also erneut auf der Grundlage eines neuen Bündnisses gegen die kurdische Befreiungsbewegung und mit der Zielsetzung, eine neue Macht zu schaffen, durchgeführt. Basierend auf dieser neuen „Macht" soll die gegenwärtige Verleugnungs- und Vernichtungspolitik weiter praktiziert werden. Das ist die gegenwärtige Realität des Generalstabs. Daher gibt es auch keine Veränderung in seiner politischen Haltung, die die Mentalität der Verleugnungs- und Vernichtungspolitik beinhaltet. Auch ist von einer Veränderung in der vom Generalstab zentralisierten Verwaltung nicht zu sprechen. Mit diesen Wahlen ist also auch geplant, eine neue Regierung zu wählen, die eben diese Art von Politik institutionalisieren kann. Sie werden versuchen, viele verschiedene Kreise auf der Grundlage dieser Zielsetzung zu benutzen. Dies bringt natürlich sowohl die Position der AKP, die eine Lösung der kurdischen Frage in keiner Weise vorsieht, als auch die Position anderer politischen Parteien in Gefahr. Was sie auch vertreten mögen, wie liberal sie sich auch verhalten, sollten sie auf diese Weise an die Macht kommen, werden sie ohne Frage der Linie der „Neo-Ittihatçı" [*historisch: Anhänger der Jungtürken-Partei „Einheit und Fortschritt"*] sowie der „Roter-Apfel"-Koalition dienen. Deren Aufgabe wird es sein, die Verleugnung und Vernichtung der Kurden umzusetzen. Natürlich wird dies verdeckt stattfinden. Man kann also jetzt schon von solch einer Gefahr sprechen.

Die kurdische Frage stellt die Grundlage der innenpolitischen Debatte dar

All diese Entwicklungen und Tatsachen zeigen uns offen, dass die kurdische Frage, oder eher gesagt die Ausweglosigkeit in der kurdischen Frage, die Grundlage der innenpolitischen Debatte in der Türkei darstellt. Die Tagesordnung wird also bestimmt von der Tatsache, dass die kurdische Frage nicht unterdrückt und nicht besiegt werden kann, sowie von der weiteren Tatsache, dass die kurdische Bewegung trotz aller Angriffe auf einer politischen Lösung dieser Frage beharrt. Auch die Türkei hat das mittlerweile erkennen können. Daher herrschen Jähzorn und Aggression. Es findet eine Vertiefung der antikurdischen Haltung statt, die einer Kurden-Feindschaft gleichkommt, weil ihre Pläne von kurdischer Seite zerstört werden.

Die Kurden werden immer mehr als Feind betrachtet

Die sich zunehmend entwickelnde Feindschaft gegenüber den Kurden in der Türkei ist deutlich sichtbar. Unser Vorsitzender wurde vergiftet. Gegen unseren Parteivorstand wurden unzählige Komplotte durchgeführt. Verhaftungen in Europa und Irak wurden vorangetrieben. Der Druck im Flüchtlingslager Maxmur hat zugenommen. Auch die Repression gegenüber der DTP nimmt zu. Die Verhaftung von so vielen Menschen in letzter Zeit, die Repressalien seitens der Polizei und Sicherheitskräfte gegenüber unserem Volk, die Verhaftungen seitens Irans und Syriens, die im Rahmen eines Bündnisses mit der Türkei durchgeführt werden, sowie die hohe Erwartung an die USA, die kurdische Bewegung zu eliminieren, und nicht zuletzt die militärischen Operationen gegenüber der Guerilla, die mitten in Winterverhältnissen ständig fortgesetzt wurden, zeigen deutlich, wie stark die antikurdische Haltung der türkischen Machthabenden ist. Wir gehen davon aus, dass sich die Lage weiter verschlechtern wird. Die Situation kann in eine irrsinnige Lage geraten. Wir gehen von solch einer Gefahr aus.

Sowohl die Kurden als auch die Türken sollten diese Gefahr erkennen

Die eben dargestellte Gefahr wird sich auch auf die Gesellschaft in der Türkei auswirken. Sowohl die Kurden als auch die Türken sollten diese Gefahr deutlich erkennen und sich gegen diesen Verlauf stellen. Denn die Kurden können nicht so leicht vernichtet werden, wie es bei den Griechen und Armeniern der Fall war. Zumindest stellt das kurdische Volk eine große Gesellschaft dar. Sollte sich diese irrsinnige Mentalität, die den Angriff auf die Kurden als legitim und unverzichtbar ansieht, verbreiten, werden sich die Zusammenstöße vermehren. Diese Zusammenstöße werden sowohl dem kurdischen Volk als auch dem türkischen Volk schaden. Daher ist dies auch für die türkische Gesellschaft eine Gefahr. Die demokratischen Kreise in der Türkei sollten diesen Werdegang erkennen und sich dagegenstellen. Wenn dies nicht geschieht, wenn sich die demokratischen Kreise nicht mit der kurdischen Befreiungsbewegung vereinen und sich diese irrsinnige Mentalität der Türkei nicht ändert, werden sich all diese Punkte als eine große Gefahr für die Gesellschaft in der Türkei zeigen. Die „Roter-Apfel"-Fraktion, die die Unterstützung des Generalstabs genießt, bezieht sich auf die Mentalität und Politik, die auf der Leugnungs und Vernichtungspolitik gegenüber den Kurden beharrt. Die eigentliche Gefahr ist eben diese! ♦

Wir haben den Waffenstillstand offiziell nicht aufgehoben

Bozan Tekin, Exekutivratsmitglied der KCK

Durch die Intervention des Militärs geriet die Wahl des Staatspräsidenten in eine Krise, was dann in vorgezogene Parlamentswahlen mündete. Wieder mischte die Armee sich in die Politik ein und die Spannungen und Auseinandersetzungen haben zugenommen. Was wird vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen aus dem Waffenstillstand? Wie wird sich die Bewegung bei den Wahlen verhalten?

Wir waren entschlossen, den Waffenstillstand bis zum 18. Mai aufrechtzuerhalten. Warum der 18. Mai? Als wir den Beschluss zum Waffenstillstand fassten, hatten wir sowieso mindestens den Mai vor Augen. Später verwies auch unser Vorsitzender auf den 18. Mai, den Termin der Wahl des neuen Staatspräsidenten, um ihm nach der Wahl die Chance zu bieten, seine Haltung darzulegen. Wir hießen es gut und warteten den 18. Mai ab. In der Zwischenzeit blieben wir natürlich nicht tatenlos. Wir waren beharrlich, um den Frieden zu entwickeln, und erneuerten ebenfalls entsprechende Appelle. Auch das kurdische Volk arbeitete mit entsprechenden Versammlungen, Appellen und Aktionen, ebenso gab es Aktivitäten von unterschiedlichen intellektuellen Kreisen, die uns zu einem Waffenstillstand aufgerufen hatten. Vielleicht war es nicht ausreichend, aber es war eine Haltung, eine Forderung, das war wichtig. Doch wie erwähnt kam die Wahl des Staatspräsidenten an die Reihe und die Situation änderte sich. Die Staatspräsidentschaft ist für das System von Bedeutung. Die „Neo-Ittihatçılar" [*vgl. S. 5*] sehen sie für ihr System als wichtig und ausschlaggebend an. Deshalb haben sie nicht akzeptiert, dass die AKP das Amt aufgrund ihrer Parlamentsmehrheit besetzt. Sie empfanden das als großes Risiko und Gefahr für sich. Also veröffentlichte der türkische Generalstab am 12. April eine entsprechende Erklärung und später am 27. April ein Memorandum, das einem Putsch gleichkommt.

Nach diesem Datum hat die AKP sowieso nicht sehr konsequent gehandelt. Eigentlich gab es gar kein Problem mit 367 Sitzen. Wenn dem so wäre, dann wären alle bisherigen türkischen Staatspräsidentenwahlen illegitim. Das würde auch bedeuten, dass dieser Staat bislang illegitim geführt wurde. Aber das ist nicht das Problem. Anstatt konsequent zu bleiben, hat die AKP die vorgezogene Wahl bevorzugt. Sie ist zurückgewichen. Wir konnten beobachten, dass die Wahl zum Staatspräsidenten sich zu einer Krise ausweitete. Das wiederum führte dazu, dass unsere Erwartung, bis zum 18. Mai einen neuen Staatspräsidenten zu haben, nicht eintrat. Der Beschluss, die Wahlen vorzu-

verlegen, veränderte daher die politische Atmosphäre. Wir haben unter diesen Umständen den Waffenstillstand nicht aufgehoben. Wir wollen abwarten, was die Wahlphase bringen wird. Wir haben uns dafür entschieden, um die Wahlphase nicht zu gefährden und um die Atmosphäre nicht anzuheizen. Der türkische Generalstab hatte durch seine Einmischung sowohl in der Gesellschaft als auch in der Politik zu erheblichen Spannungen beigetragen, unsere Haltung war es aber, diese zu entschärfen.

Aus diesem Grunde haben wir den Waffenstillstand offiziell nicht aufgehoben. Unsere Kräfte befinden sich in der Position der legitimen Selbstverteidigung. Aber es ist eine Tatsache, dass der türkische Generalstab angekündigt hatte, dass Mitte Mai die Situation eskalieren werde. Dem folgten umfassende Militäroperationen gegen unsere Kräfte. Das wiederum führte dazu, dass sich unsere Kräfte verteidigen mussten, was sie auch taten. So entwickelten sich die Gefechte und mit ihnen stiegen die Verluste. Als hätten die gefallenen Guerillas keine Angehörigen, keine, die sie liebten, als würden diese keinen Schmerz erleiden, wurden sie ignoriert und keines einzigen Berichtes gewürdigt, während für die getöteten Soldaten Begräbniszeremonien veranstaltet wurden. Das Leid der Angehörigen von getöteten Soldaten wurde auf eine sehr üble Weise missbraucht. Dies wurde schon im Vorfeld, im Zusammenhang mit den vom Generalstab organisierten Massenkundgebungen, vorbereitet. Und als dann auch die Leichen von Soldaten eintrafen, war es, als würde man Benzin ins Feuer gießen. Die gesellschaftlichen Spannungen wuchsen. Wir haben hieraus gesehen, dass der türkische Generalstab die Rolle des gesellschaftlichen Ingenieurs angenommen hat. Was macht ein gesellschaftlicher Ingenieur? Zuerst die Politik bestimmen, dann die Gesellschaft auf diese Politik ausrichten. Dazu gab es eine Erklärung des KCK-Präsidiums.

In dieser Phase handelten auch die Medien Armee-konform. Alle TV-Sender, alle Zeitungen brachten Schlagzeilen über die Gefechte und die bei den Gefechten ums Leben gekommenen Soldaten, den Schmerz der Familien dieser Soldaten, ihrer Ehefrauen, ihrer Kinder, um die nationalistisch-rassistischen Gefühle der Massen anzustacheln. Um die Anspannung noch mehr zu steigern. Wir haben auch dagegen reagiert. Sie versuchten, uns als die Seite darzustellen, die die Anspannung aufheizen würde. Das haben wir strikt abgelehnt und eine Gegenhaltung angenommen. Die Operationen wurden vom türkischen Militär durchgeführt. Die Guerilla verteidigte sich lediglich gegen die Soldaten, die gekommen waren, um sie zu töten. Das ist die Realität. Aber alles wurde verdreht und das kurdische Volk und die Bewegung wurden beschuldigt. Die von der chauvinistischen Politik vergifteten Kreise versuchten, das zuvor zur Flucht gezwungene kurdische Volk zu lynchen. Sie bezweckten, den Willen unseres Volkes durch Einschüchterung zu brechen.

Wenn die Militäroperationen eingestellt und die Repressalien gegen unsere Menschen beendet werden, wird es keinerlei Gefechte geben und folglich auch keine Verluste, weil wir uns sowieso in Waffenruhe befinden.

Auf der anderen Seite erklärten sie Siirt, Şırnak und Hakkari – auch wenn es anders benannt wird – zu Kriegsgebieten. Sie mobilisierten die Massen und verschärften das Polizeigesetz. Es ist für uns nichts Neues. Keine Zeit, zu der das kurdische Volk nicht unter außerordentlichen Bedingungen leben musste. Dieser Kriegszustand verschließt die Region vor der Außenwelt. Der türkische Staat hat bislang nie für alle Provinzen gleichzeitig den Ausnahmezustand verhängt. Es fängt mit ein paar Provinzen und Regionen an, dann wird es ausgeweitet. Das Problem wird nicht nur auf Siirt, Şırnak und Hakkari begrenzt bleiben. Es handelt sich um eine Politik, entwickelt nach einem umfassenden Kriegskonzept, mit der Zielsetzung, den freien Willen des kurdischen Volkes zu brechen. Die Planung eines ungestörten Massakers.

Die 10-%-Wahlhürde in der Türkei ist bekannt. Wer die nicht schafft, ist im Parlament nicht vertreten. Diese Bestimmung ist ausschließlich gegen die Kurden gerichtet. Daher haben sie beschlossen, mit unabhängigen KandidatInnen zur Wahl anzutreten. Aber auch diese Option wird erschwert. Eines der Ziele dieser Anspannung ist es, Kurdistan in eine Kriegsatmosphäre zu versetzen, damit die unabhängigen KandidatInnen sich nicht umfassend genug präsentieren können und damit das kurdische Volk seinen Willen nicht frei an der Urne ausdrücken kann. Das ist die Haltung der türkischen Armee. Neben einer Vielzahl von DTPlerInnen werden auch vom Volk gewählte BürgermeisterInnen aus an den Haaren herbeigezogenen Gründen abberufen. Festnahmen und Folter halten massiv an. Die Lüge der AKP von der „Null-Toleranz für Folter" ist aufgeflogen.

Ein weiterer Aspekt ist das Verhalten der türkischen Armee gegenüber der AKP, das einem Putsch gleichkommt. Aber es ist schon erstaunlich, wie sich die AKP, als bekannt wurde, dass die Kurden als Unabhängige kandidieren werden, mit allen Parteien im Parlament zusammentat, um zu beschließen, dass Unabhängige mit Parteigebundenen gemeinsam aufgelistet werden müssen.

Mit dieser neuen Regelung will man es den kurdischen WählerInnen erschweren, ihre KandidatInnen zu finden. Das ist ein äußerst beschämender Beschluss. Diese Kräfte erhoffen sich somit Vorteile aus der mangelnden Bildung unseres Volkes und bringen klar zum Ausdruck, was sie von ihm halten. Zugleich ist es ein deutliches Beispiel für den unethischen und unmenschlichen Charakter der rassistischen Politik des türkischen Staates. Trotz allem haben wir immer wieder versucht, das gleichberechtigte und freie Zusammenleben zu verteidigen, aber diese Annäherungsweise erschwert unsere Bemühungen.

Wenn die Militäroperationen eingestellt und die Repressalien gegen unsere Menschen beendet werden, wird es keinerlei Gefechte geben und folglich auch keine Verluste, weil wir uns sowieso in Waffenruhe befinden. Der Waffenstillstand kann naturgemäß andauern. Aus diesem Grund haben wir ihn nicht aufgehoben, weil wir erhoffen, dass die Wahl einer demokratischen Lösung eine Chance bieten kann. Aber die Haltung des türkischen Staates ist sehr offensichtlich. Er ist stets bemüht, seine Vernichtungs- und Verleugnungspolitik in vollem Umfang umzusetzen. ♦

Wahlen und Politik in der Türkei

Eine Republik voller Ängste und Furcht

Baki Gül, Journalist

Am 22. Juli 2007 soll in der Türkei die Parlamentswahl stattfinden. Geplant eigentlich für den November 2007, führten diverse Auseinandersetzungen zwischen den betreffenden Kräften noch vor der Wahl des Staatspräsidenten zu ihrer Vorverlegung. Der Streit um die Staatspräsidentenwahl zeigte lediglich die sichtbaren Aspekte einer anscheinend zwischen dem türkischen Militär und der regierenden Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei AKP bestehenden Krise. Hinter dem türkischen Militär jedoch stehen Parteien wie die *Republikanische Volkspartei* CHP, die *Nationalistische Bewegungspartei* MHP, die *Mutterlandspartei* ANAP, die *Partei des Rechten Weges* DYP, hinter der AKP dagegen nur die eigene Basis.

Die AKP kam bei der letzten Parlamentswahl am 3. November 2002 mit 34,43 % der Stimmen an die Regierung und konnte 365 Abgeordnete stellen. Deren Zahl reduzierte sich mit der Zeit in Folge von Rücktritten aus unterschiedlichen Gründen auf unter 350. Beim jüngsten Versuch, den Staatspräsidenten zu wählen, erreichte die AKP nicht die in der türkischen Verfassung festgelegte notwendige Abgeordnetenzahl von 367. Folglich wurde der Versuch abgebrochen und das Parlament terminierte die Parlamentswahl auf den 22. Juli 2007. Unter welchen Bedingungen jedoch wird diese stattfinden?

Die Regierung konnte für die kurdische Frage, eines der Hauptprobleme der Türkei, keine Lösung entwickeln. Die militärischen Auseinandersetzungen haben seit dem 1. Juni 2004 stark zugenommen. Obwohl die kurdische Guerilla ihre offensiven Aktionen einstellte und einen einseitigen Waffenstillstand verkündete, blieb eine Perspektive für die kurdische Frage im Rahmen einer demokratischen und politischen Lösung aus. Die türkischen Streitkräfte nahmen die PKK-Guerilla zum Vorwand, eine Intervention in Südkurdistan/Nord-Irak in die Diskussion zu bringen. Parallel dazu liefen fortwährend umfangreiche Militäroperationen innerhalb der Türkei. Hunderte Soldaten und Guerillas verloren ihr Leben. Die Repressionen gegenüber den kurdischen politischen VertreterInnen in den Kommunalverwaltungen und den politischen Parteien wurden enorm verstärkt. Die Gefechte boten Anlass, die Befugnisse von Polizei und Jandarma auszuweiten und in „einstweiligen Sicherheitsregionen“ den Ausnahmezustand auszurufen, was sehr wohl an die Kriegszeiten erinnert. Außerdem gab es hierbei Mobilisierungsaktionen wie sonst eigentlich nur unter Kriegsbedingungen. Skandale wie in Şemdinli und Susurluk, in die Militär und Sicherheitskräfte verwickelt waren, sind vertuscht worden. Alle diese Gründe führten dazu, dass sich die Anspannung und die politischen Auseinandersetzungen in der Gesellschaft widerspiegelten, die sich auch polarisierte und Feindbilder aufbaute. Im Verteilungskampf um die Staatsgewalt zwischen AKP und Armee veröffentlichte der türkische Generalstabschef per Internet ein Memorandum, in dem er die Gesellschaft gegen die AKP mobilisierte, um der Regierung die Grenzen zu zeigen. In allen großen Städten der Türkei wurden so genannte „Republik-Kundgebungen“ organisiert, angeführt von ehemaligen Soldaten in „zivilgesellschaftlichem“ Rahmen. Eine eigenartige Frontbildung ist die Folge; die türkische Gesellschaft ist damit so beeinflusst worden, dass sie mit der Forderung „Laizismus und Republik“ gegen die AKP-Regierung auftritt, parallel dazu jedoch auch mit dem „Nationalismus“-Argument gegen die Kurden.

Im Zusammenhang mit einem Militärputsch gab es in der Geschichte der türkischen Republik immer wieder, direkt oder indirekt, Eingriffe in die Politik. Gefolgt von bleibenden gesellschaftlichen Schäden und Veränderungen in der politischen Landschaft. Die gegenwärtige Intervention des Militärs, die ja noch vor der Wahl am 22. Juli stattfand, wird durch den Einsatz von Instrumenten des digitalen Zeitalters wiederholt. Denn wenn die Türkei eine Republik voller Ängste und Furcht ist, so ist sie gezwungen, die Apparate der Angst und Furcht ständig zu stärken, um existieren zu können. Die ewigen „Feinde von außen“ und „misstrauische Nachbarn“ verkörpern historische Ängste der Republik. Periodische Sorgen hingegen treten als „Kommunismus“, „Scharia“ und „Kurden“ auf.

In allen Erklärungen des türkischen Generalstabs wird auf die Angst und die Sorge hingewiesen, 2007 bestehe die größte Gefahr der Republikgeschichte. Die Gefahr eines PKK-Aufstandes und die subtile Schariabedrohung innerhalb der AKP scheinen sich seiner Meinung nach mit dem verstärkten Interesse fremder Mächte an der Türkei und den angrenzenden Regionen zu überschneiden. Dies wird jedoch die Republik Türkei ihrem Ende näher bringen.

Aus diesem Grunde ist die Neuplanung der politischen Arithmetik in der

Türkei notwendig. Als Gespräche und Ermahnungen zwischen Militär und Regierung nicht mehr ausreichten, reagierte der türkische Generalstab mit einem Paukenschlag, dem Internet-Memorandum. Die Selbstsicherheit Tayyip Erdoğans und die Akzeptanz für Abdullah Gül fielen plötzlich weg. Nun steht die Türkei erneut kurz vor Wahlen und ist hinter neuen Balancen und Bündnissen her. Lassen Sie uns zurückblicken, welche Ergebnisse bisher aus Wahlen nach militärischen Interventionen hervorgingen:

Bei den Wahlen 1954 und 1957 war die *Demokratische Partei* DP die stärkste Partei, aber nach dem Militärputsch vom 27. Mai 1960 sah das Ergebnis 1961 so aus:

Partei	%	Stimmen	Sitze
CHP	36,74	3.724.752	173
AP	34,80	3.527.435	158
CKMP	13,96	1.415.390	54
YTP	13,73	1.391.934	65
Unabhängige	0,81	81.73	

Quelle:
www.konrad.org.tr/secim/ayrinti.php?yil_id=4

1965 und 1967 war die Gerechtigkeitspartei AP, als Nachfolgerin der DP, stärkste Partei. Die Wahl 1973 nach dem Militärputsch vom 12. März 1971 brachte folgende Ergebnisse:

Partei	%	Stimmen	Sitze
CHP	33,29	3.570.223	185
AP	29,82	3.197.897	149
DP	11,89	1.275.502	45
MSP	11,80	1.265.726	48
CGP	5,26	564.343	13
MHP	3,38	362.208	3
BAG	2,80	300.634	6
TBP	1,14	121.759	1
MP	0,58	62.377	

Quelle:
www.konrad.org.tr/secim/ayrinti.php?yil_id=7

Nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 fand erst 1983 wieder eine Wahl statt. Die Stimmenverteilung:

Partei	%	Stimmen	Sitze
ANAP	45,14	7.833.148	211
HP	30,46	5.285.814	117
MDP	23,27	4.036.970	71
Unabhängige	1,13	195.588	

Quelle:
www.konrad.org.tr/secim/ayrinti.php?yil_id=9

Aus der Wahl 1991 ging die DYP, 1995 die *Refah*-Partei als stärkste Partei hervor. 1999, nach der militärischen Intervention in die Politik (Militärputsch in modifizierter Gestalt) vom 28. Februar 1997, traten 21 Parteien an. Die Wahlergebnisse:

Partei	%	Stimmen	Sitze
DSP	22,19	6.919.668	136
MHP	17,98	5.606.634	129
FP	15,41	4.805.384	111
ANAP	13,22	4.122.926	86
DYP	12,01	3.745.417	85
CHP	8,71	2.716.096	
HADEP	4,75	1.482.194	

Quelle:
www.konrad.org.tr/secim/ayrinti.php?yil_id=13

Die Regierung der AKP, stärkste Partei der letzten Parlamentswahl 2002, wurde mit dem Militärmemorandum vom April 2007 bedroht. Somit kann das Ergebnis der vorgezogenen Wahl am 22. Juli dem Bild, das in der Vergangenheit bei Wahlen nach Militärputschen entstand, sehr ähnlich werden.

Wenn sich in der Türkei die kurdische Dynamik klar definiert, die qualitativen Unterschiede von „rechts" und „links" auflösen und die Charakteristiken der Globalisierung in ihrem Einfluss auf die türkische Politik widerspiegeln, kann es zu bedeutenden Abweichungen in den Berechnungsgrundlagen der Armee kommen. In der Türkei sind mittlerweile die ideologischen Unterschiede zwischen „rechten" und „linken" politischen Parteien verschwunden. Die angeblich sozialdemokratisch orientierte CHP gebärdet sich radikaler als die für ihre faschistischen und rassistischen Äußerungen bekannte MHP, die AKP sozialdemokratischer als die CHP, etc. Die AKP hingegen erzeugt mit der Präsentation von Personen aus dem rechten, dem linken sowie dem liberalen Spektrum die Vision einer „eklektischen" Partei. ANAP und DYP, über Jahre hinweg Regierungsparteien, begannen einen endlosen Diskurs über eine mögliche Einigung. Die linken demokratischen Kreise wiederum haben es weder geschafft, eine stabile Position gegenüber der Repression, der sie ausgesetzt waren, zu zeigen, noch waren sie bei der Schaffung einer alternativen Politik kreativ.

Aufgrund der 10-%-Hürde entschieden sich die kurdischen Kreise schließlich, zur Parlamentswahl mit unabhängigen KandidatInnen anzutreten, mehr als vierzig in den kurdischen Provinzen und den türkischen Metropolen, darunter auch bekannte MenschenrechtlerInnen der Türkei, Intellektuelle sowie die Vorsitzenden von ÖDP und EMEP. Während die Türkei sich auf die Wahl vorbereitet, ist es noch nicht möglich einzuschätzen, mit welchem „Türkei-Bild" die politischen Parteien nach dem 22. Juli konfrontiert sein werden.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt (13. Juni 2007) steht immer noch nicht fest, ob die Wahl evtl. verschoben werden könnte. Wenn sie auch gering ist, so besteht doch eine Wahrscheinlichkeit dafür. Denn die militärischen Konfrontationen zwischen kurdischer Guerilla und türkischem Militär beeinflussen sehr stark die politische Tagesordnung in der Türkei. Die Wahl bleibt gegenwärtig angesichts der militärischen Zusammenstöße im Schatten.

Deutlich ersichtlich positioniert das türkische Militär die politischen Parteien im eigenen Interesse gegen die AKP, gegen die Kurden und gegen internationale Kräfte wie die EU und USA. Daher ist nicht absehbar, dass die jeweiligen Parteien Vorschläge für EU, Aleviten, kurdische Frage, wirtschaftliche Entwicklung, Umwelt, Bildung und ähnliche Problemfelder haben werden. Wenn wir uns die politische Vergangenheit der türkischen Republik anschauen, auch einen Blick auf die gegenwärtige politische Tagesordnung werfen und parallel dazu die innen- und außenpolitischen Dynamiken bewerten, ist deutlich erkennbar, dass die Wahl am 22. Juli die Türkei mehr als erwartet in eine angespannte Lage bringen wird. ♦

Welchen Weg geht die Türkei?

Banden und Putschisten bäumen sich auf

Günay Aslan, Journalist und Schriftsteller

Die Menschen in der Türkei werden gegenwärtig ihrer Hoffnungen beraubt. Angesichts der Ereignisse in diesem Land überfällt sie Pessimismus und jegliche Zukunftshoffnungen schwinden. Niemand kann die Entwicklungen vorhersehen oder den Überblick behalten, Trübsinn ist bestimmend. Dahinter stecken die strukturellen Probleme dieses Landes. Weil das deformierte und längst unzeitgemäße System, auf das sich der türkische Staat von Anfang an gegründet hat, in Auflösung begriffen ist, bildet es die Quelle für die aktuellen Schwierigkeiten und lässt zugleich um die Zukunft fürchten. Es führt zu Besorgnissen, weil die schwerwiegenden Probleme im In- und Ausland die Kriegsgefahr erhöhen.

Die 2005 mit der Türkei begonnenen EU-Beitrittsverhandlungen weckten die Hoffnung, dass auf diesem Weg ihre gravierenden Probleme eine Lösung im Rahmen der Demokratie finden könnten und sich das verfallende Staatssystem in Richtung der EU erneuern ließe. Aber das Gegenteil trat ein. Innerhalb einer kurzen Zeitspanne von nur einem Jahr entfernte sich die Türkei von Europa und wandte sich dem Mittleren Osten zu.

Im letzten Jahr schließlich wurden die Beitrittsverhandlungen eingestellt, weil die Türkei die Bedingungen in der Zypernfrage nicht erfüllte, die Meinungsfreiheit nicht umsetzte, die Minderheitenrechte nicht respektierte und die zivile Politik nicht von der militärischen Vormundschaft befreien konnte. Die Aussetzung der Verhandlungen wiederum lieferte den EU-Gegnern, allen voran der türkischen Armee, eine willkommene Vorlage und kam ihnen letztlich entgegen. Die Armee und ihre nationalistischen Verbündeten, die ihren Druck auf die AKP-Regierung verstärkten und somit den Weg zur EU abschnitten, gingen anschließend in die Offensive. Die Armee kehrte auf die Bühne zurück und erklärte Innen- und Außenpolitik erneut zu ihrem Monopol.

Die Türkei, die in Richtung EU bedeutende Fortschritte gemacht hatte und in der ein Putsch des Militärs nicht mehr für möglich gehalten wurde, fand sich in der Nacht des 27. April 2007, als der Staatspräsident gewählt werden sollte, erneut in einer Putschatmosphäre wieder. Im Internet erschien ein Memorandum des Generalstabschefs, das klarmachte, dass die EU-Phase noch nicht zur Demokratisierung der Türkei ausgereicht hatte und das Land auf diesem Weg nur millimeterweise vorangekommen war. Das Militär ist zurückgekehrt und hält durch seine Drohung wieder alle Fäden in der Hand.

Die Armee zielte mit ihrer Erklärung auf die von Ministerpräsident Erdoğan geführte AKP-Regierung und bezweckt klar ihre Liquidierung. An deren Stelle sähe sie gern eine CHP-MHP-Koalition als Regierung des nationalen Konsenses. Sie versucht, Rechts- und Linksnationalisten für eine neue Regierung zu vereinen, und ist hierfür bereit, alle Möglichkeiten, sogar den rechtlichen Apparat, voll auszuschöpfen. Bei Wahlen unter normalen Umständen würde dieser Plan wahrscheinlich nicht aufgehen. Nun ist der Pfeil von der Sehne, die Brücken zwischen AKP und Armee abgerissen.

Hintergrund der Diskussionen um Laizismus und Islam

Die Erklärung des Generalstabschefs vom 27. April hat die gesamte demokratische Phase ins Gegenteil verkehrt. Die Armee bedroht mit der Behauptung, der Laizismus sei in Gefahr vor der Scharia, offen die AKP-Regierung und alle diejenigen, die sich nicht „stolz Türken nennen". Sie hat das Land außerordentlich erschüttert, unmittelbar nachdem die Intervention von der Presse aufgegriffen worden war.

Als erstes wurde die Wahl des Staatspräsidenten verschoben. Mit 351 Stimmen aus dem ersten Wahlgang im türkischen Parlament wäre Außenminister Abdullah Gül nach der Verfassung spätestens im vierten Wahlgang gewählt gewesen. Aber dieser Weg wurde ihm beschnitten. Das Memorandum vom 27. April versetzte der ohnehin unzureichenden türkischen Demokratie einen heftigen Schlag. Die Intervention des Militärs in die Politik hat die positive Atmosphäre im Hinblick auf die EU zerstört, die Fronten sind verhärtet.

Die mit dem Militär kooperierende Oppositionspartei CHP brachte die Staatspräsidentenwahl vor das Verfassungsgericht. Einen Tag später drohte der Vorsitzende der CHP, Deniz Baykal, dem Gericht offen: „Wenn das Verfassungsgericht nicht in unserem Sinne beschließt, wird das zu einem Bürgerkrieg führen." Dabei hat das Gericht die Reaktionen der Armee berücksichtigt und entschieden, dass das Parlament nur mit der Anwesenheit von 367 Abgeordneten eröffnet werden dürfe, eine bis dahin unübliche Prozedur. Nach der Verhinderung der Wahl Abdullah Güls verlegte die Regierung die Parlaments-

wahl von November auf Juli vor, um aus der Sackgasse zu kommen. Doch die 10-%-Wahlhürde, die einer gerechten Vertretung im Weg steht, und das undemokratische Parteiengesetz lassen ein Ergebnis, das die Krise überwinden könnte, schwer vorstellbar erscheinen. Das Militär hatte in seiner Erklärung die Sorge um das laizistische System der Türkei in den Vordergrund gestellt. Es sei bedroht und sie könnten dieser Gefahr nicht tatenlos zusehen. Aber das Memorandum endet damit: „Jeder, der nicht stolz ist, sich Türke nennen zu dürfen, ist ein Feind der Türkei, und dies wird immer so bleiben." Offensichtlich ist dieser Satz als Botschaft an die Kurden zu verstehen.

Das Argument von der Sorge um den Laizismus ist unglaubhaft und hat auch keinen Bezug zur Realität. Einmal abgesehen davon, dass die Türkei im Wortsinne kein laizistischer Staat ist, so besteht auch keine Scharia-Gefahr, wie behauptet wird. Ministerpräsident Erdoğan und seine AKP, die als islamistisch bezeichnet und bezichtigt wird, das laizistische System der Türkei zerstören zu wollen, ist als die Reformregierung der Türkei in die Geschichte eingegangen. Die AKP hatte in den Jahren 2003–2005 auf dem EU-Weg tatsächlich begonnen, wenn auch unzureichend, die Kopenhagener Kriterien umzusetzen.

Daher ist die „Laizismus-Sorge" des Militärs ein Vorwand. Hintergrund für diesen Vorstoß der Armee ist die Absicht, die Türkei aus dem internationalen System herauszulösen, sich nach innen zu kehren, um mit einem geschlossenen Wirtschaftssystem eine faschistische Ordnung zu errichten. Die Intervention der Armee ist eigentlich eine Offensive der nach außen verschlossenen, ausbeuterischen und rassistischen Kräfte des Status quo in der Türkei mit dem Ziel der Unabhängigkeit und um das Potential der Türkei zu plündern.

Diese Kräfte gehen dabei arbeitsteilig vor und bedienen sich aller Mechanismen von der Presse bis zur Politik. Die in den letzten Monaten in der Türkei inszenierten pro-republikanischen Kundgebungen zeigen, inwieweit die Gesellschaft militarisiert ist. Die Massenausbreitung des militaristisch-rassistischen Hasses lässt uns erschaudern. Die Ermordung der drei christlichen Missionare in Malatya, die Schließung der Zeitschrift Nokta, die mit ihren antimilitaristischen Artikeln Aufmerksamkeit erregte, die gerichtliche Entlastung der Polizisten, die den 12-jährigen kurdischen Jungen Uğur Kaymaz mit 13 Kugeln töteten, die Aufhebung des Schuldspruchs der Unteroffiziere, die in Şemdinli einen Buchladen bombardierten, die Verbreitung der Lynchkampagnen – Gerichtsbarkeit eingeschlossen – gegen die KurdInnen, die Forcierung der Militäroperationen und die zunehmenden Diskussionen über eine grenzüberschreitende Operation lassen nichts Gutes erwarten.

Allein die jüngsten Entwicklungen zeigen, dass die Türkei sich dem Abgrund, an dessen Schwelle sie sich seit Jahren bewegt, noch weiter genähert hat und sich anscheinend auch nicht so ohne Weiteres wieder entfernen kann. Im Gegenteil, die Wahrscheinlichkeit eines unkontrollierten Absturzes der Türkei steigt.

Es ist kein Geheimnis, dass hierfür das militaristische System verantwortlich zeichnet. Aber dieser Staat verfügt auch über keine Eigendynamik, die dieses System überwinden und das Land wahrhaft demokratisieren könnte. Es gibt nur das kurdische Volk, das in Opposition zum System steht, aber allein schafft es das auch nicht. Weder kann die Türkei diesen längsten kurdischen Aufstand ihrer Geschichte niederschlagen noch das kurdische Volk dieses militaristische System aus dem Sattel werfen. Seit Jahren stagniert die Situation und, wenn man so sagen darf, es wird in Verlängerung gespielt.

Die Kurden werden aus dem System gedrängt

Während die türkische Armee die AKP-Regierung unter Putschdrohungen beseitigen will, ist sie auch bemüht, die Kurden aus dem System zu drängen. Auf der Pressekonferenz vom 12. April erklärte Generalstabschef Yaşar Büyükanıt die legalen kurdischen Institutionen, die *Partei der Demokratischen Gesellschaft* DTP und die kurdischen Medien zu Angriffszielen. Unmittelbar nach dem Beschluss, die Parlamentswahl vorzuziehen, stimmten alle Parteien des türkischen Parlaments – die regierende Partei, die Opposition, alle von rechts bis links – einmütig dem Antrag zu, die Wahl unabhängiger Kandidaten zu erschweren. Wer erwartet hatte, Staatspräsident Ahmet Necdet Sezer, gleichzeitig Verfassungsrechtler, würde sein Veto gegen dieses unethische und antidemokratische Gesetz einlegen, hatte sich getäuscht. Sezer bewilligte das Gesetz sehr schnell. Diejenigen, die den Kurden und Kurdinnen mit allen Mitteln den Einzug ins Parlament verwehren wollen, haben sie weiterhin auf den Weg in die Berge und zum Krieg verwiesen. Sie vermitteln ihnen: keine Politik mit der eigenen Identität, keine eigene Kultur im Zusammenhang mit den Wahlen und keine Nutzung der eigenen Sprache. Die Kurden wurden aufgrund der näher rückenden Wahlen erneut ausgegrenzt.

Die Verlegung der Parlamentswahl auf den 22. Juli sollte niemanden irritieren. Die Ungewissheit hält an. In dieser dunklen Phase sind es nur die Militäroperationen der türkischen Armee, die ins Auge fallen. Die Armee belagert von Dersim bis Şırnak alle Berge und bedeckt sie mit Kugeln und Bomben. Während sie mit Zehntausenden Soldaten Operationen im Land durchführt, hat sie weitere 50 000 an die Grenze zu Irakisch-Kurdistan verlegt.

Aus der Finsternis lässt sich nur die Stimme des Krieges vernehmen. Die Türkei erlebt ihre tiefste Krise, die türkische Armee sieht die kurdische Frage als Grund dafür und glaubt sie durch Krieg überwinden zu können. In einer solchen Atmosphäre verliert sich der Ausblick auf die Wahlphase im Dunkeln. Dieses Land könnte statt zu den „Wahlen" zum „Krieg" antreten, die AKP könnte verboten, die Regierung gestürzt und der Ministerpräsident wie sein „Lehrer" Erbakan aus der Politik in den Ruhestand verbannt werden.

Das ist die Türkei, jeden Moment kann alles passieren.

Immerhin ist das militaristische System Bankrott gegangen, das Land bewegt sich zunehmend auf einen

Abgrund zu. Der Wille der Türkei, auch als „Staatsmacht" bezeichnet, bröckelt, jeder versucht, ihn in seine Richtung zu ziehen, die Banden und die Putschisten bäumen sich auf, alle stehen Gewehr bei Fuß.

Weil die demokratische Opposition schon zu Beginn unterdrückt wurde, gibt es auch keinen nennenswerten Gegenpol mehr im Lande. Eine neue Phase ist im Entstehen begriffen, in der jeder, der zur Waffe greift, sich als „Retter" hervortun und ein Bürgerkrieg denkbar wird.

Diese Atmosphäre bietet wichtige Ansatzpunkte zur Zukunftsbestimmung, vor allem den USA. Unmöglich, dass ein bedeutender Staat wie die Türkei von den globalen und regionalen Kräften seinem Schicksal überlassen wird. Die US-Amerikaner würden gern die Türken mit den Kurden vereinen, die Zukunft der neuen Türkei mit ihnen gemeinsam gestalten. Diese Option liegt schon seit fünfzig Jahren auf dem Tisch und wird der Türkei jedes Mal präsentiert, wenn sie in eine Krise schlingert. Aber die Türkei akzeptiert die Kurden nicht als Gesprächspartner und keine gleichberechtigte und gemeinsame Zukunft.

Die Mentalität des mit der rassistischen Ideologie vergifteten Türkentums sieht die Kurden nicht als Freunde, sondern als Feinde. Das macht das Ganze noch komplizierter und gefährlicher.

Trotz allem wird für die Türkei eine Flucht vor der kurdischen Frage mit jedem Tag schwieriger. Zwei Ereignisse aus jüngster Zeit scheinen die Bedeutung Kurdistans für die Türkei noch zu verstärken. So hat Russland vor kurzem mit einem unerwarteten Zug der Türkei eine Trumpfkarte genommen – das Ölpipeline-Projekt Baku–Ceyhan – und den Traum von der Energie-Transfer-Funktion der Türkei damit ernsthaft beschädigt. Der russische Staatspräsident Putin unterzeichnete ein Abkommen mit den Staatsoberhäuptern von Kasachstan und Turkmenistan, wonach Erdöl und -gas nicht über die Türkei in den Westen transportiert werden sollen, sondern über Russland. Zudem zerstörte die Wahl von Sarkozy zum Staatspräsidenten Frankreichs die ohnehin vage Hoffnung der Türkei auf eine EU-Vollmitgliedschaft und ließ wieder die Aussicht auf eine „privilegierte Partnerschaft" Platz greifen. Die Türkei musste innerhalb einer Woche zwei Tiefschläge aus Asien und aus Europa einstecken.

Die Türkei ist sowohl im Inneren als auch im Ausland an einem Ende ihres Weges angelangt. Sie hat keine Fluchtwege mehr. Entweder wird sie gegen die Kurden kämpfen und sie zu genozidalen Opfern des globalen Zeitalters machen. Oder sie wird mit ihnen zu einer Übereinkunft gelangen, aus der ein modernes und demokratisches neues Land erwächst.

Für die Türkei nähert sich der Zeitpunkt der Entscheidung mit Höchstgeschwindigkeit. ♦

Von KKK zu KCK – Kongra Gel führte seinen 5. Kongress durch

Der 5. Kongress des Kongra-Gel wurde in der Zeit vom 16. bis 22. Mai in den Guerilla-Gebieten durchgeführt. Es nahmen 213 Delegierte aus der Türkei, Iran, Syrien, Irak und den außerhalb Kurdistans lebenden Kurden teil. Auf dem Kongress wurde die KKK, *Gemeinschaft der Kommunen Kurdistan*, in KCK, *Vereinigte Gemeinschaften Kurdistan,* umgeändert, um die Stellung zur Gesellschaft, zur Demokratie und einer demokratischen Nation besser zum Ausdruck zu bringen.

In der Abschlusserklärung wurden die Auswertungen wie folgt zusammengefasst: Der 5. Kongress des Kongra-Gel hat die politischen Entwicklungen in Kurdistan, in der Region sowie weltweit detailliert diskutiert und wichtige Feststellungen getroffen. Dementsprechend hat er seine Politik für die kommende Phase festgelegt. In diesem Zusammenhang wurden die notwendigen Pläne im Bereich Politik, Organisation, Soziales und legitime Verteidigung erstellt, um in der kritischen und wichtigen Phase vorbereitet zu sein und das Jahr 2007 erfolgreich zu meistern.

Der 5. Kongress hat alle internationalen Kräfte aufgerufen, ihre Rolle für Demokratie und Stabilität in der Region im Sinne einer demokratischen Lösung der kurdischen Frage zu spielen. Wir rufen alle demokratischen Kräfte auf, zu der unzeitgemäßen Politik der türkischen Regierung, keine andere kulturelle Existenz als die eigene zuzulassen, zur Gewalt der türkischen Armee gegen unser Volk und zum Staatsterror nicht zu schweigen und Stellung zu beziehen. Der 5. Kongress des Kongra-Gel hat im Rahmen der Richtlinien der UN beschlossen, dass alle Formen der Gewalt sowohl von Seiten der Partei als auch der Staaten, ausgenommen die legitime Verteidigung, terroristisch sind und abgelehnt werden.

Die KCK und der Kongra-Gel sehen das demokratisch-konföderale System als einzige Lösungsalternative für die Konflikte im Mittleren Osten. Auf dem Kongress kam man zu dem Schluss: Unser Kongress hat nochmal betont, dass zur Durchbrechung der zunehmenden Auseinandersetzungen das demokratisch-konföderale System die einzige Lösung ist. Stabilität im Sinne der Gleichheit, der Geschwisterlichkeit, der Gerechtigkeit und der Demokratie zwischen den Völkern ist nur mit einem solchen System möglich. Daher wurde beschlossen, dass alle Kader und Mitwirkenden in den Organistaionen und Institutionen innerhalb des Systems der KCK den demokratischen Konföderalismus der Gesellschaft unter Einbeziehung der vorangegangenen Erfahrungen dringend umsetzen müssen.

Um die Probleme, die in den letzten zwei Jahren in der Arbeit des Demokratischen Konföderalismus aufgrund der Auffassung, des Vertrages und der praktischen Arbeit entstanden sind, zu beheben, wurden in dem Gesellschaftsvertrag der KCK einige Änderungen vorgenommen. Hiermit sollte dieser den aktuellen Bedürfnissen und Gegebenheiten angepasst werden. In diesem Sinne wurden die Probleme, die aufgrund der Organisationsstruktur entstanden sind und zu einer Unordnung geführt haben, behoben. Alle nationalen demokratischen Arbeiten wurden auf fünf getrennte Zentren konzentriert. Damit ist die Organisationsstruktur weitgehend erneuert worden und ist in der Lage, die Hürden der aktuellen Phase mit einem starken Auftreten zu meistern.

Die Kurdistan-Frage erreicht immer mehr eine internationale Dimension. Daher ist es dringend erforderlich, die auf der eigenen Kraft, der Geschwisterlichkeit der Völker und der demokratischen Lösung basierende diplomatische Arbeit noch organisierter und umfangreicher zu gestalten.

Das kemalistische Imperium schlägt zurück

Staatskrise in der Türkei

Dr. Elmar Millich

Mit der Annullierung der Wahl von Außenminister Abdullah Gül (AKP) zum türkischen Staatspräsidenten durch das türkische Verfassungsgericht ist die Türkei in eine tiefe Krise gerutscht, aus der auch die für den 22. Juli angesetzten Neuwahlen keinen automatischen Ausweg versprechen. Seit Wochen mobilisiert die kemalistische Elite Großdemonstrationen gegen die AKP-Regierung und setzt Ministerpräsident Erdoğan unter Druck, den Einmarsch der türkischen Armee in den Nordirak zu beschließen, um gegen die dortige Guerilla der PKK vorzugehen. Angesichts der Brisanz der Situation ist der Gegensatz auffällig zwischen dem großen internationalen Medieninteresse und den geringen internationalen Bemühungen, den politischen Konflikt zu entschärfen.

In den meisten Zeitungskommentaren wird der auf den Großdemonstrationen vorgeschobene Konflikt zwischen den Anhängern einer säkularen Türkei und einer angeblich islamistischen Unterwanderung durch die AKP als vorgeschoben analysiert. Betrachtet man die Politik der AKP-Regierung in den letzten fünf Jahren, so gibt es, von einigen populistischen Vorstößen wie etwa der in die Diskussion geworfenen Strafverfolgung von Ehebruch abgesehen, auch keinen Anlass, einen islamischen Putsch seitens der AKP zu befürchten. Die AKP ist eindeutig die Partei des türkischen Unternehmertums. Nicht zuletzt die von Erdoğan vorangetriebenen Reformen im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt haben der Türkei einen beispielhaften wirtschaftlichen Aufschwung, Stabilität und Investitionen beschert. Die wirtschaftlichen Erfolge sind auch das Hauptpfund, mit dem die Regierung in den anstehenden Wahlkampf um die Parlamentssitze geht. Über die am wirtschaftlichen Aufschwung teilhabenden gesellschaftlichen Gruppen hinaus ermöglicht es der islamische Anstrich der AKP auch, die konservative ländliche Bevölkerung Anatoliens anzusprechen. Insofern trifft der von Erdoğan gesetzte Vergleich der AKP mit der deutschen CDU als soziologische Parteianalyse durchaus zu. Die eigentliche Konfliktlinie im Machtkampf der Türkei verläuft nicht anhand der Gretchenfrage „Wie hältst du es mit der Religion?“, sondern ökonomisch zwischen der etatistisch orientierten kemalistischen Staatsbürokratie und den für Marktwirtschaft und Modernisierung eintretenden gesellschaftlichen Gruppen, wie sie etwa durch den türkischen Unternehmerverband TÜSİYAD vertreten werden.

Für Atatürk waren sowohl der Säkularismus als auch die Bildung eines türkischen Nationalstaates aus den Trümmern des Osmanischen Reiches Mittel, um die Türkei zu modernisieren und international politikfähig zu machen. Die jetzigen selbst ernannten Bewahrer des Kemalismus machen in ihrer Not das Gegenteil. Sie rufen „Säkularer Staat“ und „Einheit der Nation“, um die Türkei rückständig zu halten und international zu isolieren.

Hat die AKP-Regierung die wirtschaftlichen Erfolge auf ihrer Seite, sieht das türkische Militär seine beste Trumpfkarte in der Eskalation des türkisch-kurdischen Konflikts.

Indem das Militär Ministerpräsident Erdoğan auffordert, den Einmarsch der türkischen Streitkräfte in den Nordirak offiziell anzuordnen, ist die Falle perfekt gestellt. Weigert Erdoğan sich, der militärischen Invasion zuzustimmen, lässt er sich im laufenden Wahlkampf als Vaterlandsverräter brandmarken, der aus außenpolitischer Rücksichtnahme die Bevölkerung nicht vor der PKK beschützt. Gibt er jedoch die Erlaubnis, ist er für den unweigerlich folgenden militärischen und politischen Schlamassel verantwortlich.

Um auch über die Wahl am 22. Juli hinaus den Einfluss der Modernisierer in der Türkei zu beschneiden und den Machtanspruch der kemalistischen Elite zu stärken, scheint es das Ziel von Generalstabschef Yaşar Büyükanıt zu sein, die Türkei in einen langjährigen Kriegs- und Ausnahmezustand zu führen. Büyükanıt macht keinen Hehl daraus, dass es ihm nicht nur darum geht, im Nordirak gegen die PKK vorzugehen. Auch der Chef der kurdischen Autonomieregierung, Barzani, soll in seine Schranken gewiesen werden. Indem die Türkei jedoch den Nordirak zu ihrem Einflussgebiet erklärt und dort ohne internationale Absprachen militärisch agiert, ist sie unlösbar und mit allen Konsequenzen in die Krise um den gesamten Irak verstrickt. Die Folgen wären wahrscheinlich ähnlich gravierend und langfristig wie die Entscheidung zur Invasion Nordzyperns 1974.

Wäre die Staatskrise vermeidbar gewesen?

Ministerpräsident Erdoğan hat zwei entscheidende Fehler am Anfang und Ende der jetzigen Legislaturperiode gemacht.

Bei der Nominierung von Außenminister Gül für das Amt des Staatspräsi-

denten hat er unterschätzt, dass viele seiner potentziellen WählerInnenstimmen dem wirtschaftlichen Erfolg der Regierung gelten, aber kein Mandat für die Besetzung aller Staatsämter durch die AKP und eine Islamisierung der Türkei darstellen. Diese Fehleinschätzung ermöglichte der kemalistischen Elite die Mobilisierung großer Bevölkerungsteile und auch den juristischen Putsch, den die Annullierung der Präsidentschaftswahlen durch das türkische Verfassungsgericht darstellt. Durch die Nominierung eines technokratischen Modernisierers als Staatspräsidenten, der weder mit dem Islam noch mit dem hergebrachten Kemalismus besondere Verbindungen gehabt hätte, wäre diese Falle zu umgehen gewesen, auch wenn es die grundlegenden Konflikte nicht gelöst hätte.

Den gravierenderen Fehler beging Erdoğan zum Beginn seiner Amtszeit. Abdullah Öcalan hatte kurz nach dem Amtsantritt Erdoğans prophezeit, dass die AKP-Regierung genauso scheitern würde wie die Vorgängerregierung unter Ecevit, wenn keine vernünftigen Anläufe zur Lösung der kurdischen Frage unternommen würden. Diese Prophezeiung hat Erdoğan jetzt eingeholt. 2003 wären die Voraussetzungen zur Lösung der kurdischen Frage günstig gewesen. Die kurdische Guerilla hatte sich komplett in den Nordirak zurückgezogen und die kurdische Bevölkerung war angesichts der entspannten Situation und der im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen in Aussicht gestellten Reformen hoffnungsfroh. Auch die türkische Bevölkerung war zu 70 bis 80 % für einen EU-Beitritt und zu entsprechenden Reformen bereit. Innerhalb der EU gab es vor der Wahl Angela Merkels zur Bundeskanzlerin kaum Stimmen, die einen EU-Beitritt prinzipiell in Frage gestellt hätten. Doch Erdoğan schätzte diese Ruhe nach dem Motto „Wenn man nicht an die kurdische Frage denkt, dann gibt es auch keine“ falsch ein. Anstatt sich um internationale Unterstützung bei der EU und den USA für eine politische Lösung der kurdischen Frage gegen das Militär zu bemühen, glaubte er umgekehrt, das Militär für sich einnehmen zu können, indem er auf internationaler Ebene Bündnisse im Antiterrorkampf gegen die PKK schmiedete. Sein Versuch, auf zwei Pferden – Modernisierung in Richtung Europa und aggressiver Nationalismus gegen die PKK – reiten zu können, ist nun kläglich gescheitert.

Wie könnte eine Lösung aussehen?

Kurzfristig muss Ministerpräsident Erdoğan dem Druck des Militärs und der Öffentlichkeit widerstehen, in die aufgestellte Falle einer militärischen Intervention im Nordirak zu gehen. Die daraus resultierenden militärischen Auseinandersetzungen und Aufstände in den kurdischen Gebieten würden ihn trotz eines möglichen Wahlerfolges zu einer Marionette des Generalstabs machen. Im Gegenzug sollte sich auch die kurdische Seite nicht der Hoffnung hingeben, eine Eskalation könnte die kurdische Frage auf die internationale Agenda und damit einer Lösung näher bringen. Mittelfristig bietet nur die bisher verfolgte Strategie eines Bündnisses mit den modernisierungsbereiten gesellschaftlichen Schichten der Türkei, die nach wie vor ein großes WählerInnenpotential der AKP stellen, die Chance zu einer friedlichen Lösung.

Im Falle eines Wahlsieges der AKP darf Erdoğan seinen Fehler von 2002 nicht wiederholen. Er muss sofort für eine Deeskalation des türkisch-kurdischen Konflikts und um Einvernehmen mit der kurdischen Regionalregierung im Nordirak sorgen, um sich aus den Fängen des Militärs zu befreien. Ein Schlüsselelement zur Absicherung eines Demokratisierungsanlaufs in der Türkei wäre eine Neubestimmung des Verhältnisses zur Europäischen Union. Nach der Wahl von Sarkozy zum französischen Staatspräsidenten wird in vielen europäischen Kreisen nach einer Exit-Strategie aus den laufenden Beitrittsverhandlungen mit der Türkei gesucht.

Entsprechend geht der Einfluss der EU auf die Türkei auch gegen null. Auffallend war, dass bei einem Besuch der EU-Troika unter Beteiligung des deutschen Außenministers Steinmeier Anfang Mai in Ankara der drohende Militäreinmarsch in den Nordirak angeblich kein Thema war, sondern Routine-Verhandlungen über Zypernfrage und Meinungsfreiheit geführt wurden. Es ist nicht auszuschließen, dass einige europäische Politiker eine militärische Verstrickung der Türkei in den Irak-Konflikt als einen solchen Exit für die Beitrittsverhandlungen sehen und daher wenig gegensteuern.

Aber auch wenn die Beitrittsverhandlungen ohne den politischen Willen zum Türkei-Beitritt seitens der EU formal weitergeführt werden, stärkt das nur die nationalistischen Kräfte in der Türkei in ihrem Gesang von der „Demütigung der türkischen Nation“ durch die EU. Hier wäre es nach einer Wiederwahl für Erdoğan interessant, von sich aus in die Offensive zu gehen und unter Gesichtswahrung für die Türkei die Verhandlungen auszusetzen. Danach müssten im Sinne einer „privilegierten Partnerschaft“ schnell ökonomische und politische Abkommen getroffen werden, welche spürbare ökonomische und politische Vorteile für die Bevölkerung hätten, um eine Perspektive gegen Nationalismus und Chauvinismus aufzubauen. ♦



Türkisches Militär in den Cudi-Bergen bei Şırnak — Foto: DIHA

Wie ist das, was in Şemdinli passierte, mit dem Urteil des Gerichts zu verstehen?

Ich bin der Staat und kann Buchläden bombardieren!

Bayram Balcı, Journalist, Türkei



Die Türkei hat sich – vor allem in den letzten Jahren – zu einem Land entwickelt, in dem das Recht, Menschenrechte und Demokratie mit Füßen getreten werden. Es ist nicht sehr logisch, sie zu suchen, wenn der Generalstabschef alle zu Feinden erklärt, die nicht von sich behaupten, „stolz zu sein, ein Türke zu sein". Auf frischer Tat ertappte Mordbanden in den türkischen Streitkräften erklärte die Justiz für immun. Seit Jahren machen MenschenrechtlerInnen deutlich, dass die größte Hürde vor Demokratisierung und Zivilwerdung der militaristische Druck auf Legislative, Exekutive und Judikative darstellt. Das Revisionsurteil im Şemdinli-Verfahren hat dies ein weiteres Mal bestätigt.

Um nachzuvollziehen, was in Şemdinli passierte, und das Urteil des Revisionsgerichts zu begreifen, ist es notwendig, die ganze Geschichte des Vorfalls zu betrachten. Als am Mittag des 9. November 2005 in der Küche des Umut-Buchladens, des einzigen in Şemdinli, das Mittagessen vorbereitet wurde, landete zwischen den im Laden anwesenden fünfzehn Personen und Tausenden von Büchern eine Handgranate. Dieser Anschlag auf die Zukunft der Türkei und seine Folgen sind noch immer gegenwärtig. Weder vermochte die AKP, diese Trümmer zu beseitigen, noch konnte der im Bericht der Untersuchungskommission formulierte Anspruch erfüllt und eine Offensive zur Bereinigung der Resultate des in der Region seit dreißig Jahren anhaltenden schmutzigen Krieges begonnen werden noch konnte die Justiz alle Täter verurteilen. Mit dem Beschluss des Revisionsgerichts vom Mai bleibt der Angriff ungesühnt. Der Schleier über dem schmutzigen Krieg harrt seiner Auflösung.

Zur Einordnung der Geschehnisse ist es sinnvoll, sich die Entwicklungen in der Region im Jahre 2005 in Erinnerung zu rufen. In den letzten drei Monaten des Jahres war es in Hakkari und den umliegenden Kreisstädten zu 17 ungeklärten Bombenanschlägen gekommen. Warum der JITEM sie zum Angriffsziel gemacht hatte, lag zum einen in der strategischen Bedeutung der Region und zum anderen in der Aneignung der Friedensforderungen Abdullah Öcalans durch die Bevölkerung begründet. Es heißt, der Staat hätte es dort bislang nicht geschafft gehabt, die Bevölkerung gegeneinander aufzuhetzen, und dies habe bei der Provokation in Şemdinli ebenfalls eine Rolle gespielt. Dass die Bevölkerung sich für die kurdische Einheit einsetzte, rief den Unmut der feindlichen Kräfte hervor. Aber die Provokationen zur Einschüchterung der Bevölkerung Hakkaris und vor allem Şemdinlis blieben erfolglos. Vereint griff diese sich nach dem Anschlag die Täter und machte das Scheitern der Provokationen deutlich.

Die Stellungnahmen nach der Festnahme der Täter und die Entwicklungen im Prozess nach der Abberufung des zuständigen Staatsanwalts waren der Beweis, dass der Vorfall nicht nur auf ein paar Armeebeauftragte begrenzt war. Die AKP-Regierung, allen voran Ministerpräsident Erdoğan, Justiz- und Innenminister, verlautbarte, die Verbindungen der im Staat eingenisteten Mörderbanden, die den Menschen der Region das Leben seit Jahren zur Hölle gemacht hätten, aufdecken zu wollen. Aber vielmehr ging es ihnen darum, diese Vorkommnisse für ihre eigenen Interessen zu instrumentalisieren. Dass diese systematisch und gut organisierte Bande durch die Aufmerksamkeit der Bevölkerung von Şemdinli aufgedeckt wurde, heißt nicht, dass die Staatsführung unwissend war.

Was passierte in Şemdinli?

Am 9. November 2005 wurde in der Kreisstadt Şemdinli der Provinz Hakkari ein Handgranatenanschlag auf den Buchladen Umut des Seferi Yılmaz verübt. Dabei verlor Mehmet Zahir Korkmaz sein Leben, sechs weitere Personen wurden verletzt. Der nach dem Anschlag zu einem Zivil-PKW der Gendarmerie flüchtende Täter wurde mit zwei weiteren Personen, die in dem Auto warteten, festgesetzt, sozusagen auf frischer Tat ertappt. Der Täter war Veysel Ateş, ein PKK-Überläufer, als Agent für den Gendarmerie-Geheimdienst (JIT, vormals JITEM) tätig. Die beiden anderen stellten sich als die Unteroffiziere Ali Kaya und Özcan Ildeniz heraus.

In dem weißen R 19 wurden Polizei- und Militärwesten, 3 Kalaschnikows, 10 Magazine und Handgranaten der Marke MKE sichergestellt. Außerdem eine Planskizze der Özipek-Passage, in der auch der Buchladen Umut liegt, der Weg zur Gendarmerie darin mit einem Pfeil markiert. Unter den gefundenen Dokumenten befanden sich eine Skizze der Wohnung des Buchladeninhabers Seferi Yılmaz, ein vom JIT auf den

Namen „Ali Kaya“ ausgestellter Ausweis sowie militärische Ausweispapiere für die Offiziere Ümit Sevinç von der Direktion der Geheimdienstabteilung der Gendarmerie und für Halit Çağlar. Es hieß auch, eine Todesliste mit Namen von Personen, gegen die der JIT ein Todesurteil verhängt habe, sei sichergestellt worden.

Die Tatsache von zwei Anschlägen innerhalb einer Woche in derselben Kreisstadt führte zu heftigen Reaktionen der Bevölkerung, die eine Provokation annahm und befürchtete, der Vorfall würde vertuscht werden. Deshalb verlangten die Einwohner am Regierungssitz geschlossen die Identitäten der Täter. Spezialeinsatzteams sollten die Menge unter Schusswaffengebrauch zerstreuen. Dabei wurden drei Menschen verletzt, darunter der DEHAP-Bürgermeister von Şemdinli, Hurşit Tekin und in der Stadt eine Ausgangssperre verhängt.

Bevölkerung wurde beschossen

Nach der Festsetzung der JIT-Mitglieder wollte in den Abendstunden eine Delegation, bestehend u. a. aus dem Gouverneur von Hakkari, Muzaffer Ertaş, dem CHP-Abgeordneten Esat Canan und dem Oberstaatsanwalt, am Tatort recherchieren. Währenddessen wurde aus einem PKW die am Tatort versammelte Menge beschossen, es gab Tote und Verletzte. Um die Mitglieder der Bande des schmutzigen Krieges aus dem Schussfeld zu nehmen, wurden alle möglichen Register gezogen. So wurde der zuständige Oberstaatsanwalt von Van, Ferhat Sarıkaya, abberufen. Er hatte in seiner Anklageschrift die „schmutzigen Krieger“ der Bandenbildung beschuldigt und lebenslange Haft gefordert. Die im PKW der Bandenmitglieder sichergestellten Waffen wurden durch andere ersetzt.

Tricks beim Prozess

In den Verhandlungen 2006 vor dem 3. Schweren Strafgericht Van versuchte die Verteidigung alles Mögliche, um den Prozess zu verschleppen. So erschien der Verteidiger von Ateş mit einer Ausrede nicht zur Verhandlung. Später wollte die Verteidigung den Ex-PKKler Abdurrahman Yeşilyurt anhören, der sich am 16. Juni in Batman gestellt hatte, angeblich verfüge er über relevante Informationen. Nach der gerichtlichen Ablehnung dieses Antrags reagierten die Verteidiger mit der Erklärung: „Hier gibt es keinen Angeklagten und also auch keine Verteidiger. Auch ein Freispruch würde uns nicht befriedigen.“ Das Gericht schloss daraufhin das Verfahren mit dem Urteil: „Der Anschlag in Şemdinli wurde von der von den angeklagten Soldaten und dem Geständigen gebildeten Bande ausgeführt.“ Ali Kaya und Özcan Ildeniz wurden wegen Bildung einer kriminellen Bande, wegen Mordes an Mehmet Zahir Korkmaz, wegen Anstiftung zum Mord an Seferi Yılmaz und wegen Körperverletzung an Metin Korkmaz zu insgesamt je 39 Jahren, 5 Monaten und 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Das Organisationsurteil wurde mehrheitlich, die anderen einstimmig gefällt. Die Verteidigung ging in die Berufung. Das Urteil gegen den geständigen Veysel Ateş wurde vertagt, Tanju Çavuş, der wegen der Schüsse in die Menschenmenge und Mordes festgenommen worden war, nur 68 Tage festgehalten.

Revisionsgericht hielt Druck nicht stand

Das Revisionsverfahren im Fall Kaya und Ildeniz wurde der 1. Kammer des Kassationsgerichtshofes übertragen, dann aber mit der Begründung „Vergehen gegen die Sicherheit des Staates“ an die 9. Kammer verwiesen. Diese hob am 16. Mai 2007 das vorige Urteil wegen „unzureichender Ermittlungen“ auf, außerdem könne das zuständige Gericht auch ein militärisches sein. Dieser Beschluss ließ die Öffentlichkeit das türkische Rechtssystem hinterfragen. Denn ein Vergehen von Militärangehörigen gegen Zivilisten muss vor unabhängigen Gerichten behandelt werden. Die Entscheidung des Kassationshofes würde bedeuten, dass „Staatsbedienstete zur Verhinderung von Terror zu solchen Handlungen befugt sind“. Somit würde die Chance zur Aufhellung des dunklen Antlitzes der Türkei verspielt werden. Das Urteil des nun wieder zuständigen Strafgerichts in Van wird für den weiteren Verlauf des Verfahrens von großer Bedeutung sein. Hielte es an seiner Entscheidung fest, würde die Akte an die Strafabteilung des Kassationsgerichtshofes gehen und dieses Urteil wäre bindend. Im Falle der Bestätigung des diesjährigen Revisionsspruches muss der Fall zum regionalen Militärgericht. Vor dem Hintergrund der Äußerungen des Generalstabschefs vom 12. April zu diesem Verfahren („ein weltweit unvergleichbarer Justizmord“) ist es nicht schwer abzuschätzen, zu welchem Schluss das Militärgericht gelangen wird.

Versuchte Aktenvernichtung

Auf dem Postweg nach Van ist der Verfahrensakte so einiges widerfahren. Das Postfahrzeug hatte am 28. Mai auf der Strecke Van–Hakkari einen Unfall. Während der Untersuchung der Unfallstelle wurden Dokumente in der Akte des JIT-Agenten Veysel Ateş zerstört: Viele Seiten fehlten, die verbliebenen waren verschlammt und zerrissen. Obwohl der Staatsanwalt von Van nach dem Unfall bescheinigte, 11 Aktenordner heil entgegengenommen zu haben, stellte sich später heraus, dass darin 74 Seiten fehlten, die daraufhin durch Verfahrensprotokolle ersetzt wurden. Die Anwälte gaben bekannt, das Fahrzeug sei nicht die gewohnte Strecke gefahren und daher der Unfall fraglich.

Das Verfahren selbst wurde jetzt am 13. Juni vor dem 3. Strafgericht Van eröffnet und brachte interessante Entwicklungen. Der Staatsanwalt beantragte die Freilassung der angeklagten Unteroffiziere Kaya und Ildeniz, was abgelehnt wurde. Das Gericht hielt sich an die Feststellung der „mangelhaften Ermittlungen“ und beschloss, diese zu beheben. Außerdem soll das Verfahren – weil ein Verstoß gegen Zivilisten die Grundlage ist – nicht vor einem Militärgericht behandelt werden. Der Prozess wurde vertagt, zwischenzeitlich sollen die Mängel behoben werden. Mit Spannung wird der Ausgang des Şemdinli-Verfahrens erwartet: Entweder siegt das Recht oder die Türkei und die Demokratie verlieren. ♦

Den Weg für eine gerechte Repräsentation freimachen!

Wir bauen einen Tunnel

Interview mit Selma Irmak, Beauftragte der DTP-Vizevorsitzenden

Wie bewertet die *Partei der Demokratischen Gesellschaft* DTP die jüngste Krise in der Türkei?

Wir denken, dass die Spannung im Zusammenhang mit der Krise um die Staatspräsidentenwahl bewusst angeheizt wurde. Als Partei können wir klare Feststellungen zur Stagnation bei diesem Vorgang treffen. Die autoritäre, etatistische Tendenz, die ihren politischen Ausdruck in den bürokratischen und militärischen Kreisen findet, negiert die demokratischen Forderungen innerhalb der Gesellschaft und versucht die gesellschaftlichen Vertretungen unter ihren Einfluss zu bekommen und einzuschränken. Das hat eine historische Tradition in der Türkei. Unterschiedliche Kreise, die sich als die „Retter" oder als die eigentlichen Eigentümer des Staates sehen, betrachten das Volk noch immer als „reaya" [*nicht-islamische Untertanen im Osmanischen Reich; Anm. d. Ü.*]. Dabei besteht eine Spannung zwischen Zentrum und Umfeld: Die staatszentrierte Mentalität, die das Volk als „die Anderen", als „unwissend" ansieht, das nicht in der Lage ist, sich selbst zu vertreten, stellt natürlich auch die Quelle des Status quo dar. Die Vertreter dieser Mentalität behindern und begrenzen den gesellschaftlichen Vertretungsanspruch, um ihre eigene Kraft und Wirkung zu stärken. So erzeugten sie eine starke Spannung gegenüber der Möglichkeit der AKP, einen Staatspräsidentenkandidaten zu benennen. Der Kern ihrer Botschaft: „Ihr könnt in die Regierung, aber nicht ‚unseren' Staat auf höchster Ebene vertreten." Sie fassten die Kandidatur als Gefahr für sich auf. Dabei ist bekannt, dass die AKP ideologisch keine Gefahr für das System darstellt. Sie hat ein nationales Programm, das auf die klassische Mittelschicht ausgerichtet ist und die Türkei in die Welt zu integrieren bemüht ist. Der Aufstieg der AKP ist auf den schwindenden Einfluss der Linken auf die Unterdrückten zurückzuführen.

Zweifellos bedrohen die Kurden mit der Einforderung ihrer Rechte die etatistische Mentalität. Das Vertretungsrecht für die kurdische Bevölkerung, die in der Skala der Unterdrückten ganz unten rangiert, soll mit unterschiedlichen Mitteln verhindert werden. Der Kampf für Rechte und Freiheiten im Rahmen der natürlichen Menschenrechte wird terrorisiert und kriminalisiert; es wird versucht, die Volksgruppen gegeneinander aufzuhetzen, was der Aufforderung des Generalstabs zu massenhaften Reaktionen gleichkommt.

Erneut werden Sicherheitsregionen, im Kern Ausnahmezustandsgebiete, ausgerufen, die Massen mobilisiert, erweitete Polizeibefugnisse über Nacht im Parlament verabschiedet, all das im Rahmen eines neuen Konzeptes. Eine neue antidemokratische Phase wird stufenweise etabliert, an der sich nicht nur die staatlichen Institutionen beteiligen, sondern zu der auch die zivilen aufgerufen werden. Schon jetzt ist offensichtlich, die Wahlen werden nicht in einem gesunden Klima stattfinden. Die repressive Haltung gegenüber dem gesellschaftlichen Willen wirft ihre Schatten voraus. Zwar wurde die Neuwahl auf den Weg gebracht, aber die Provokationen werden nicht eingestellt. Die explodierenden Bomben vertiefen innerhalb der Gesellschaft das Gefühl der Unsicherheit, sollen sie in den Schoß der „Retter" treiben. Aber das sind uralte Phasen und Methoden, oft angewandt und auch bereits erklärt. Die Notwendigkeit der Demokratisierung ist bekannt. Will die Türkei Zugang zur modernen Welt, so muss sie den Erfordernissen der Demokratisierung entsprechen. Die gesellschaftliche Dynamik, die Kämpfe um Rechte und Freiheiten werden nicht erlahmen.

Welche innerstaatlichen Widersprüche sind es, aus denen die politische Krise der Türkei resultiert?

Die Krise in der Türkei ist Ergebnis des Kampfes zwischen den Kräften des Status quo zum einen, den äußerst konservativen und autoritären Vertretern des Nationalstaates, und zum anderen denen, die für Veränderungen, für die Demokratisierung des Nationalstaates stehen. Dies führt zur Polarisierung. Wir sehen uns ebenfalls auf der Seite derjenigen, die sich für die Demokratisierung des Staates, oder anders ausgedrückt: für die demokratische Republik, einsetzen. Uns gegenüber stehen die so genannten „Kızıl Elmacılar", die „Rote-Apfel-Koalition" [*Bündnis unterschiedlicher konservativer Kreise des Status quo*]. Diese Allianz wird angeführt von der CHP (*Republikanische Volkspartei*), der Armee, der IP (*Arbeiterpartei*) und anderen „NGOs" der „Kuvayı Milliye" [*Nationale (Streit-)Kräfte; mit einer Bewegung diesen Namens, „Kuvayı Milliye Hareketi", führte Atatürk den türkischen Befreiungskampf gegen die Siegermächte und gründete die türkische Republik*]. Diese so genannten, keineswegs zivilen, NGOs organisieren sich unter diesen Decknamen, um Unterstützung aus der Bevölkerung zu mobilisieren. Sie instrumentalisieren die Begräbnisse gefallener Soldaten oder starten Laizismus-Kampagnen und rufen die Bevölkerung zur „Rettung des Vaterlandes" auf.

Wie bewerten die kurdischen Kräfte die politische Krise in der Türkei?

Wir befinden uns in einer äußerst kritischen Phase. Es scheint, dass die oben bereits erwähnte Polarisierung stärker wird. Die Kurden in der Türkei stellen die dynamischste Kraft der Demokratisierung dar. Folglich sind sie auch Ziel jeglicher Angriffe. Wir bewerten die jüngsten Entwicklungen als Ausdruck dafür, dass das System ernsthafte Probleme hat. Es stagniert, weil es sich nicht reformieren kann. Erneut werden Zwangsgesetze verabschiedet und Meinungen zum Angriffsziel erklärt, politische Morde und die Taten von Banden bleiben im Dunkeln. Der Grund hierfür liegt in der Stagnation des Systems. Folglich wird versucht, die Gesellschaft mit Angst und Repression einzuschüchtern. Die kurdische Frage ist noch immer das Haupthindernis vor der Demokratisierung der Türkei. Solange diese Frage nicht gelöst ist, wird es auch nicht möglich sein, gegen den Militarismus, gegen Banden vorzugehen, um einen demokratischen und freien politischen Bereich zu eröffnen. Genau das ist es, was wir gerade erleben. Die elementaren Probleme der Kurden wie das der Muttersprache bestehen weiterhin. Ein Bürgermeister wird seines Amtes enthoben, weil er Mehrsprachigkeit in der Verwaltung versucht umzusetzen. Auf der anderen Seite ist ständig die Rede von der EU-Mitgliedschaft. Ein doppelter Standard, eine Mentalität, die sich die Demokratisierung nicht zu eigen gemacht hat. Wir werden selbstverständlich unseren Kampf fortführen. Nicht nur für die Kurden, wir werden für alle, die in diesem Land leben, den Kampf um Demokratie verstärken.

Welche Rolle spielen USA und EU bei der politischen Krise in der Türkei?

Wir sind der Überzeugung, dass die Probleme der Türkei mithilfe ihrer inneren Dynamik gelöst werden können. Unsere Partei schöpft Kraft aus dem Potential, das in der Dynamik des gesellschaftlichen Kampfes für Veränderungen und Demokratisierung steckt. Die EU-Phase wird sich zweifellos positiv darauf auswirken, daher unterstützen wir sie. Es bedarf einer starken gesellschaftlichen Opposition und Drucks auf die Machthabenden, damit die Reformen und Regelungen ohne Zeitverlust umgesetzt werden. In diesem Zusammenhang beobachten wir die EU-Phase sehr intensiv. Aufgrund der Irak-Intervention sind die USA für die Türkei nicht mehr eine Macht hinter dem Ozean. Auf der politischen Ebene ist die Türkei vor allem mit dieser Intervention ernsthaft gezeichnet. Die Entwicklungen im Irak, vor allem die de-facto-Entstehung eines kurdischen Staates, haben bei der politischen Elite in der Türkei traditionelle Ängste wachgerufen. Das hat historische und aktuelle Gründe. Aber wir wissen, dass nur eine Türkei, die ihre Probleme demokratisch gelöst hat, die gegenwärtigen Ängste und Sorgen hinter sich lassen wird. Sie könnte sogar mit den kurdischen Nachbarn sehr freundschaftliche Beziehungen entwickeln. Der Weg zum Frieden sowohl im Lande als auch darüber hinaus verläuft über den Aufbau demokratischer Beziehungen.

Gibt die Türkei das EU-Projekt auf?

Die EU-Mitgliedschaft wurde zum nationalen Ziel erklärt. Aber die Entwicklung ist momentan rückläufig. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Die Propaganda europäischer Kreise, die die EU als einen Club christlicher Werte sehen und es auch so vermitteln, wirkt sich in der türkischen Gesellschaft negativ aus. Auf der anderen Seite manipulieren nationalistische Kreise in der Türkei die Gesellschaft mit dem Argument der Enttäuschung über die EU. Folglich ist die anfängliche Begeisterung nicht mehr vorhanden. Dies braucht nicht unbedingt von Dauer zu sein, ist aber dennoch eine Realität. Das Problem ist, dass eine politische Initiative fehlt, die auf dem Weg zur Mitgliedschaft die notwendigen Reformen ausführt. Die bisherigen Regierungen haben diesen Willen nicht zeigen können, sie handelten äußerst Status-quo-konform. Aus diesem Grunde ist ein fortschrittliche Regierung oder eine Regierung, die einen demokratischen Konsens zum Ausdruck bringt, zwingend notwendig.

Die Vorverlegung der Parlamentswahl ist beschlossene Sache. Wie wird die Vertretung der kurdischen und anderer demokratischer Kräfte im Parlament gewährleistet werden?

Wegen der anti-demokratischen Wahlhürde haben kurdische und andere demokratische Kräfte zur Strategie gegriffen, mit unabhängigen KandidatInnen zur Wahl anzutreten. Aufgrund der 10-%-Hürde kann ein Großteil der Bevölkerung in der Türkei nicht im Parlament vertreten werden. Ihre Stimmen werden auf die Parteien verteilt, die über diese Hürde kommen. 2007 werden wir sie überwinden, indem wir regelrecht einen Tunnel bauen. Wir als Partei unterstützen die „KandidatInnen der tausend Hoffnungen". Nicht nur KurdInnen, auch Intellektuelle, DichterInnen, AkademikerInnen, MenschenrechtlerInnen, die in der Türkei leben und politisch wirken, werden ins Parlament einziehen, um die Stimme der Hoffnungen und Forderungen des Volkes zu sein. Die unabhängigen KandidatInnen in der Türkei als Vertreter der Einheit zwischen den KurdInnen haben eine wichtige Mission für die Zukunft übernommen. In keiner vorherigen Wahl war die Zahl der Unabhängigen so hoch. Die wichtigste Aufgabe im Parlament wird es sein, die anti-demokratische Wahlhürde aufzuheben und den Weg für eine gerechte Repräsentation freizumachen.

Der Eilbeschluss, bei der Wahl unabhängige Kandidaturen auf einer gemeinsamen Wahlliste mit den anderen Parteien zu führen, ist der Versuch zu verhindern, dass KurdInnen ins Parlament einziehen. Wird es Ihrerseits Interventionen gegen diesen Beschluss geben?

Es ist augenfällig, dass in der besagten Atmosphäre Wahlen nicht demokratisch stattfinden können. Diese Mentalität, die die VolksvertreterInnen als Gefahr betrachtet, entwickelt auch jegliche Methoden, um sie bei den Wahlen zu behindern. Das sind Situationen, mit denen wir auch in der Vergangenheit schon konfrontiert waren. Ich will abschließend noch einmal unterstreichen, dass diese Repressionen uns von unserem Kampf für Frieden und Demokratie nicht abbringen werden. ♦

Die kommunale Arbeit der DTP Teil I

Kommune oft der größte Arbeitgeber

Ercan Ayboğa

In diesem Artikel werde ich versuchen, die Arbeit der DTP (Partei der Demokratischen Gesellschaft) und ihrer Vorgängerparteien in den von ihr gewonnenen Kommunen aus der Sicht eines jahrelangen kommunalen Mitarbeiters zusammenzufassen und zu bewerten. Im ersten Teil werden die grundlegenden Probleme beschrieben, im zweiten Teil wird die bisherige Praxis erläutert.

Bei den Kommunalwahlen im Jahre 1999 eroberte zum ersten Male in der Geschichte der Türkei eine pro-kurdische Partei, die damalige HADEP[1] (Demokratiepartei des Volkes), die Mehrheit in zahlreichen Kommunen. Die Anzahl der regierten Kommunen erhöhte sich bei den Kommunalwahlen 2004 von 37 auf 57. Angesichts der vielen Repressionen gegen die damalige DEHAP (Demokratische Volkspartei) war das ein beträchtlicher Erfolg, auch wenn die Zahl der regierten Provinzhauptstädte von sieben auf fünf zurückging. Alle regierten Kommunen, darunter die Millionenstadt Diyarbakır, liegen in den kurdischen Provinzen. Diese Entwicklung wurde infolge des kurdischen Freiheitskampfes der 80er und 90er Jahre und der sozial-politischen Veränderungen in der Bevölkerung möglich.

Mit dem Sieg in diesen Kommunen erhielt die legale kurdische Politik die einmalige Möglichkeit, das in die Praxis umzusetzen, was sie in den Jahren zuvor in ihrer politischen Arbeit propagiert hatte. Aus den vergangenen acht Jahren liegen uns Ergebnisse vor, die weder auf einen großen Erfolg noch auf das Gegenteil schließen lassen. Die heute geäußerten Meinungen gehen teilweise erheblich auseinander. Es ist also eine genauere und differenziertere Betrachtung notwendig, um die Arbeit der DTP-dominierten Kommunen zu verstehen.

Um das Regieren von Dutzenden Kommunen durch die DTP einordnen zu können, ist es notwendig, sich die bis 1999 in Türkisch-Kurdistan von den „Systemparteien“ praktizierte Arbeit und ihre Auswirkungen vor Augen zu halten. Alle Parteien, von den sozialdemokratischen, konservativen bis hin zu den religiösen, und die von ihnen bereitgestellten Bürgermeister, haben – schlicht, aber doch zutreffend – die Kommunen ausschließlich als Sprungbrett zu höheren Ämtern und persönliche Bereicherung verstanden. Kein Bürgermeister – da in Kurdistan praktisch keine Frauen in diesem Amt waren, lasse ich den eigentlich notwendigen Zusatz „In“ weg – hat sich je ernsthaft damit auseinandergesetzt, wie er die Dienstleistungen, das kulturelle und soziale Angebot, die Stadtplanung, die ökonomische Entwicklung, Bürgerbeteiligung etc. gestalten sollte. Sehr wenige Ausnahmen bestätigen auch hier die Regel. Projekte zur Ausweitung der Verbesserung der Dienstleistungen, zur Entwicklung von sozial-kultureller Arbeit, der Einbindung der Bevölkerung in die Entscheidungsprozesse wurden stattdessen (kaum) vorangetrieben. Die wenigen Projekte waren hauptsächlich da, um die Öffentlichkeit zu täuschen. Diese Bürgermeister wurden von den Systemparteien aufgestellt, weil sie oft eine große Familie, einen Clan oder ein großes Unternehmen hinter sich hatten und somit über großen Einfluss verfügten. Pläne, um z. B. einen annähernd ausgeglichenen Haushalt zu führen, gab es nie.

Diese Praxis der vergangenen Jahrzehnte bedeutete für die neuen DTP-BürgermeisterInnen, dass sie große Schuldenberge abzutragen hatten. Hoch verschuldete Kommunen zu sanieren und gleichzeitig für die Menschen Strukturen aufzubauen, war eine zusätzliche Bürde für die mit einem neuen Ansatz angetretenen BürgermeisterInnen der DTP.

Hinzu kommt, dass die Menschen dieser Region niemals demokratische Verhältnisse hatten. Die auf dem Papier geschriebene Demokratie hat hier niemals Einzug gehalten, weshalb eine Partizipation auf kommunaler Ebene erst einmal kaum zu erwarten war. Sie musste entwickelt werden. Die kurdische Freiheitsbewegung versuchte in den 90er Jahren auf mehreren Ebenen Selbstverwaltungsstrukturen einzuführen, was jedoch wegen des präsenten Staates kaum möglich war.

In engem Zusammenhang damit steht die immer noch relativ präsente feudale Struktur. Obwohl ihre politische Macht grundlegend durch den Freiheitskampf gebrochen ist, herrschen nach wie vor lokale feudale und nicht-fortschrittliche Beziehungen vor, die selbst einer starken DTP in einigen Orten von Zeit zu Zeit Probleme bereiten können. So wurden in einigen Orten bei den Kommunalwahlen 2004 immer noch Kandidaten aus großen einflussreichen Familien für die DTP aufgestellt, um in diesen Orten die Wahlen nicht zu verlieren. Familien- oder Clanstrukturen können von Zeit zu Zeit in verschiedenen Fällen großen Druck auf die Kommune ausüben. Dem kann mittel- und langfristig nur mit noch mehr Politisierung und Verbreitung der DTP-Ideologie entgegengewirkt werden.

Dann kommen noch die Benachteiligungen durch den Staat, vertreten durch den jeweiligen Gouverneur oder Landrat, hinzu. In der Türkei ist ihre Stellung nicht mit der in Westeuropa zu vergleichen. Diese Staatsvertreter können viele Projek-

te blockieren, Auslandskredite und -zuschüsse verhindern, Neueinstellungen ablehnen, Verkauf und Ankauf von Grundstücken behindern und viele andere Schwierigkeiten bereiten. Jedoch musste die DTP mit solchen Schikanen von Anfang an rechnen. In den letzten 1–2 Jahren haben diese Schikanen eher wieder – parallel zum politischen Konflikt – zugenommen. Einen Misserfolg auf kommunaler Ebene allein damit zu begründen, wäre jedoch übertrieben und würde nur von den eigentlichen Schwächen ablenken.

Die systematischen Vertreibungen durch das türkische Militär in den 90er Jahren und die damit einhergehende große Zahl an Flüchtlingen wirken sich auf die Städte nach wie vor sehr negativ aus. Oft vergrößerte sich die Bevölkerungszahl durch diese Flüchtlinge auf das Doppelte oder gar Dreifache. Allein dieses Verhältnis reicht aus, um darzustellen, dass eine Stadtplanung und -entwicklung eigentlich nicht möglich ist. Schlimmer allerdings ist die Verelendung dieser Menschen. Sie ist die Hauptursache für die angestiegene Gewalt gegen Frauen und Kinder, für Kriminalität, Obdachlosigkeit, verbreitete Krankheiten, chronische Arbeitslosigkeit usw.

Eine weitere Folge des Krieges der 90er Jahre ist der dramatische Rückgang landwirtschaftlicher Produktion durch die Zerstörung von tausenden Dörfern. Land- und Viehwirtschaft war und ist das Rückgrat des Gewerbes und der Industrie in den Städten.

Aufgrund des schlechteren ökonomischen Zustands der kurdischen Kommunen gegenüber denen im Westen gab es nie Pläne der Zentral-Regierungen, diese finanziell oder anderweitig zu unterstützen.

In der Türkei im Allgemeinen und in den kurdischen Provinzen im Besonderen sind die Einnahmen der Kommunen sehr gering. Die Haupteinnahmequelle bilden die allgemeinen Steuereinnahmen, die von der so genannten Provinzbank an die Kommunen ausschließlich entsprechend der offiziellen Einwohnerzahlen ausgezahlt werden. Dabei wurde und wird nicht berücksichtigt, ob viele Städte in Kurdistan viele Tausende Flüchtlinge aufnehmen mussten oder ob sie in ökonomisch schwachen Gebieten liegen. Diese Steuereinnahmen machen oft 70 bis 90 % des gesamten Budgets aus. Die restlichen Prozente setzen sich aus kleinen kommunalen Immobilien- oder Werbesteuern, Gebühren und Verpachtung von Flächen oder Immobilien zusammen. Bei Betrachtung der Ausgaben fällt auf, dass Personalkosten mit oft 70–80 % den Hauptteil ausmachen. Wenn noch kleine Ausgabenposten wie Materialkosten und Reparaturen hinzukommen, bleibt kaum noch etwas für Investitionen übrig. Um dies alles vorstellbar zu machen: Der Senat der Stadt Diyarbakır hat – bei einer tatsächlichen Einwohnerzahl von mehr als 1 Million – ein jährliches Budget von etwa 40 Millionen Euro. Im Vergleich dazu haben westeuropäische Kommunen bei gleicher Einwohnerzahl das 15- bis 20-fache an Einnahmen. Anzumerken ist noch, dass es bezüglich der finanziellen Lage für kleine Kommunen i. d. R. schlechter aussieht als für größere wie Diyarbakır oder Batman.

In Verbindung mit den Finanzen zeigte sich auch, dass die Kommunen oft nicht über Fachkräfte verfügten, weshalb ihre Arbeit bei Dienstleistungen qualitativ nicht selten große Mängel aufwies und nach wie vor aufweist. Kommunen mit einer Einwohnerzahl von bis zu 100 000 Einwohnern haben für Straßenarbeiten oder Stadtplanung oft keinen Ingenieur bzw. Architekten, sie werden von Bautechnikern durchgeführt (z. B. im Bezirk Suriçi[2] der Stadt Diyarbakır, 94 000 Einwohner). Die Finanzen werden nicht selten von unausgebildeten Personen verwaltet, die sich die benötigten Fähigkeiten mit der Zeit selbst angeeignet haben.

Oft ist durch die Politik der früheren Bürgermeister und Stadtparlamente der Personalapparat aufgebläht, es wurden aus wahltaktischen oder anderen Gründen Personen aus dem eigenen Freundes- oder Verwandtschaftskreis eingestellt. In vielen Gemeinden ist die Kommune oft der größte Arbeitgeber. Um die Aufblähung zu verdeutlichen, eignet sich ein Vergleich zwischen zwei Bezirken in Diyarbakır. Während der neuere Bezirk Kayapınar (etwa 150 000 Einwohner) etwa 160 Angestellte hat, müssen die alten Bezirke Yenişehir (200 000 Einwohner) und Bağlar (300 000 Einwohner) die Gehälter von etwa 550–600 Menschen bezahlen, was sich problematisch auf den Haushalt niederschlägt. Wenn all diese 550–600 Personen auch wirklich effektiv arbeiten würden, wäre das kein Problem. Es ist jedoch eine Tatsache, dass in den Kommunen in Kurdistan etwa die Hälfte der Angestellten zu unproduktiv ist. Hier sollen nicht die Menschen beschuldigt werden. Vielmehr muss beachtet werden, dass dies seit Jahrzehnten der Fall ist, also seit langem ein Systemproblem, das sich nur schwer ändern lässt. Hier sind die Kommunen gefragt, ihre Arbeit komplett neu zu ordnen.

Seit einem Jahr geraten die Kommunen unter Druck, weil neue Gesetze vorsehen, dass die Kommunen langfristig nur noch 30 % des Budgets für Personalkosten zur Verfügung stellen sollen. Um dies zu erreichen, ist ein Einstellungsstopp geplant.

Ein weiteres Problem für die Kommunen sind die Unternehmen der Region. Denn es hat sich ein System etabliert, wonach Unternehmen die zugesprochenen Ausschreibungen nicht korrekt durchführen (d. h. am Material sparen oder zu oberflächlich arbeiten) und dadurch große Profite erwirtschaften. Dies versuchen sie durch Bestechungsgelder an die Bürgermeister oder die entsprechenden Fachkräfte zu erreichen. Bei diesem korrupten System leidet schließlich die Gesellschaft, da die Arbeiten an Straßen, öffentlichen Gebäuden etc. ungenügend ausgeführt werden und häufig erneuert werden müssen. Um diesem System und den mafiosen Unternehmen (praktisch alle!) zu widerstehen, bedarf es einer starken und ideologisch gut fundierten Position. ♦

Fußnoten:
1.) Der Reihe nach waren folgende „pro-kurdische“ Parteien in der Türkei auf der politischen Bühne aktiv: 1991-1993: HEP (Arbeitspartei des Volkes), 1993-1994: DEP (Demokratiepartei), 1994-2002: HADEP (Demokratiepartei des Volkes), 2002-2005: DEHAP (Demokratische Volkspartei), seit 2005 DTP (Partei der Demokratischen Gesellschaft). Alle Vorgänger der DTP wurden von türkischen Gerichten verboten, woraufhin sie sich anschließend neu gründeten.
2.) Die Stadt Diyarbakır ist – wie 14 andere Großstädte der Türkei – in vier Bezirke aufgeteilt: Suriçi (Altstadt), Yenişehir, Bağlar und Kayapınar. Die Stadt wird vom Senat und von diesen Bezirken regiert. Vergleichbar ist dies mit der Stadt Berlin.

Teil II in der Ausgabe 133

„Eine 500-jährige Allianz geht in die Brüche“

Bestehende Grenzen unangetastet lassen

aus den Gesprächsnotizen mit Abdullah Öcalan

Während im April nur eine einzige Konsultation der Anwälte bei Abdullah Öcalan stattfinden konnte, wurde von Mai bis Mitte Juni nur eine wöchentliche Konsultation mit fadenscheinigen Gründen verhindert. Am 20. und 21. Mai besuchte nach sehr langer Verzögerung endlich das Europäische Antifolterkomitee die Gefängnisinsel Imralı und führte insgesamt vier Gespräche mit dem einzigen Häftling, Abdullah Öcalan. Anlass war die Überprüfung der am 1. März präsentierten Laborergebnisse, die auf eine chronische Vergiftung Öcalans mit Schwermetallen hinwiesen. Da das CPT seine Berichte gewöhnlich erst nach langer Zeit veröffentlicht, bleibt die Situation nach wie vor unklar.

Angst vor der Wahrheit: Schriftliche Eingabe nicht ausgehändigt

Im April wurde passend zur politischen und militärischen Eskalation eine weitere Bunkerstrafe gegen Öcalan verhängt. Die Eingabe mit seinen Einwänden dagegen wurde erstmals nicht an das Verteidigerteam ausgehändigt, das darüber hinaus über die Bunkerstrafe überhaupt nicht informiert wurde. Mit der Nichtaushändigung der Eingabe wird Öcalan ein weiteres verbrieftes Recht willkürlich genommen. Er selbst beschreibt diese Eingabe als besonders wichtig, weil er in ihr konkrete Schritte zur Lösung reflektiert und auf die bisherigen Kontakte mit dem türkischen Staat seit der Präsidentschaft Özals eingeht:

„Sie dreht sich um die Frage, wie ein gesellschaftlicher Frieden erzielt werden kann, was der beste Lösungsweg dafür ist. Ein Exemplar dieser Schrift geht wahrscheinlich an den Staat. Vermutlich sorgt sie dort bereits für Diskussionen. Im Staat gibt es diejenigen, die den Krieg fortsetzen wollen, diese Richtung reicht auch bis in die Bewegung hinein. In Politik und Bürokratie gibt es solche, die dafür die Verantwortung tragen. In dieser Verteidigungsschrift werden einige Fakten offengelegt. Das mag bestimmte Leute in Schwierigkeiten bringen. Dies könnte ein Grund dafür sein, warum einige verhindern wollen, dass sie ausgehändigt wird. Ich gehe darin auf den Friedens- und Dialogprozess ein, der seit gut vierzehn Jahren, seit der Kontaktaufnahme Özals stattgefunden hat, und was es für Bemühungen gab, diesen Dialog zu sabotieren. Lösungsvorschläge und die Konsequenzen dieser Lösung führe ich in acht Punkten auf, ebenso die Konsequenzen, die eintreten, wenn es nicht zu einer Lösung kommt. Wenn es Schritte hin zu einer demokratischen Lösung gibt, dann kann es wieder zu einem Rückzug der Guerilla aus dem Territorium der Türkei kommen.“ […] „Ich habe meine Bemühungen um Frieden und eine demokratische Lösung auf der einen Seite und die Versuche, die PKK zu liquidieren, auf der anderen Seite dargestellt. Ich habe anhand der praktischen Erfahrungen erklärt, dass diese Versuche einer Liquidierung keine Lösung darstellen können.“

Invasion

Vor einer Invasion in Südkurdistan, bei der die Guerilla ohnehin militärisch wenig zu befürchten hätte, warnte Öcalan im Interesse der Türkei:

„Ich spreche mich klar gegen einen Nationalstaat aus. Trotzdem versucht eine kleine Minderheit innerhalb des Staates [das Gegenteil zu suggerieren und] *eine Lösung zu verhindern. Dabei haben diese Leute mit Türkentum gar nichts zu tun. Es gibt sogar Kurden darunter. Das türkische Volk wäre mit einem Massaker an den Kurden keinesfalls einverstanden. Und auch wir hegen keinerlei Feindschaft gegen die Türken. Meine Großmutter Havva war Türkmenin. Aber diese Gruppe versucht beharrlich, einen Völkermord gegen die Kurden anzuzetteln. Sie wollen mit den Kurden das tun, was sie bereits mit den Armeniern und den Griechen getan haben, und glauben, so das Problem aus der Welt schaffen zu können. Aber sie können die Kurden nicht so loswerden wie die Armenier und die Griechen, sie können die Kurden nicht vernichten. Wo wollen sie 25 Millionen Menschen denn hin vertreiben? Die Kurden im Süden haben sich gut vorbereitet, sich organisiert. Die USA haben die Kurden dort mit allen möglichen Waffen ausgerüstet, sie auf jede erdenkliche Art unterstützt. Diese Leute verstehen das nicht. Sie versuchen, die Türkei in eine große Falle zu locken. Das ‘Time Magazine’ hat geschrieben, dass eine Invasion in Südkurdistan ein strategischer Fehler wäre, ganz richtig. Es wäre ein verhängnisvoller Fehler. So lässt sich das Problem nicht lösen. Wer es so lösen will, richtet großen Schaden an.“*

Ein Niederlegen der Waffen ist möglich

Zum wiederholten Male bekräftigt der Kurdenführer, dass er seinen Einfluss

auf die Guerilla nutzen werde, sobald Schritte zu einer politischen Lösung erkennbar würden. Allerdings sei es unrealistisch zu denken, die Guerilla werde die Waffen „einfach so“ niederlegen:

„Seit Jahren bemühe ich mich geduldig und maßvoll um den Frieden. Ich will den sozialen Frieden. Meine Ansichten dazu habe ich bereits 1999 in meinen Thesen über die demokratische Republik dargelegt. Wenn ich jedoch von Frieden rede, heißt es: Apo hat Angst“oder Apo lässt sich manipulieren. Nein, ich habe keine Angst, und ich lasse mich auch nicht hereinlegen. Ich bin sowohl aus politischen als auch aus moralischen Gründen gegen den Krieg. Der Gegenseite ist es nicht gelungen, die PKK auszulöschen. Jetzt denken sie, sie könnten sie liquidieren und vernichten, indem sie auf mich Druck ausüben. Aber wie können sie von mir erwarten, dass ich einfach so zum Niederlegen der Waffen und zur Kapitulation aufrufe? Ich habe schon mehrfach erklärt, dass die Waffen natürlich niedergelegt werden, wenn der Weg zu einer Lösung beschritten wird. Das ist überhaupt kein Problem. Ich habe im September die PKK zum einseitigen Waffenstillstand aufgerufen, was diese auch befolgt hat. Seither haben keinerlei Schritte hin zu einer Lösung stattgefunden, die PKK ist mit breitesten Militäroperationen angegriffen worden. Dieser Krieg hat 400 Milliarden Dollar gekostet, vielleicht gibt es Leute, die noch einmal 400 Milliarden ausgeben wollen.“

Überkommener Nationalstaatsbegriff

In seinen Kommentaren zur politischen Lage betonte Öcalan in praktisch allen Konsultationen die Gefahr, die für alle Seiten von einem starren, dogmatischen Festhalten an einem überkommen Nationalstaatsbegriff des vergangenen Jahrhunderts ausgeht:

„Auch ein Teil des Militärs beharrt auf einem Begriff vom Nationalstaat, der jegliche Lösung blockiert. Die Nationalisten reden jetzt auf einmal von Unabhängigkeit. Sie treten für eine Politik ein, die alle anderen als Feinde betrachtet. Eine solche Politik wird die Türkei von der Welt isolieren. Einige Militärs wie der ehemalige Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrats Tuncer Kılınc reden von einer Allianz zwischen der Türkei, dem Iran und Russland. Sie sind definitiv gegen einen EU-Beitritt. Doch eine solche Unabhängigkeit ist nicht möglich. Selbst Mustafa Kemal konnte lediglich sechs Monate lang unabhängig bleiben. Nachdem er die Beziehungen zur Sowjetunion abgebrochen hatte, musste er sechs Monate später Beziehungen zu Großbritannien aufnehmen. Ein bestimmter Begriff des Nationalstaates hat Anfang des 20. Jahrhunderts zu faschistischen Staatsmodellen wie Nazideutschland geführt. Nach dem Zweiten Weltkrieg versuchte man, mit dem EU-Modell diese Art von Nationalstaat zu überwinden. In der Türkei jedoch ist das nie gelungen. Die heutige Auffassung der Türkei vom Nationalstaat ist eine faschistische.“



„Kein Leben ohne den Vorsitzenden“, Frauenaktion in Istanbul Foto: DIHA

Er bekräftigte auch seine Auffassung, dass die heutigen Kemalisten nicht viel mit der Politik Mustafa Kemals gemein haben:

„Mein Vorschlag ist der einer demokratischen Republik. Die Demokratie ist kein Widerspruch zur Republik, die Republik ist die Staatsform der Demokratie. Ohne Demokratie kann die Republik weder ihre Probleme lösen noch weiter Bestand haben. Eine demokratische Republik war auch das, woran Mustafa Kemal ursprünglich gedacht hatte. Aber wegen der Bedingungen zu seiner Zeit gelang es ihm nicht, sie zu verwirklichen. Diejenigen, die sich heute Kemalisten nennen, haben in Wirklichkeit nichts mit Mustafa Kemal zu tun. Mustafa Kemal hat die Kurden als Element [der Republik] *akzeptiert. Er hat die Besatzer aus dem Land gejagt, indem er mit den Kurden ein Bündnis schloss. Die kurdischen Aufstände und die Interessen und Pläne der Briten in der Region haben dazu geführt, dass Mustafa Kemal seine Pläne aufschob. Das von ihm muhtariyet genannte Modell sah eigentlich eine Art demokratischer Autonomie vor. Man muss sich die damaligen Umstände vor Augen führen. Die Republik war noch jung, gerade erst gegründet, und es gab eine erhebliche Paranoia, dass sie gespalten werden könnte. Es bestand die Gefahr, dass* [der letzte Sultan] *Vahdettin und mit ihm Kalifat und Sultanat zurückkehren könnten. Außerdem gab es den Streit* [mit den Briten] *um Mossul und Kirkuk. Als genau zu diesem Zeitpunkt die kurdischen Aufstände losbrachen, ergriff Mustafa Kemal die Panik um den Erhalt der Republik. Um die Republik zu retten, opferte er sogar Mossul und Kirkuk. Beide Städte gehörten zu dem Gebiet, das durch Misak-i Milli, den Nationalpakt, definiert wird. Diesen*

Nationalpakt darf man nicht unterschätzen. Die Republik, die gerade erst aus einem Krieg hervorgegangen war, konnte sich aber auch keinen neuen Krieg leisten. Wenn Mustafa Kemal sich dagegen sicher gewesen wäre, dass die Kurden wieder mit ihm zusammen kämpfen würden, hätte er es mit jedem Feind aufgenommen. Mustafa Kemal war für die Einheit mit den Kurden."

Neue Bündnisse im Mittleren Osten

Öcalan sieht Frankreich nach der Präsidentenwahl auf die Linie der USA einschwenken und sich an der globalen Umgestaltung im Sinn der USA beteiligen:

„Im Grunde genommen handelt es sich bei dem Krieg in Afghanistan und im Irak um eine Fortsetzung des Ersten und Zweiten Weltkrieges. Was jetzt stattfindet, ist der dritte Weltkrieg. Die politischen Pläne, die nach dem Ersten Weltkrieg nicht vollendet wurden, werden jetzt umgesetzt. Heute wird erneut versucht, das Sykes-Picot-Abkommen zur Anwendung zu bringen. Die USA befinden sich jetzt in der Etappe, die Fronten- und Bündnisbildung aus dem Ersten Weltkrieg zu vollenden. Es sieht so aus, als nehme nach Deutschland jetzt auch Frankreich seinen Platz in der US-Front ein. Mit der Wahl Merkels in Deutschland und der Sarkozys in Frankreich haben sich diese beiden Länder ebenfalls unter die Leitung der USA begeben. Großbritanien und Israel sind ohnehin schon Bündnispartner der USA. Vor dem Irak-Krieg waren Schröder, Chirac und Putin noch nicht auf diese Linie eingeschwenkt, sie widerstanden den USA. Auch China und der Iran waren ähnlich. Aber jetzt haben Deutschland und Frankreich sich auf diese Linie eingelassen. Russland ist nicht in der Lage, Widerstand zu leisten. Im Mittleren Osten geht es im Moment um ein kurdisch-israelisch-US-amerikanisches Bündnis. Die Realität der USA ist offensichtlich. Wir werden uns nicht unter US-Leitung begeben, uns nicht auf die US-Linie einlassen. [...] Der Staat im Süden [Südkurdistan / Nordirak] *sollte sich nicht auf die USA stützen, sondern auf eigener Stärke aufbauen, denn die USA werden die Region eines Tages verlassen. Perser, Türken, Araber, alle werden sich dann auf die Kurden stürzen. Das ist nicht die Lösungsweise von uns Demokraten und Sozialisten."*

Eindringlich warnte er davor, das Band zu zerreißen, das Türken und Kurden verbindet:

„Ich habe als Alternative zum Drängen der USA ein anderes System vorgeschlagen. Das habe ich getan, weil ich weiß, dass es sich dabei um den vernünftigsten und einzigen Lösungsweg handelt. Im gegenteiligen Fall wird die Türkei zerfallen. Es sieht so aus, als ob das unumgänglich ist. Den Schaden werden Kurden und Türken, wir alle haben. Zwischen dem von den USA und Israel unterstützten kurdischen Nationalstaat und dem türkischen Nationalstaat werden massive Konflikte entstehen. So wie in der Zeit des [türkischen] *Befreiungskrieges die Republik den einzigen Ausweg darstellte, ist an dem Punkt, an dem wir uns heute befinden, die demokratische Republik der einzige Ausweg. So wie Mustafa Kemal als einzigen Ausweg die Republik vorgeschlagen hat, vertrete ich heute die demokratische Republik."*

Das vorteilhafteste Bündnis der Kurden sieht er langfristig immer noch mit der Türkei. Bei dessen Scheitern blieben ein kurdisch-arabisches oder ein kurdisch-schiitisches Bündnis als strategische Alternativen übrig:

„Die Kurden können es schaffen, eine Einheit aufzubauen, gleichzeitig aber in allen vier Teilen mit den anderen Völkern eine Einheit aufbauen und die bestehenden Grenzen unangetastet lassen. Ein solches System ist das einzige, das die Krise im Mittleren Osten überwinden kann. Andernfalls werden sich die Konflikte in Palästina, dem Libanon und dem Irak weiter verschärfen und noch gefährlichere Ausmaße annehmen. Eine Option ist dann die Herausbildung eines kurdisch-arabischen Bündnisses. Eine zweite Option ist ein kurdisch-schiitisches Bündnis. Der Iran besitzt bereits föderale Elemente und könnte flexibel reagieren. Barzani und Talabani haben gute Beziehungen zum Iran. Dann fehlten nur noch die USA in dem Bündnis, doch auch das scheint nicht länger ausgeschlossen. Ahmedinedschads Antiamerikanismus ist nicht unüberwindlich. In diesem Fall käme die Türkei in eine äußerst schwierige Lage. Sie liefe nicht nur Gefahr, ihren Südosten zu verlieren, sondern dies könnte das Ende der gesamten Türkei sein. Ich kenne den Iran gut, ich habe selbst fünfzehn Jahre lang Beziehungen zum Iran unterhalten. [...] Die türkischen Nationalisten bemerken gar nicht, wie heute langsam eine iranisch-kurdische Allianz an die Stelle der historisch gewachsenen türkisch-kurdischen Allianz tritt. Ein 500-jähriges Bündnis droht zu zerbrechen." ♦



Frauenbustour 2007 „Freiheit für Öcalan – Frieden in Kurdistan" Foto: Cenî

Ein ehemaliges Mitglied des griechischen Geheimdienstes erklärt

Die Auslieferung Öcalans: Zeit für die Wahrheit

Interview mit Savvas Kalenderis, ehemaliger Hauptmann des griechischen Geheimdienstes EYP

Savvas Kalenderis, ehemaliger Hauptmann des griechischen Geheimdienstes EYP, erzählt in seinem Buch *„Die Auslieferung Öcalans: Zeit für die Wahrheit“* seine Version des griechischen Anteils des internationalen Komplotts gegen Abdullah Öcalan. Mit Kalendaris sprach Baki Gül. Das Interview, das sowohl auf Roj-TV ausgestrahlt als auch in der Tageszeitung *Yeni Özgür Politika* abgedruckt wurde, veröffentlichenwir in gekürzter Übersetzung.

Seit dem 9. Oktober 1998, als der damalige PKK- und heutige KCK-Vorsitzende Abdullah Öcalan Syrien verließ, und dem 15. Februar 1999, als er aus der kenianischen Hauptstadt Nairobi in die Türkei ausgeliefert wurde, sind Jahre vergangen. Die Akteure der atemlos erlebten Zeit, die mit dem Auszug Öcalans aus Syrien begann und sich in Griechenland, Russland, Italien und Kenia fortsetzte, haben sich zu verschiedenen Zeiten geäußert. Mehrere Bücher wurden über das Thema geschrieben. Es wurden Prozesse eröffnet, Eingaben und Aussagen präsentiert. Aber die Planer des von Kurden als „internationales Komplott“ bezeichneten Geschehens, die bewusst oder unbewusst beteiligten Akteure, haben als Zeugen noch nicht alles gesagt. Wenn auch die Hauptlinien des Komplotts bekannt sind, ist es immer noch Diskussionsthema, wer welche Rolle gespielt und inwieweit die Wahrheit gesagt hat. Als Abdullah Öcalan nach dem Verlassen Syriens nach Griechenland kam, befand sich auch der zum damaligen Zeitpunkt als Hauptmann des griechischen Geheimdiensts tätige Savvas Kalenderis am Flughafen. Als Öcalan nach Russland flog, war er mit im Flugzeug. Kalenderis war auch mit dabei, als Öcalan das zweite Mal nach Griechenland kam und von dort aus nach Kenia flog – bis Öcalan aus der griechischen Botschaft in Nairobi geholt und zum Flughafen gebracht wurde.

Warum dieses Buch und warum jetzt? Was steht in diesem Buch über das internationale Komplott, was neu und noch nicht veröffentlicht ist?

Nach der Auslieferung von Herrn Öcalan war ich noch nicht bereit, meine Informationen darüber der Öffentlichkeit mitzuteilen. Ich war vor allem Soldat. Im Jahr 2000 habe ich meinen Rüktritt eingereicht. Mein Rücktritt war eine Reaktion darauf, dass ich bei diesem Thema benutzt worden bin. Auf Korfu war es Herr Aristos Aristidus, der die Verhandlungen zwischen Abdullah Öcalan und dem griechischen Staat führte. Bis zu diesem Zeitpunkt war ich zwar anwesend, spielte aber keine Rolle. Damals machte Herr Aristidus Herrn Öcalan den Afrika-Vorschlag, den dieser ablehnte. Ich wusste damals nicht, was besprochen wurde. Dann rief mich der vor ein paar Tagen verstorbene EYP-Chef Haralambos Stavrakakis an und sagte: „Bitte Savvas, sag Herrn Öcalan, er soll wie von uns vorgeschlagen in ein afrikanisches Land gehen, dort garantiert der griechische Staat offiziell für seine Sicherheit. Als Staat werden wir für sein Leben und seine Freiheit verantwortlich sein. Das soll er bitte akzeptieren, er glaubt Dir. Bitte überzeuge ihn davon.“ Ich war damals Offizier und hatte einen Befehl erhalten. Wenn mein Staat mir einen Befehl gibt, kann ich nicht daran zweifeln. Und ich glaubte auch daran, dass eine Lösung gefunden worden sei. Ich teilte also Herrn Öcalan mit, was mir aufgetragen worden war. Öcalan schaute mich an und fragte: „Was sagst Du dazu?“ Um welches afrikanische Land es sich handelte, wusste ich nicht. Herr Stavrakakis hatte mir gesagt: „Du wirst nicht wissen, wo er hinfliegt, denn das hat nichts mit Dir zu tun, es wissen nur ganz wenige Leute.“ Dort sollte er ein paar Tage bleiben, im Haus des griechischen Botschafters. Danach sollte er auf einen Landsitz gebracht werden und sobald sein Asylgesuch in Südafrika anerkannt worden wäre, hätten wir ihn von dort abgeholt und nach Südafrika gebracht. Das teilte ich Herrn Öcalan mit. Öcalan dachte nach, blickte mir direkt in die Augen und fragte mich nach meiner Meinung. Ich antwortete, ich wisse nicht, in welches Land es gehe, aber ich wisse, dass mein Land ihm eine offizielle Garantie gebe.

Haben Sie daran geglaubt, als Sie das sagten?

Mir war nicht gesagt worden, ich solle Öcalan hinters Licht führen, sondern ich solle ihn überzeugen und es werde eine Garantie gegeben. Das teilte ich Herrn Öcalan im besten Glauben mit.

Wusste Öcalan, dass er nach Kenia fliegt?

Mit Sicherheit.

Und Sie wussten es nicht?

Ich wusste das nicht, weil die Verhandlungen vorher von Aristidus geführt worden waren. Im Flugzeug fragte ich eine halbe Stunde nach dem Start Herrn Öcalan, ob ich jetzt wissen könne, wo es hingeht. Denn ich sollte in Nairobi aussteigen. Nachdem das Auto mit dem Flugzeug auf Korfu zusammengestoßen war, war mir gesagt worden, ich solle nach Südafrika fliegen, dort mit dem Anwalt von Mandela Kontakt aufnehmen mit Hilfe des dortigen Botschafters und die Prozedur der Asylanerkennung von Herrn Öcalan vereinfachen. Herr Öcalan antwortete mir, dass wir nach Nairobi fliegen. Wir diskutierten eine Weile darüber. Ich sagte, dass es vor sechs Monaten in Nairobi Bombenanschläge gegeben habe und die Amerikaner 40 oder 50 Tote hatten. Ich vermutete, dass es eine Absprache mit den Amerikanern oder anderen Kräften gegeben habe, dass es also abgesprochen war, dass wir dorthin fliegen, denn Kenia befand sich unter amerikanischer Kontrolle. Und dass es weiter abgesprochen nach Südafrika gehe. Ein solches Szenario hatte ich im Kopf.

Gehen wir doch noch einmal zurück. Zunächst kam Herr Öcalan am 9. Oktober 1998 von Syrien nach Athen … Und Sie empfingen Öcalan in Athen am Flughafen …

Bevor Öcalan aus dem Flugzeug stieg, hatte Stavrakakis mich in sein Büro zitiert. Ich war die einzige Person an seiner Seite, die türkisch sprechen konnte. Er fragte mich, wie die Situation Öcalans sei. Ich sagte, dass ich das nicht wisse. Stavrakakis erfuhr, soweit ich weiß, erst, als Öcalan bereits in der Luft war, davon, dass er kommen werde. Er rief mich herbei und wir fuhren gemeinsam zum Flughafen.

Wie kann es sein, dass der griechische Geheimdienst davon nicht wusste? Bereits zuvor gab es eine Einladung griechischer Parlamentarier.

Das habe ich später geprüft. Die Abgeordneten haben niemandem Bescheid gesagt. Als Öcalan bereits in der Luft war, haben sie die Information gegeben, ohne Öcalans Namen zu nennen. Sie sagten nur, dass jemand von hohem Rang komme, der durch den Flughafen geschleust werden solle. Da schöpften sie Verdacht.

Ist es möglich, dass Abgeordnete eine solche Arbeit ohne das Wissen des Geheimdienstes machen?

Der Geheimdienst in Griechenland untersteht den Politikern, nicht umgekehrt, da können Sie sicher sein. Wir fuhren also zum Flughafen. Stavrakakis begab sich in einen Raum. Ich sah im Wartesaal Rozerin. Sie telefonierte. Ich fragte, was los sei. Sie antwortete: „Unser Vorsitzender ist hierher gekommen, es musste sein, er wird einige Tage hier Gast sein." Öcalan saß in einer Ecke mit zwei weiteren Personen. Ich hieß ihn willkommen und führte ihn in das Zimmer, in dem sich Stavrakakis befand. Dort fanden fünf- bis sechsstündige harte Verhandlungen statt. Stavrakakis forderte ihn auf, Griechenland zu verlassen. Öcalan verwies auf seine Notlage und die Einladung der Abgeordneten. Die Verhandlungen waren hart, aber die griechische Regierung suchte gleichzeitig nach einer vorübergehenden Lösung. Wenn nicht Russland als Lösung gefunden worden wäre, hätte er, soweit ich weiß, ein paar Tage als Gast bleiben können. Eine feindliche Haltung wäre nicht an den Tag gelegt worden von uns und der damaligen griechischen Regierung.

Aber dazu ist es nicht gekommen!

Um nach Russland zu gehen, traten wir in Kontakt mit Mahir. Er besorgte ein Visum mit Hilfe der russischen Botschaft in Athen. Herr Öcalan forderte die Begleitung eines griechischen Offiziellen, er wollte mich. Stavrakakis willigte ein. Apos Gedanke dabei war, dass die offizielle Anwesenheit eines Griechen im Flugzeug einen gewissen Schutz bot. Ich flog mit Öcalan, verließ jedoch das Flugzeug in Russland nicht. Dort wurde Öcalan von Vladimir Schirinowski, Mahir Welat und ein paar weiteren Personen mit einer halb offiziellen Zeremonie empfangen. Ich kehrte nach Athen zurück.

Und dann …



Savvas Kalenderis Foto: YÖP

Am nächsten Tag ging ich zu Stavrakakis und sagte ihm, wir müssten das Thema sensibel verfolgen.

Als Öcalan das zweite Mal nach Griechenland kam, kam es zu dem viel diskutierten Vorfall auf Korfu, bei dem das Fahrzeug, das Öcalan zum Flugzeug bringen sollte, gegen einen Flügel desselben prallte.

Als wir auf den Platz kamen, war es dunkel, man konnte den Flügel nicht sehen. Ich bemerkte ihn einige Sekunden, bevor wir dagegen prallten. Der Flügel drang ins Innere des Wagens ein. Ich wurde am Kopf verletzt. Es handelte sich um einen Unfall, dahinter muss man nichts anderes suchen. Wir setzten schließlich mit einem Boot zum Festland über. Dort erhielt ich einen neuen Befehl, dass ich in dem Land, in das wir fliegen würden, das Flugzeug verlassen solle. Vorher war mir gesagt worden, ich solle umgehend zurückkehren. In meinem Buch ist das alles ausführlich beschrieben. Wir fuhren zum Militär-

flughafen und flogen weiter nach Nairobi. Botschafter Kostulas war selbst nicht vorher darüber informiert, wer sein kommender Gast sein werde.

Pangalos war damals Außenminister. Bestand kein Dialog zwischen dem Ministerpräsidenten und ihm?

Das weiß ich nicht. Aber wenn der Anführer eines nationalen Befreiungskampfes in ein gefährliches Drittland geschickt wird, dann ist der Ministerpräsident darüber mit Sicherheit informiert und er hat seine Zustimmung gegeben.

In Dokumenten heißt es, dass Öcalan sofort aus dem Haus des Botschafters geholt werden solle?

Nicht sofort. Griechenlands Angebot war, dass er ein paar Tage dort bleiben und dann auf einen Landsitz gebracht werden sollte. Herr Öcalan hatte das akzeptiert.

Und warum ist es nicht so gekommen?

Das wurde sofort klar, als wir ankamen. Als erstes erfuhren wir, dass es über diese Operation keine schriftlichen Dokumente geben dürfe.

Es gibt Aussagen, nach denen der MIT-Chef im Gespräch mit Journalisten Öcalans Aufenthaltsort angedeutet hat. Noch während Herr Öcalan in Nairobi war, seit dem 6. Februar, soll das Gefängnis Imralı vorbereitet worden sein.

Das ist keine Behauptung, sondern eine Tatsache.

In Ankara, Athen, Washington und Israel geriet etwas in Bewegung. Haben Sie als Nachrichtendienstler nichts gespürt?

Herr Öcalan weiß, was ich getan habe.

Also waren Sie sich dessen bewusst?

Weder Herr Kostulas noch ich haben Herrn Öcalan als Gefangenen behandelt, sondern als Gast. Ich habe ihm jeden Tag Informationen aus dem Internet zusammengesucht, so die MIT-Geschichte und am nächsten Tag die Information, dass ein hoher Offizieller aus Israel nach Ankara gefahren ist. Als er die Meldung sah, sagte er sofort: „Die sind meinetwegen nach Ankara gefahren.“ Dann gab es diesen Text von Günay Aslan in der *Özgür Politika*. Als er das sah, stand er auf und sagte: „Wir sitzen in der Falle, wir müssen etwas tun.“ Aber nachdem er Nairobi einmal betreten hatte, gab es keinen Ausweg mehr. Wir suchten nach einem Ausweg, Kostulas und ich. Aber ich sah, dass wir uns in einem Land befanden, in dem auch 800 FBI-Agenten waren. Wir befanden uns mitten in Afrika und konnten nirgendwo hin. Gezwungenermaßen mussten wir uns mit den Möglichkeiten und Lösungen, die der Staat präsentierte, beschäftigen.

Ist es zu konstruktiven Vorschlägen von Außenminister Pangalos oder Geheimdienstchef Stavrakakis gekommen, während Sie sich in der Botschaft aufhielten?

Zu diesem Thema gibt es ein historisches Dokument, den Bericht von Kostulas. Uns wurde am zweiten Tag gesagt, wir dürften zu diesem Thema nichts aufschreiben und nichts verschicken. Da schöpften wir Verdacht. Falls etwas passieren sollte, würde man uns die Verantwortung zuschieben. Ab da haben wir alle drei zugehört, wenn ein Anruf kam, haben offen geredet und jeden Tag registriert, wer angerufen und was gesagt hatte.

Gibt es da etwas, was vor Gericht nicht gesagt wurde?

Natürlich gibt es das.

Informationen, die Sie preisgeben können?

Schauen Sie, ich habe ein 180-seitiges Buch dazu geschrieben, das kann ich jetzt nicht alles aufzählen.

Gab es etwas besonders Hervorstechendes?

Nachdem Öcalan den Türken übergeben worden war, suchten die Verantwortlichen – also die, die den Beschluss zu Kenia gefasst hatten – nach einem Opfer, um ihre Verantwortung geheim zu halten. Sie wollten mir oder anderen Personen die Schuld zuschieben. Es handelte sich um eine Operation der Regierung. Damals zeigten sie auf Öcalan selbst als Schuldigen. Sie meinten, Öcalan habe hier- und dorthin telefoniert, dadurch sei er von der Türkei und Amerika entdeckt worden. In Griechenland sagten sie, Öcalan habe einen griechisch-türkischen Krieg gewollt und deshalb sei es so gekommen. Dass es nicht so war, schreibe ich erstmalig.

Während unserer gesamten Reise hat Herr Öcalan Verantwortung gegenüber der griechischen Regierung, dem Staat und der Bevölkerung gezeigt. Ein paar Tage vor dem 15. Februar sagte er zu mir: „Fast alle, die sich der Organisation angeschlossen haben, sind durch meine Hände gegangen, ich habe sie geschult und sie sind alle meine Kinder. Nachts sehe ich in meinen Träumen die Gefallenen. Selbstmord, mein Tod wären das Naheliegende, aber ich muss am Leben bleiben, denn ich habe mein Volk auf einen bestimmten Weg gebracht. Ohne Führung geht das nicht.“ Er zog es also vor, am Leben zu bleiben. In einem anderen Moment sagte er: „Meine Rettung wäre es, öffentlich zu machen, dass ich hier bin.“ CNN und andere waren seit dem Bombenanschlag ständig in Nairobi. Er sagte: „Wenn ich die rufe, kann danach nichts Geheimes mehr unternommen werden. Aber ich möchte gegenüber dem griechischen Volk nicht als Provokateur dargestellt werden. Ich werde bis zum Letzten versuchen, Griechenland keinen Schaden zuzufügen.“ So blieb er der Freundschaft der Völker und der Freundschaft zwischen Menschen treu.

Können Sie noch ein bisschen mehr auf die letzten Tage in Nairobi eingehen …

Seit ein paar Tagen wurde extremer Druck auf uns ausgeübt. Es hieß, wir sollten Gewalt anwenden, um Öcalan aus der Botschaft zu schaffen. Wir, die beiden Diplomaten und ich, vereinbar-

ten, auf keinen Fall etwas Illegales zu tun. Die Befehle kamen ausschließlich mündlich, wenn etwas passieren sollte, würde man uns die Verantwortung zuschieben. Auch deshalb blieben wir den Gesetzen treu, nicht nur wegen unserer Achtung vor Herrn Öcalan. Damit waren diejenigen, die diese Operation durchführten, in einer Sackgasse. Öcalan verließ die Botschaft nicht, sie konnten ihn nicht herausholen. Deshalb machte der kenianische Staat am letzten Tag, am 15. Februar, den Telefonverkehr zwischen Kenia und Griechenland dicht. Wir konnten nicht mehr telefonieren. Das war ein Teil der Operation. Als zweites wurde Botschafter Kostulas ins kenianische Außenministerium geladen. Er schlug die Einladung mit der Begründung, er sei krank, aus. Dann schickte die kenianische Regierung jemanden mit hohem Rang zur griechischen Botschaft. Man wisse, dass Öcalan sich hier befinde, wenn der Botschafter nicht käme, würde man ihn mit Gewalt vorführen. Kostulas konnte Athen über Telefon nicht erreichen. Deshalb musste er, ohne Athen zu informieren, zum Außenministerium gehen.

Mit wem hat er im Außenministerium gesprochen?

Es waren der Generalsekretär des Außenministeriums, einer vom Staatspräsidialamt und eine Person, die Kostulas nicht kannte, anwesend. Bis zu diesem Zeitpunkt gab es keinen Dialog zwischen der griechischen Botschaft und Kenia zur Anwesenheit Öcalans im Land. Jetzt sprachen die Kenianer offen an, dass Öcalan sich in der Botschaft befinde. Kostulas erwiderte, er wolle dazu nichts sagen, weil er keine Anweisungen habe. Daraufhin sagten sie, dass Satellitenfotos die Anwesenheit Öcalans in der Botschaft beweisen würden. Als Kostulas wiederholte, er könne sich zu dem Thema nicht äußern, ließen sie ihn über ein Satellitentelefon in Athen anrufen. Er übermittelte das Geschehen telefonisch einem Diplomaten von Pangalos und erklärte, er brauche weitere Anweisungen. Die Kenianer machten einen Vorschlag. Sie sagten, die Anwesenheit Öcalans stelle sowohl für uns als auch für sie ein Problem dar. Deshalb wolle man uns ein Flugzeug stellen, das uns an den von uns gewünschten Ort bringe. Diesen Plan leitete Kostulas an Athen weiter. Die Kenianer setzten außerdem ein zeitliches Ultimatum. Der Plan müsse unbedingt am selben Tag umgesetzt werden. Sie sagten, was in der Nacht geschehe, könne man nicht wissen, es gebe Banden in Nairobi; wenn diese nachts kämen und Öcalan umbrächten, wären wir dafür verantwortlich. Sie drohten ganz offen. Auch das wurde an Athen weitergeleitet. Und Athen sagte, Kostulas solle Öcalan diesen Vorschlag unterbreiten. Kostulas kehrte in die Botschaft zurück und wir begaben uns gemeinsam zu Öcalan und erläuterten ihm den Plan Kenias. Ich sagte zu ihm: „Athen macht Druck, aber wir werden Sie von hier nicht mit Gewalt wegschicken. Wenn Sie die Botschaft verlassen, dann aus eigenem Willen, und Sie werden nicht später sagen, Kostulas oder Kalenderis haben mich gezwungen. Wir haben die Direktive, Druck auszuüben, damit Sie gehen, aber das tun wir nicht. Das müssen Sie wissen." Wir machten gemeinsam einen Plan. Der Dienstwagen des Botschafters genießt Immunität. Damit wollten wir bis zum Flughafen fahren. Dort sollte einer von uns zunächst das Flugzeug durchsuchen und herausfinden, wer der Pilot und die Mannschaft sind. Danach erst sollte Öcalan ins Flugzeug einsteigen. Eine andere Möglichkeit hatten wir nicht. Wir diskutierten darüber, aber wir hatten auch keine Zeit, nur noch eine Stunde. Herr Öcalan dachte darüber nach und verhielt sich erneut sehr menschlich, als er sagte, er wolle seinen Freunden keinen Schaden zufügen und werde gehen. Ich nehme an, er sprach von Kostulas und mir. Denn wir versuchten, unseren Auftrag zu erfüllen. Unsere Achtung vor Öcalan war endlos. Bis zum Schluss haben wir ihn als einen Gast behandelt und nicht die geringste Respektlosigkeit gezeigt.

Wir luden also unsere Sachen ins Auto des Botschafters. Also wir zum Auto gehen wollten, hielt uns ein Mann vom kenianischen Außenministerium an und erklärte, wir könnten nicht mit dem Auto fahren, weil es nicht sicher sei. Es kam zu einem Streit, aber wir konnten nichts machen. Sie verdrehten die Abmachung zu ihren Gunsten. Sie sagten, es stehen fünf Autos draußen, damit würden wir zum Flughafen fahren. Das Flugzeug stehe bereit. Wir redeten darüber und willigten ein. Ich sagte zu Öcalan, er befände sich noch auf griechischem Territorium und als ein griechischer Offizier sei ich bereit, ihn zu schützen, wenn er nicht gehen wolle. Öcalan wiederholte, er wolle niemandem Schaden zufügen und wir sollten gehen. Ich schrieb die Nummernschilder der draußen wartenden Autos auf.

Wem gehörten die Autos?

Sie gehörten alle dem kenianischen Staat. Es war kein Weißer anwesend. Ich, Kostulas und Öcalan gingen zum zweiten Auto. Öcalan sollte aus Sicherheitsgründen zwischen uns sitzen. Öcalan stieg ein, uns hielten sie auf, aus Sicherheitsgründen würden ihre eigenen Leute einsteigen. Jetzt werden Sie fragen, warum haben Sie nicht dagegen protestiert? Warum hat Öcalan nicht protestiert? Aber die Ereignisse entwickelten sich in dieser Weise, es wurde Druck ausgeübt und keine Gelegenheit zur Intervention gegeben. Ich dachte noch darüber nach, Öcalan zurückzuhalten, aber auch diese Verantwortung konnte niemand übernehmen. Dann würden sie nachts die Botschaft überfallen und Öcalan umbringen. Sie sagten uns, wir sollten in die anderen Autos einsteigen. Im Wagen hinter Öcalan saßen die Kurden, dahinter ich und der Botschafter. Im Konvoi fuhren wir zum Flughafen. Ein oder zwei Kilometer vor dem Flughafen entfernten sich die ersten drei Wagen an einer roten Ampel von uns. Es kamen andere Autos dazwischen. Ich forderte den Fahrer auf, schneller zu fahren, aber wir hatten Öcalan verloren. Als wir am Flughafen ankamen, waren Melsa, Nucan, Dilan und Ibrahim dort. Sie sagten, Öcalan sei durch eine Tür in das Flughafengebäude gegangen. Ich ging dorthin, die Tür war verschlossen und niemand war dort. Die Kenianer verließen ihre Autos und gingen weg. Wir blieben allein. Kostulas ging weg, um bei der Flughafenpolizei zu fragen. Nach einer halben Stunde kam er zurück. Er hatte niemanden gefunden. Wir nahmen Kontakt zu

Athen auf. Sie sagten, wir sollten die Kurden verlassen und künftig keinen Kontakt mehr zu ihnen aufnehmen. Das war unmöglich. Wir fuhren gemeinsam zur Botschaft zurück.

Die erste Reaktion Athens war also „Lasst die Kurden dort".

Ja, das war keine Reaktion, sondern ein Befehl. Er wurde natürlich nicht umgesetzt. Danach waren wir ein paar Tage in der Botschaft isoliert. Später kamen wir mit einer Sonderoperation nach Athen.

Haben Sie sich in dieser Phase betrogen gefühlt?

Ja. Das ist der Grund für meinen Rücktritt. Deshalb habe ich meinen Dienst quittiert.

Wer war dafür verantwortlich?

Schauen Sie, Stavrakakis hatte mir gesagt, ich solle Öcalan überzeugen, mir würde er glauben. Aber es kann auch sein, dass Amerika, die Türkei und Russland Öcalan wissentlich nach Griechenland geschickt haben. Trotzdem hätte die Regierung eine Lösung finden können. Es war eine Falle, aber Griechenland hätte die Stärke gehabt, dieser Falle zu entkommen.

Warum ist das nicht passiert?

Es ist nicht passiert, weil der politische Wille dazu nicht vorhanden war. Ich habe keine Informationen darüber, aber so sehe ich es. Es mag sein, dass der Ministerpräsident zuvor den Amerikanern und den Türken gewisse Versprechungen gemacht hat, dass er die Kurden und Öcalan nicht unterstützen wird.

Was hat die Simitis-Regierung im Gegenzug bekommen?

Es gab keinen Gegenzug, danach müssen Sie nicht suchen. Es war eine politische Entscheidung. Meiner Meinung nach ist Griechenland erst später in das Komplott eingeschlossen worden. Und die Verantwortung dafür trägt hundertprozentig Ministerpräsident Simitis. Meiner Meinung nach war das Ziel bei dieser Sonderoperation nicht nur Öcalan. Ein weiteres Ziel war Herr Pangalos, ein weiteres war ich. Wie Sie wissen, hat danach auch Pangalos seinen Rücktritt eingereicht, er war im Ansehen gefallen.

Alle Anweisungen waren von Pangalos gekommen?

Okay, aber es gab ja einen Ministerpräsidenten. Er hatte gesagt, das Problem sei auf diese Weise zu lösen und Pangalos befolgte das. Natürlich trägt er Verantwortung, aber er war Befehlsempfänger. Er tat, was ihm aufgetragen war.

Wer hat am meisten davon profitiert?

Die Türkei natürlich.

Es heißt, für die Auslieferung Öcalans sei eine Lösung der Zypern- und Ägäis-Frage versprochen worden.

Warum hat es dann keine Lösung gegeben?

Es heißt auch, dass es im Gegenzug zur Auslieferung Öcalans ein Abkommen zwischen Griechenland und der Türkei gegeben habe.

Wenn das der Fall wäre, würde ich meinen Staat unterstützen. Aber so etwas hat es nicht gegeben. Sie hatten nur Angst und haben Öcalan herausgerückt.

Gab es denn ein Abkommen zwischen den Geheimdiensten?

Das weiß ich nicht. Nach dem Tod von Herrn Stavrakakis sind über den Anwalt der Familie einige Sachen an die Medien gekommen. Stavrakakis wollte Öcalan retten, aber er wurde daran gehindert und es wurde eine andere Lösung gefordert. Eben die Lösung, die wir kennen. Stavrakakis hatte den Vorschlag, Öcalan irgendwo hinzubringen, aber es kamen die Befehle von der Regierung. Ich denke nicht, dass es zwischen Griechenland und anderen Geheimdiensten besondere Abkommen gab. Die staatliche Struktur Griechenlands ist völlig anders als die der Türkei. Der Staat in Griechenland unterliegt der Regierung und der Politik. Es gibt keine Sonderstrukturen. Es ist das getan worden, was die Regierung gesagt hat.

Es handelte sich also um eine Staatspolitik?

Nicht des Staates, es war eine Entscheidung des Ministerpräsidenten.

Haben Sie vor dem Athener Gericht alles gesagt, was gesagt werden musste?

Ich war dort Zeuge und habe fünf Stunden ausgesagt.

Gibt es etwas, was Sie vor Gericht nicht gesagt haben?

Ja, weil man vor Gericht nur auf Fragen antwortet. Man erzählt nicht das, was man will.

Was ist die wichtigste Information, die Sie vor Gericht nicht geäußert haben?

Die Verantwortung von Simitis. Das ist es meiner Meinung nach. Die Geheimoperation hat Ministerpräsident Kostas Simitis durchgeführt. ♦

Frauenbustour 2007 für Frieden in Kurdistan

Freiheit für Öcalan – Frieden für Kurdistan

Stoppt die Vergiftung Öcalans!

Das *Kurdische Frauenbüro für Frieden Cenî e.V.* organisierte vom 2.–12. Juni 2007 eine Frauenbustour in verschiedene europäische Städte. Auf der Tour wurde mit Kundgebungen, Informationsständen, Veranstaltungen und in Gesprächen auf die aktuellen Entwicklungen in Kurdistan hingeweisen.

In ihren Flugblättern, die sie in drei verschiedenen Sprachen verteilten, forderten sie unter anderem:
Eine gerechte, friedliche, politische Lösung der kurdischen Frage muss im Interesse aller sein, die sich für Demokratie, Menschen- und Frauenrechte einsetzen. Hierfür ist als erstes notwendig, dass die militärische Option und alle Bestrebungen, die KurdInnen zu verleugnen und zu vernichten, geächtet werden, damit der Weg für den Dialog geebnet wird. Hierfür ist die aktive Beteiligung der Frauen notwendig, damit geschlechtsspezifische Themen berücksichtigt werden. Um den sich abzeichnenden Gefahren eines langjährigen Krieges vorzubeugen und an unserer Hoffnung auf ein Leben in Frieden, Freiheit und Gleichberechtigung festhalten zu können, sind das Leben und die Gesundheit des kurdischen Volksvertreters Abdullah Öcalan von großer Bedeutung. Daher appellieren wir auch an Sie, zu diesem Unrecht, zu der Vergiftung von Herrn Abdullah Öcalan nicht zu schweigen. In diesem Sinne fordern wir die umgehende Entsendung einer unabhängigen internationalen Ärztedelegation nach Imralı und die medizinische Behandlung von Herrn Abdullah Öcalan. Wir fordern die Schließung des Isolationsgefängnisses auf der Insel Imralı.

Wir sind uns sicher, dass wir mit einer starken Solidarität unter Frauen dem Krieg, Folter und Blutvergießen ein Ende bereiten können.

Für einen gerechten Frieden in Kurdistan - Freiheit für Herrn Öcalan

Um einen Eindruck von der Tour zu gewinnen, sprachen wir mit Melike Yaşar, vom *Kurdischen Frauenbüro für Frieden – Cenî*.

Wie war die Tour organisiert?

Der eigens designete Bus mit der Aufschrift und Forderung „Frauentour für Frieden in Kurdistan – Stopp die Vergiftung Öcalans – Free Abdullah Öcalan" fuhr die Städte Rostock, Berlin, Amsterdam, Brüssel, Paris, Genf, Straßburg in Europa an. Vom 2. bis zum 12. Juni tourten insgesamt 18 Frauen, davon 10 Friedensmütter, mit einem Bus unter dem Motto „Freiheit für Öcalan, Frieden für Kurdistan" durch Europa. Es wäre schön gewesen, wenn sich noch ein vielseitigeres Spektrum von Frauen an der Tour beteiligt hätte.

Durch den Aufruf in der kurdischen Presse wurden gemeinsam mit der kurdischen Bevölkerung in den jeweiligen Städten Informationsveranstaltungen, Kundgebungen und Gespräche organisiert, um auf die jüngsten politischen Entwicklungen in Kurdistan sowie um auf die Situation Öcalans aufmerksam zu machen. Die Situation von kurdischen Frauen und unsere Forderungen wurden ebenfalls behandelt. Wir haben drei Veranstaltungen in Berlin, Amsterdam und Genf organisiert. Weiter fanden fünf Gespräche mit verschiedenen Institutionen und Personen statt.

Das Informationsmaterial für die Bustour wurde in Französisch, Englisch und Deutsch vorbereitet. Während der Infostände und Kundgebungen wurden mehr als 20 000 Flugblätter und Flyer verteilt. Dazu gab es eine Ausstellung zur aktuellen Situation Öcalans, die an den jeweiligen Orten mit Stellwänden gezeigt wurde.

Uns war es auch wichtig, mit unserer Tour die einseitige Informationspolitik hier in Europa aufzubrechen.

Wie war die Resonanz auf den Bus auf den Straßen und in den jeweiligen Städten?

Der Bus ist sehr gut angekommen. Eine politische Forderung auf dem Bus statt der sonstigen Werbung hat viele Menschen neugierig gemacht. Besonders auf dem Weg nach Rostock zu der Demonstration gegen den G8-Gipfel gab es viel Interesse an Informationen und der aktuellen Lage. Die Menschen waren begeistert und auch neidisch auf die kreative Idee des Protestes.

Deutlich wurde jedoch, dass es nur in Deutschland Schwierigkeiten mit der Polizei gegeben hat. Bei der Kundgebung in Berlin mussten sich drei Menschen wegen „verbotener" Parolen ausweisen. In anderen Ländern gab es dazu keinen Stress, keine Probleme.

Ihr seid also zufrieden mit der Breite der Öffentlichkeit, die Ihr erreicht habt?

Es ist eine gelungene Aktion. Wir sind in etwa 4 000 km gefahren, haben eine breite Masse an Menschen erreicht und konnten das geweckte Interesse vieler Menschen nutzen und sie über die Situation in der Türkei und der Öcalans informieren.

Die Standpunkte, an denen der Bus in den jeweiligen Städten platziert wurde, waren gut gewählt, sehr zentrale Standpunkte, die von Tausenden von Menschen durchlaufen wurden.

Wie hat die Bevölkerung euch in den jeweiligen Städten aufgenommen?

Wir haben einen sehr positiven Eindruck hinterlassen. Die Frauen, besonders die Friedensmütter, haben viel Aufmerksamkeit erregt. Die traditionelle Kleidung hat viel Neugierde geweckt. In Straßburg wollten sich Menschen mit den Müttern fotografieren lassen, es sind sehr herzliche, offene Situationen entstanden.

Die herzliche Aufnahme in den Vereinen und Familien der jeweiligen Städte war ein schöner Empfang. Selbst trotz später Ankunft wurden uns viel Aufmerksamkeit und Fürsorge geschenkt.

Insgesamt war die Resonanz positiv, nur vereinzelt gab es sehr kritische Reaktionen, die meist aus dem türkischen Spektrum kamen.

In Holland kam es zu Rangeleien. Nationalistische Jugendliche haben die Frauen, die die Flugblätter verteilten, angegriffen und es kam zu Handgreiflichkeiten.

Mit welchen Organisationen wurden Gespräche geführt und wie sind diese verlaufen?

Unser Anliegen war es, in allen Gesprächen zu verdeutlichen, dass ohne die Lösung der kurdischen Frage die Demokratisierung und die Einhaltung der Menschenrechte nicht möglich ist. Wir haben auch verdeutlicht, dass wir kurdische Frauen die Lösung der kurdischen Frage als unsere Aufgabe ansehen und uns daran unbedingt beteiligen wollen. Von allen GesprächsteilnehmerInnen wurde der Emanzipationsprozess der Frauen sehr gewürdigt.

In Paris sprachen wir mit der Organisation *femmes solidaires*, mit der wir bereits zusammenarbeiten. Sie waren sehr aufgeschlossen und interessiert an den aktuellen Informationen. Dies hat den Willen für die weitere Zusammenarbeit gestärkt.

Die Vizepräsidentin des EU-Parlaments, Luisa Morgantini, hat unsere Delegation sehr herzlich empfangen. Sie war sehr interessiert und engagiert in dem Gespräch, teilte unsere Sorgen und hat unseren Besuch mit einer Erklärung veröffentlicht. Sie hat im Parlament kürzlich eine schriftliche Anfrage zum Thema gestellt, allerdings gibt es noch keine Antwort. Sie hat versprochen, sich für unsere Interessen einzusetzen.

Die in Genf ansässige CETIN *Centre Europe - Tiers Monde* ist eine NGO der UNO. Die Problematik der kurdischen Frage ist ihnen aus der früheren Öffentlichkeitsarbeit zur Verschleppung Öcalans bekannt. Der Empfang war sehr herzlich und sie wollen das Thema wieder in ihre Schwerpunkte aufnehmen.

Sylta Aiko Georgiadis, Officer of Human Rights der UNO (Beauftragter für Menschenrechte der UNO), zuständig für Europa, Nordamerika und Zentralasien, also auch die Türkei, haben wir über die aktuellen Entwicklungen informiert. Das Gespräch beinhaltete vor allem die Möglichkeiten, die im Rahmen der UNO bestehen. Sie hat uns empfohlen, an die Sonderkommission zur Menschenrechtssituation von Gefangenen heranzutreten. Sie überprüfen die Sachlage und fordern im Falle von Verletzungen die Staaten zur Einhaltung der Menschenrechte auf.

Herr Müller von der politischen Abteilung des Europarates erklärte, dass die europäischen Institutionen ihr Interesse an der kurdischen Frage nicht verloren hätten. Sie versuchen, zur Lösung beizutragen und auf die Türkei einzuwirken. Die Frauendelegation erklärte indessen, dass das Agitieren der europäischen Institutionen rein taktischer Natur sei und es trotz der Mitverantwortung keine Lösungsvorschläge gebe. Auch wurde betont, dass vor allem nach der Schließung der Öcalan-Akte des Gerichts für Menschenrechte das Vertrauen der KurdInnen in die Institutionen der EU verloren gegangen sei. Herr Müller betonte, dass sehr wohl ein Wunsch nach einer Lösung der kurdischen Frage durch die Institutionen bestehe. ♦



Frauenbustour 2007 Foto: Cenî

Seit Jahren haben wir Yeziden keinen ruhigen Tag mehr erlebt

Der Handel um Kirkuk und Şengal

Ali Gündoğdu, ANF/Kirkuk

Im Irak, in dem bislang eine Million Menschen getötet und vier Millionen zur Flucht gezwungen worden sind, herrscht weiterhin eine Politik, die der Bevölkerung nur Blut und Tränen beschert. Diese Art von Politik vertieft die ethnischen und religiösen Auseinandersetzungen und beschleunigt die ethnischen Säuberungen. Intensivste Kalkulationen werden im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Referendum zur Rolle Kirkuks angestellt. Der Artikel erschien in der türkisch-, kurdischsprachigen Tageszeitung *Yeni Özgür Politika* am 29.5.2007.

Seit dem ersten Tag der Besatzung Iraks durch die USA sind bis heute etwa eine Million IrakerInnen gestorben und vier Millionen wurden zu Flüchtlingen. Es sind nun mehr als vier Jahre vergangen. Weder ist klar, wann und wie die blutigen Gefechte beendet werden können, noch wie die Zukunft des Irak sich gestalten und das regionale Kräfteverhältnis sich entwickeln wird. Um in einer solchen ungewissen Lage die Ausgangsposition jeweils zum eigenen Vorteil zu beeinflussen, spielen alle ihre Karten aus. Eine dieser Karten deckte sich mit der Ermordung der 17-jährigen Yezidin Dua Eswed Dexil, was die ethnischen Grenzen und die Zukunft des Irak in gewisser Weise prägen wird. Dieser Vorfall, der das Risiko einer ethnischen Auseinandersetzung in der Region in sich birgt, und die Entwicklungen darum zeigen, welche Ausmaße möglich sind.

Artikel 140 und Kirkuk

Wenn die Rede ist vom bevorstehenden Referendum in einer der umstrittensten Regionen des Irak, so kommt einem als erstes das Referendum über Kirkuk in den Sinn. Aber gemäß Artikel 140 der Verfassung bezieht es sich nicht nur auf Kirkuk. Besagter Artikel bezweckt, die demografische Struktur von Mossul und Kirkuk wiederherzustellen, die vor der Zwangsumsiedlung zu Saddam Husseins Zeiten bestand, als die kurdische Bevölkerung vertrieben und an ihrer Stelle die arabische angesiedelt wurde, und gleichzeitig die Stellung dieser Gebiete innerhalb der föderalen Strukturen des Irak zu klären. Das Referendum soll u. a. in Kirkuk, Xaneqin, Maxmur, Zummar, Rabia, Tel-Affer und Şengal durchgeführt werden.

Alle sind sich dessen bewusst, dass die Erdölquellen der Grund sind für das verstärkte Interesse am Kirkuk-Referendum, das alle EinwohnerInnen innerhalb eines langen schmalen Korridors von Kirkuk bis Şengal, oder anders ausgedrückt von nahe der iranischen bis zur syrischen Grenze, betrifft. Seit einiger Zeit kursiert in der Bevölkerung das Gerücht, die Araber aus Kirkuk sollten nach Şengal übersiedelt werden. Die Entwicklungen scheinen dies zu bestätigen und die Sorge verstärkt sich, das Referendum im Herbst werde nicht demokratisch verlaufen. Denn zu Saddams Zeiten wurden in Şengal genauso viele Araber angesiedelt wie in Kirkuk. Während eigentlich auch für Şengal die Rücksiedlung der arabischen Bevölkerungsteile erwartet wurde, heißt es nun, diejenigen aus Kirkuk sollten nach Şengal verlagert werden. Wenn dem so ist, widerspricht es eindeutig dem Verfassungsartikel 140.

Weg nach Dohuk für Yeziden kaum zugänglich

Es gilt als gewiss, dass im Falle eines sofortigen Referendums die Menschen in Şengal, mehrheitlich yezidische Kurden, für die Zugehörigkeit zur kurdischen Region stimmen würden, obwohl einige feindselige Vorfälle sie zur Abwanderung aus ihren Siedlungsgebieten veranlassen. Lassen Sie uns einen kurzen Blick auf diese Ereignisse werfen.

Am 14. Februar diesen Jahres wurde in Sexan bei Dohuk die junge Yezidin Dua Eswed Dexil unter dem Vorwand der „Ehrlosigkeit" durch den Familienrat gesteinigt. Dieser Vorfall mündete, als er bekannt wurde, in eine heftige politisch-ethnisch motivierte Eskalation zwischen der muslimischen und der yezidischen kurdischen Bevölkerung. Muslimische Jugendliche griffen Gebetsstätten, Kulturhäuser und sogar das Haus des yezidischen geistlichen Oberhaupts Mir Tahsin Beg an. Die Ausschreitungen dauerten drei Tage und forderten viele Verletzte. Nur durch die Intervention des Vorsitzenden der Kurdischen Föderalen Region, Mesut Barzani, konnte der Eskalation Einhalt geboten werden. Aber die entstandene Empfindlichkeit in der Gesellschaft hielt weiterhin an.

Yeziden verlassen Mossul

Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich am 7. April in Başiqa bei Mossul, als das yezidische Mädchen Xatun Dua gelyncht wurde, weil sie sich in einen muslimischen Jungen verliebt hatte, was

auch die arabischen Muslims entsetzte. Dieser Vorfall verstärkte die ohnehin vorhandenen Spannungen zwischen den religiösen Gemeinschaften und wurde von der El-Kaida nahestehenden Ensal El-Sunna für ihren Krieg missbraucht. Dessen Resultat waren am 22. April fünfundzwanzig erschossene yezidische Jugendliche und die Wohnungen der yezidischen Kurden in Mossul waren zum Angriffsziel gemacht worden. Wer um sein Leben fürchten musste, verließ daraufhin Mossul in Richtung vermeintlich sicherer Gebiete wie Şengal oder Sexan.

Am 4. Mai erklärte der geistliche Führer Mir Tahsin Beg dazu: „Wenn diese Gefahr anhält, wird kein einziger Yezide in der Stadt bleiben.“ Er verwies auch darauf, dass diese beiden Morde in Dohuk und Mossul, verübt als „Ehrenmorde“ und in enger zeitlicher Nähe, politisch missbraucht wurden. „Innerhalb des letzten Jahres wurden in der Region dreißig muslimische Frauen Opfer von ‚Ehrenmorden’, aber niemanden hat das interessiert. Daher fragen wir, warum diese Ereignisse dermaßen hochgekocht wurden. Auch in der Region Suleymania gibt es Dutzende Ehrenmorde, aber bislang keinerlei Reaktion darauf.“

Şengal wird eingekreist

Şengal ist ein weites Landstück an der Grenze zu Syrien, landwirtschaftlich überaus geeignet, mit zwei Hauptverbindungswegen zu anderen irakischen Städten und kurdischen Gebieten. Einer führt über Mossul, der andere über Dohuk. Sind diese Wege versperrt, ist Şengal vom restlichen Irak eingeschlossen. Sowohl der ethnisch und religiös begründete Konflikt nach den Ereignissen von Sexan und Başiqa als auch die gesellschaftliche Antipathie sowie die Weigerung der Sicherheitskräfte, Yeziden nach Mossul und Kirkuk zu lassen, mit der Begründung, dort nicht ihre Sicherheit gewährleisten zu können, führte bereits jetzt schon zur Isolation der yezidischen Bevölkerung.

Mir Tahsin Beg: „Wenn sie den Weg nach Mossul für die Kurden sperren, wird das viele negative Folgen nach sich ziehen.“ Außerdem sei den Yeziden der Weg nach Dohuk schon früher verweigert worden, aber von muslimischen Kurden, die Vorbehalte gegen die yezidischen Kurden hätten. Doch es gebe viele gute Muslime, mit denen über die Lösung gesprochen werden könne, so Beg.

Die Isolation der yezidischen Kurden, vor allem in Şengal, ist nicht nur darauf beschränkt. Weil politische Vorteile zu gesellschaftlicher Trennung führen, werden die Isolation und das Embargo gegen sie verstärkt, denn es wird davon ausgegangen, dass sie beim bevorstehenden Referendum für die Eingliederung in die kurdische föderale Region stimmen werden. Geografisch gesehen liegen zwischen ihnen und der kurdischen Region Tel-Affer, Hochburg der turkmenischen Nationalisten, sowie Zummar und Rabia unter sunnitisch-arabischer Autorität. Die eigentliche Zufahrt nach Şengal, der Kommunikations- und Handelsweg, führt über diese Strecke. Die politischen Differenzen zwischen den sunnitischen Arabern und Turkmenen, vor allem aus Tel-Affer, mit den Kurden fallen in Form von Stromsperren und Lebensmittelembargo auf Şengal zurück. Zwar ohne offiziellen Beschluss, aber doch de facto.

Verzweifelte Yeziden auf dem Weg nach Syrien

„Die Gebiete mit yezidischer Bevölkerung liegen an der arabisch-kurdischen Grenze, ein Stammesproblem kann zu einem politischen Problem gemacht werden. Seit Jahren haben wir Yeziden aufgrund der arabisch-kurdischen Streitigkeiten keinen ruhigen Tag mehr erlebt. Die Araber töten uns unter dem

Kurdisches Mädchen im Irak zu Tode gesteinigt

Am 7. April wurde in der südkurdischen Stadt Bashiqa, die 17-jährige Doa zu Tode gesteinigt. Das Mädchen gehörte einer Yezidi-Familie an, hatte sich aber in einen muslimischen Araber verliebt und diesen im Geheimen getroffen. Als die Beziehung entdeckt wurde, brachte man das Paar auf eine Polizeistation und verhörte sie. Da der Mann Doa nicht heiraten wollte, verboten ihre Eltern die Rückkehr nach Hause. Ein yezidischer religiöser Würdenträger aus Bashiqa nahm sich ihrer an und versteckte sie fünf Tage lang bei sich zu Hause, bis sie Familienangehörige aus seinem Haus holten, mit dem Versprechen, ihr würde nichts zustoßen. Auf offener Straße wurde sie daraufhin zu Tode gesteinigt.

Ihre Familienangehörigen gehören den mehrheitlich kurdischsprachigen Yezidi an, die selbst – in den letzten Monaten verstärkt – ins Visier islamistischer Terrorgruppen geraten waren, welche sie als „Teufelsanbeter“ denunzieren.

Mirza Dinnayi, ehemaliger Minderheitenberater des irakischen Staatspräsidenten Talabani und Koordinator der „Yezidi Democratic Community“ in Deutschland zeigt sich über den Vorfall bestürzt. „Alle yezidischen Vereine und Persönlichkeiten haben auf diesen barbarischen Akt voller Bestürzung reagiert. Dass Ehrenmorde nun auch unter Yeziden passieren, zeigt, wie verroht die irakische und die gesamte orientalische Gesellschaft ist.“

Es ist zu befürchten, dass sich die Situation für die yezidische Bevölkerung in den nächsten Wochen massiv verschlechtern werde. Manipulierte Videoaufnahmen zeigen das gesteinigte Mädchen mit Kopftuch und Koran in Händen . „Kurdische Islamisten verbreiten das Gerücht, dass das Mädchen zum Islam konvertiert sei und deshalb sterben musste. Sie hetzen mit dieser Falschmeldung die Gemüter auf. In den Moscheen von Mosul kursiert seit der Tat eine Fatwa, die zur Ermordung von Yeziden aufruft. Und vor einer Woche wurden 24 yezidische Arbeiter aus einem Bus gezerrt und hingerichtet.“

Tatsächlich zeigen Filmaufnahmen, die mit einer Handy-Kamera gefilmt wurden, dass männliche Familienangehörige des Mädchens (der Onkel, der Bruder und ein Cousin) vor den Augen mehrerer hundert Zuseher das Mädchen nackt auszogen und zu Tode steinigten. Deutlich erkennbar sind ebenfalls Polizisten, die der Steinigung unbeteiligt zusahen und nicht einschritten.

Allein zwischen Januar und März 2007 kam es zu 40 Mordfällen an Frauen aus Gründen der sogenannten „Ehre“ in Südkurdistan, wie UNAMI (United Nations Assistance Mission in Iraq) jüngst berichtete.

Eine internationale Petition gegen Ehrenmorde und Steinigungen von Frauen in Kurdistan kann unter http://www.petitiononline.com/kurdish/petition-sign.html unterzeichnet werden.

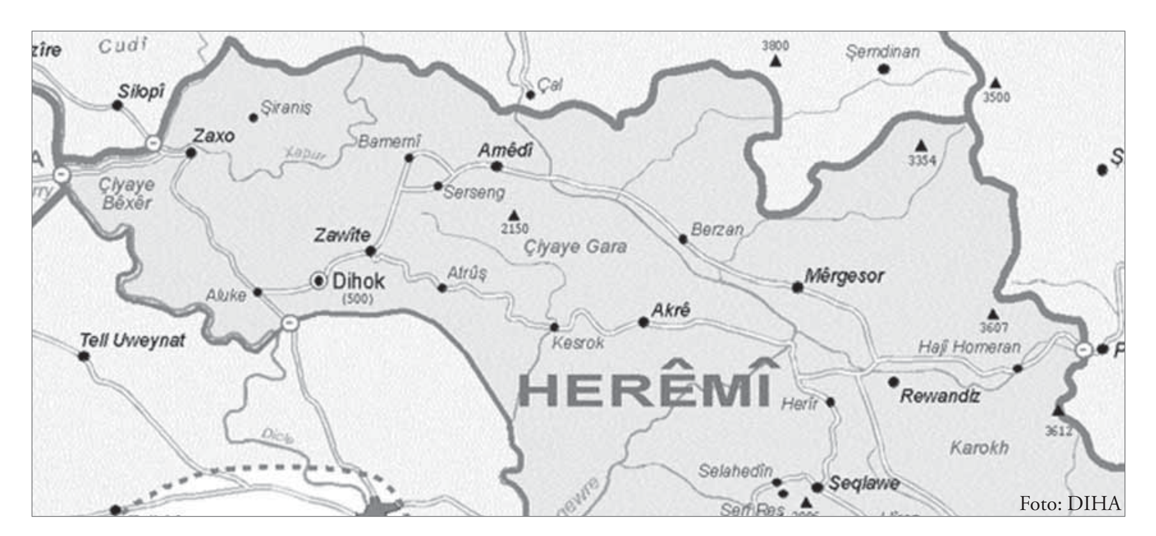


Foto: DIHA

Vorwand, dass wir Kurden sind, und die muslimischen Kurden sagen, das sind Yeziden, und erheben Anspruch auf uns. Wir wissen nicht, was wir machen sollen", so die yezidische Autorität Bavê Şêx.

Alle diese Vorfälle lassen den Yeziden im Irak, allen voran aus Şengal, nur die Tür nach Syrien offen.

70 % der Yeziden wollen in die USA

Die USA sehen schon seit längerem Syrien als einen der Staaten an, die den Terrorismus unterstützen. Sie beschuldigen ihn der Unterstützung irakischer Widerständler. Im TV-Sender El Arabiya behauptete der irakische Regierungssprecher Ali El-Dabbagh angesichts von 130 zuvor bei einem Angriff ums Leben gekommenen Menschen: „50 % des Terrors im Irak kommen aus Syrien, wir können es beweisen." Der syrische Außenminister Velid El-Muallim dementierte. Er drohte sogar, Syrien werde mehr als eine Million irakischer Flüchtlinge ausweisen, sollten diese Behauptungen weiterhin aufrechterhalten werden. Unmittelbar danach schienen sich die Beziehungen zwischen Syrien und den USA zu entspannen und die US-Außenministerin Condoleezza Rice traf sich mit Muallim. Darauf erklärte Washington, es sei bereit, 7 000 irakische Flüchtlinge aufzunehmen.

Die Zahl der aus dem Irak nach Syrien Geflohenen beläuft sich nach Informationen des UN-Hochkommissars für Flüchtlinge Antonio Guterres inzwischen auf über eine Million. Diese haben bei ihren Anträgen an die UN-Vertretung in Syrien zu erklären, ob sie in einen anderen Staat weiterreisen wollen. Die Washingtoner Administration ist sich über die im Irak herrschende starke Antipathie gegen USA und Christentum bewusst. Daher neigen sie eher dazu, die Flüchtlinge für ihr zugesagtes 7 000er-Kontingent unter der christlichen und der yezidischen Minderheit auszuwählen, was dort auch bekannt ist.

Regionalen Quellen zufolge haben allein in Dohuk 70 000 Menschen, die meisten von ihnen Yeziden, einen Einreiseantrag für die USA gestellt.

Flüchtlinge werden sich nicht am Referendum beteiligen

Vor allem die christlichen und die yezidischen Iraker fühlen sich von dieser Möglichkeit ermutigt. Ihre Lebensbedingungen, die Belagerung, die Isolation und das Embargo zwingen sie, nach Syrien zu fliehen. Es heißt, 70 % der Yeziden, die meisten aus Şengal, hätten deshalb bei der UN-Vertretung angegeben, in ein anderes Land gehen zu wollen.

Während die geplante Zahl der in die USA und nach Kanada zu verbringenden Flüchtlinge mit 20 000 angegeben wird, beläuft sich die Zahl derjenigen, die aus dem Irak wegwollen, auf mehrere Hunderttausende. Außerdem wurde bekannt, dass alle Antragsteller auf eine Ausreise einen Termin für die Zeit nach dem Referendum erhalten haben. Diese Regelung, dem Anschein nach ein Sicherheitsplan, hat zur Folge, dass niemand von ihnen beim Referendum wahlberechtigt ist.

Die Şengal-Politik der kurdischen Regierung

Die Ereignisse zeigen uns, dass die Entvölkerung Şengals von yezidischen Kurden unumgänglich geworden ist. Das wiederum scheint die Gerüchte zu bestätigen, dass die aus Kirkuk umzusiedelnde arabische Bevölkerung nach Şengal gebracht werden soll. Eine weitere interessante Frage in diesem Zusammenhang ist, wie die kurdische Regierung diese Situation wohl bewertet, wobei es als sicher angesehen wird, dass aus dem Referendum die Angliederung Şengals an die kurdische Föderalregion hervorgehen wird.

Zwei Punkte sind wichtig:

Erstens: Kein Staat wird seine Augen vor dem Reichtum Kirkuks verschließen.

Zweitens: Wenn Şengal an die kurdische Föderalregion fallen wird, aber nicht Zummar und Rabia, von deren Anschluss an die arabische Region man als sicher ausgeht, so wird Şengal wie eine Insel im sunnitisch-arabischen Gebiet liegen. ♦

Friedenspolitische Vorschläge und Einschätzungen von Andreas Buro

... einen wichtigen Schritt weiter gehen ...

Interview mit Prof. Dr. Buro, Koordinator des Dialog-Kreises

Im Folgenden veröffentlichen wir ein gekürztes Interview mit Prof. Dr. Buro, das der Journalist Baki Gül für den Fernsehsender Roj-TV mit ihm führte.

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Buro, Sie setzen sich seit Jahren für Abrüstung und für die Lösung politischer Konflikte auf dem Weg des Dialoges ein. Und Sie sind gegen den bewaffneten Weg. Dies ist sehr interessant. Wie kann denn im Mittleren Osten der Konflikt auf dem Wege des Dialogs gelöst werden?

Wir haben bisher, wenn man die lange Geschichte des türkisch-kurdischen Konfliktes anschaut, eine Situation der Konfrontation. Es gab viele kurdische Aufstände, es gab viel Repression von der türkischen Seite seit der Zeit Kemal Atatürks. Es ist nun höchste Zeit, dass eine Politik der Aussöhnung betrieben wird statt einer Politik der Konfrontation! Verständigung untereinander ist heute die Aufgabe! Denn es gibt ja keinen guten Grund dafür, warum Türken und Kurden miteinander verfeindet sein sollen. Man kann eine Republik, einen Staat durchaus aus mehreren ethnischen Gruppen aufbauen, die sich untereinander über die gegenseitigen Probleme verständigen, die Toleranz zeigen gegenüber der jeweilig anderen Kultur. Das würde einen gemeinsamen Staat nicht beeinträchtigen. Leider ist dieser Weg bisher nicht beschritten worden. Vielmehr haben wir seit den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts Konfrontation und Kämpfe. Weitsichtige Kurden und Türken sollten versuchen, diesen gewalttätigen Prozess zu beenden. Zumal da die Türkei in die EU aufgenommen werden möchte, also in eine multinationale Gemeinschaft eintreten will, die so viele ethnische Gruppen, so viele Sprachen und so viele unterschiedliche Kulturen umfasst. Warum dann nicht sich im eigenen Lande auch darauf einstellen und den türkisch-kurdischen Konflikt friedlich lösen?

Aber die militärischen Operationen dauern an, nehmen sogar zu. Die Konflikte sind auch nicht auf die Türkei begrenzt. Auch im Iran, Irak und Syrien ist die kurdische Frage ungelöst. Glauben Sie, dass Kräfte von außen, wie z. B. die EU, USA oder sogar die NATO einen Beitrag oder sogar einen Vorschlag für eine Lösung leisten könnten, der die Problematik aus der Welt schafft?

Ich halte es für besonders wichtig, dass innerhalb der Türkei diese Aussöhnung zwischen Türken und Kurden stattfindet und ich habe ja auch in jüngster Zeit Vorschläge dazu mit einer "Road Map" der Konfliktlösung gemacht*. Ein zentrales Element dieser Vorschläge besteht darin – das wird auch für die kurdische Seite sehr ungewöhnlich erscheinen – dass die kurdische Guerilla ihre Waffen niederlegt, dass sie sich unter internationaler Kontrolle entwaffnen lässt und dass sie dafür von der türkischen Seite eine Generalamnestie für alle Beteiligten an diesem Konflikt einfordert. Durch diesen einseitigen Akt kann sie den Generälen den Krieg wegnehmen, den diese ja sehr intensiv betreiben, wie die aktuelle Situation zeigt. Es würde dann möglich, auf der politischen, demokratischen Ebene Aussöhnungspolitik zu betreiben, was auch immer wieder von der PKK vorgeschlagen worden ist – und zwar im Rahmen der Türkei. Es würde so möglich, die politische Auseinandersetzung auf gleicher Augenhöhe mit den Kräften, die in der Türkei maßgeblich sind, auszutragen, einen Konsens zu suchen, die Lebensmöglichkeiten nach vorne zu entwickeln und die Gebiete, in denen die Kurden vor allem siedeln, weiterzuentwickeln. Vor allem würde die kurdische Seite damit glaubhaft für alle Welt dem Vorwurf des Terrorismus entgegentreten können, der bisher alle EU-Staaten und die USA davon abgehalten hat, sich für eine friedliche Lösung des Konflikts einzusetzen. Selbstverständlich müssen auch ökonomische Programme geschaffen werden, wobei dann die EU-Staaten oder auch andere Länder eine wichtige Rolle spielen könnten, um solche Entwicklungsprojekte voranzubringen, aber auch um den politischen Dialog, der ja notwendig sein wird, nach dieser langen kriegerischen Auseinandersetzung zu ermöglichen. Ich gehe ferner davon aus, dass eine Lösung innerhalb der Türkei auch positive Auswirkungen auf die Bewältigung der Kurden-Problematik in Syrien und dem Iran haben würde. Denn damit würde die bisherige Politik, in der die einzelnen Mächte die Kurden gegeneinander ausspielten, beendet werden können.

Die PKK hat zum fünften Mal einen einseitigen Waffenstillstand ausgerufen, der aber nicht Fuß fassen konnte. Er wurde weder von der türkischen Regierung und der Armee wahrge-

* Andreas Buro: Der türkisch-kurdische Konflikt, Dossier II des Monitoring-Projekts: Zivile Konfliktbearbeitung, Gewalt- und Kriegsprävention. Hg.: Kooperation für den Frieden, Bonn 2007, info@koop-frieden.de, www.koop-frieden.de. Türkische und kurdische Übersetzungen erhältlich über Dialogkreis, dialogkreis@t-online.de

nommen noch von den europäischen Institutionen wirklich unterstützt. Welche Rolle könnten die EU und die europäischen Institutionen in diesem Punkt spielen?

Ich habe mich seit langer Zeit – auch als Koordinator des Dialogkreises – dafür eingesetzt, man möge endlich anerkennen, dass damals von kurdischer Seite mit den einseitigen Waffenstillständen wichtige friedenspolitische Zeichen gesetzt wurden. Nach dem Kidnapping von Öcalan und seiner Gefangensetzung auf Imralı, hat darüber hinaus die PKK aus Europa eine Gruppe von Mitgliedern in die Türkei geschickt, die gesagt haben, wir wollen Frieden. Zusätzlich hat sie eine Gruppe der Guerilla, die ihre Waffen abgelegt hatte, dorthin geschickt. Dies war eine großartige friedenspolitische Geste zur Vertrauensbildung. Doch das Interesse der alten Eliten der Türkei, diesen Krieg fortzusetzen, war so stark, dass sie die Botschaft ignoriert und diese Gruppen einfach ins Gefängnis geworfen haben. Wir haben das sehr bedauert und dagegen protestiert.

Im Sinne dieser damals begonnenen Politik der friedlichen Konfliktlösung muss man heute einen wichtigen Schritt weiter gehen und dafür sorgen, dass die Einstufung dieses großen Volkes der Kurden mit seinen Organisationen als terroristisch aufgehoben wird. Sie müssen bedenken, wenn die PKK weiter auf die militärische Karte setzen würde, dann wäre, angesichts der großen militärischen Überlegenheit der türkischen Armee, die nächste Eskalationsstufe wirklicher Terrorismus nach dem Muster der Kämpfe im Irak. Und das wäre eine Katastrophe für das kurdische und für das türkische Volk. Von der EU wäre dann gar nichts mehr zu erwarten.

Ich habe mich systematisch mit Befreiungsbewegungen seit 1945 befasst. Deshalb weiß ich, in welchem Maße militärische Befreiungsbewegungen gescheitert sind, wenn sie auf der ‚Gewalt-Ebene' geblieben und nicht auf die politische Ebene übergegangen sind und damit friedenspolitische Glaubwürdigkeit erlangt haben. Selbst dort, wo sie sich militärisch durchgesetzt haben wie in Vietnam oder stellenweise in Lateinamerika und Afrika, sind durch den Krieg die Ideale und Werte, die sie ursprünglich vertreten hatten, verloren gegangen. Man hatte nach dem ‚Sieg' oftmals nur das Militär als zentrales Organisationselement und diese Militärorganisationen waren autoritär, hierarchisch und nach einer Weile korrupt. Eine bittere Erfahrung!

Sie haben von Ihren wichtigen Erfahrungen seit 1945 gesprochen. In welchem Stadium befindet sich Ihrer Meinung nach die kurdische Bewegung und mit welcher Organisation aus welcher Zeit würden Sie sie vergleichen? Und welche Vorfälle der Geschichte sollten die Kurden besonders gut recherchieren, um daraus Lehren zu ziehen?

Jede Bewegung ist historisch einmalig und entwickelt sich unter je spezifischen Bedingungen. Insofern sind unmittelbare Vergleiche problematisch. Lassen Sie mich deshalb etwas Allgemeines sagen. Die Befreiungsbewegungen orientierten sich häufig an dem Ziel, einen autonomen Nationalstaat zu bilden und Kolonial- oder Fremdherrschaft abzuwerfen. Die Sehnsucht nach einem eigenen Nationalstaat war auch der Antrieb bei der kemalistischen Revolution. Ähnliches war zur gleichen Zeit etwa in Indien und in China der Fall, wo es ja auch eine national-bürgerliche Bewegung vor der maoistischen Bewegung gab.

Doch wird gegenwärtig durch die Globalisierung mit ihrer unerhörten Dynamik die Bedeutung des Nationalstaats relativiert. Regionale Kooperationen und Zusammenschlüsse gewinnen an Bedeutung. In der EU wird dies immer deutlicher. Die EU-Richtlinien sind vielfach den Entscheidungen der nationalen Regierung übergeordnet. Die Ökonomie kann vom Nationalstaat immer weniger kontrolliert werden. Während Deutschland im 19. Jahrhundert noch über eine protektionistische Ökonomie in Konkurrenz gegenüber den damals fortgeschritteneren Industriestaaten England und Frankreich entwickelt wurde, haben wir heute eine Situation der Öffnung der

Fordern Sie die Europäische Union zum Handeln auf! Helfen Sie Kriegsdienstverweigerern in der Türkei!

Im April 2007 wurde Halil Savda wegen seiner Kriegsdienstverweigerung in der Türkei zum zweiten Mal verurteilt. Die Strafe beläuft sich inzwischen auf 21 Monate. Danach droht ihm erneute Einberufung und Strafverfolgung.

Damit steht er nicht allein. Andere Kriegsdienstverweigerer wie Mehmet Tarhan oder Osman Murat Ülke sind bis zu acht Mal verurteilt worden. Sie sind weiter von Inhaftierung bedroht, gelten als Deserteure, erhalten keinen Pass und können noch nicht einmal ein Konto eröffnen. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte bezeichnete dies vor einem Jahr als "zivilen Tod" und forderte die Türkei zur Abhilfe auf. Geändert hat sich jedoch nichts.

Zudem ist in der Türkei die öffentliche Kritik am Militär unter Strafe gestellt. So wurden Kriegsdienstverweigerer und JournalistInnen, die sich für ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung aussprachen, strafrechtlich verfolgt.

In den Beitrittsverhandlungen der Europäischen Union (EU) mit der Türkei ist die Verfolgung von Kriegsdienstverweigerern kein Thema. Das muss sich ändern. Wir rufen deshalb den EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn auf, von der Türkei einzufordern:
- die Kriegsdienstverweigerung anzuerkennen;
- alle Strafverfahren gegen Kriegsdienstverweigerer einzustellen und inhaftierte Verweigerer aus der Haft zu entlassen;
- alle Strafverfahren wegen öffentlicher Kritik am Militär einzustellen und die umstrittenen Paragrafen abzuschaffen;
- eine Altfallregelung zu erlassen, damit bisherige Kriegsdienstverweigerer von der Ableistung der Wehrpflicht befreit werden.

Fordern Sie dies mit uns! Schreiben Sie online einen Brief an EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn. Ein Vorschlag liegt für Sie bereit. Wir leiten Ihr Schreiben an Herrn Rehn weiter. (http://www.Connection-eV.de/aktion)

gez. Rudi Friedrich (Connection e.V.), Manni Stenner (Netzwerk Friedenskooperative), Peter Tobiassen (Zentralstelle KDV)
Eine Aktion von Connection e.V., der Zentralstelle KDV, dem Netzwerk Friedenskooperative und anderen

Märkte und der ökonomischen internationalen Abhängigkeiten. Die Funktionen des Nationalstaats werden unterhöhlt.

Es stellt sich deshalb die Frage, ob es heute immer noch sinnvoll ist, für einen eigenen ethnisch bestimmten Nationalstaat zu kämpfen, wenn es möglich ist, ein kooperatives Miteinander vieler ethnischer Gruppen in einem Lande und darüber hinaus zu erreichen. Ich halte es für wichtiger, sich modern auf Situationen eines postnationalen und postnationalistischen Modells der Staatenwelt einzustellen und auf die Integration von Staaten zu größeren Regionen. Wir haben ja nicht nur die EU, wir haben den ASEAN-Pakt und Integrationsansätze in Lateinamerika. Deshalb sollten wir viel mehr multikulturell denken, also sagen, es geht nicht mehr darum, jede Ethnie solle einen eigenen Nationalstaat haben, sondern es geht darum, dass Regionen gemeinsam versuchen, ihre schwerwiegenden ökonomischen, sozialen, politischen und ökologischen Probleme zu lösen, in einer Welt, die durch die ganze Globalisierung heute in einer Weise verändert wird, wie wir es uns vor dreißig Jahren nicht vorstellen konnten.

Ich bin mir bewusst, dass die Wünsche nach einem eigenen kurdischen Nationalstaat im Bewusstsein kurdischer Menschen immer noch eine Rolle spielen. Nehmen Sie den Namen der Zeitschrift ‚Kurdistan Report'. Hier wird der Begriff ´Kurdistan` so gebraucht, dass ein Nationalstaat gemeint sein könnte. So wird es jedenfalls die türkische Seite interpretieren und damit ihre Separatismus-Befürchtungen bestätigt sehen.

Doch noch etwas anderes. Es gibt die Vorstellung, dass der eigene Nationalstaat ein friedlicher, nicht repressiver Nationalstaat sein wird. Das ist jedoch keineswegs selbstverständlich. Erinnern Sie sich daran, was die Kurden im Irak lange Zeit einander angetan haben, als sich die beiden führenden Parteien gegenseitig bekämpften. Ob im eigenen Nationalstaat die Korruption auf einmal wegfällt, ob die soziale Unterdrückung und Begünstigung von Eliten auf einmal aufgehoben wird, dies ist doch alles sehr, sehr fraglich. Sie können in den so genannten Entwicklungsländern sehen, wohin sie wollen. Was Sie dort beobachten, ist nicht ermutigend. In den Befreiungsbewegungen gab es immer wieder die Hoffnung, der Kampf würde die Menschen läutern. Doch wo lässt sich das tatsächlich bestätigen?

EU–Türkei–Kurden: Wie sehen Sie die mittel- und kurzfristigen Ziele? Wird die Türkei Mitglied der EU werden? Wird die Türkei dadurch die kurdische Frage lösen können? Wird sich die EU vermehrt für die Kurdenfrage einsetzen, um die Türkei in die EU aufnehmen zu können?

Die EU hat im Augenblick selbst große Schwierigkeiten. Es geht dabei nicht so sehr um die bisher gescheiterte Verfassung, sondern um die institutionellen Möglichkeiten der EU, auf vielen Feldern handlungsfähiger zu werden, nicht zuletzt auch im Bereich der Außenpolitik. Wir erleben gerade, dass Frau Merkel davon spricht, sie wolle einen neuen Ansatz finden. Der neue französische Präsident hat etwas Ähnliches gesagt und eine baldige Regelung gefordert. Doch ist es noch schwer einzuschätzen, was wirklich erreicht werden wird. Sicher erscheint mir jedoch, dass ohne Fortschritte in dieser Hinsicht die Beitrittsfrage ungelöst bleiben wird. Auch sind bekanntlich weder Frau Merkel noch Herr Sarkozy Freunde eines türkischen EU-Beitritts.

Ferner ist es eine große Frage, wie sich das Verhältnis der EU zu den USA entwickeln wird. Die USA setzen viel stärker als EU-Europa auf militärische Optionen. Sie wollen durch ihre militärische Hochrüstung – dazu gehört auch die Raketenabwehrgeschichte, die mit dem lächerlichen Argument ´Abwehr von Raketen aus dem Iran und Nordkorea` begründet wird – ihren Vorsprung weiter ausbauen und dadurch auch die Abhängigkeit der EU von den USA verstärken. Welche Flexibilität die EU dann wirklich haben wird, eine eigenständige Politik zu entwickeln, die mehr auf Kooperation und Aussöhnungsprozesse ausgeht, bleibt abzuwarten. Bisher sind die EU oder einzelne EU-Staaten außenpolitisch eher als Ausführungsgehilfen der USA tätig. In dem Maße wie eine selbständigere europäische Politik aufkommt, haben die Europäer wahrscheinlich ein größeres Interesse, Probleme kooperativ zu bearbeiten. Vielleicht lernen sie aus den Katastrophen der US-amerikanischen Versuche, Interessen militärisch durchzusetzen.

Wenn die EU ihre Schwierigkeiten überwinden und wenn mit Initiative der kurdischen Seite der Terrorismusvorwurf aufgehoben werden würde, dann sehe ich durchaus die Chance, dass die EU sich auch für die kurdische Frage einsetzen könnte. Denn sie kann an diesem – ich sage es mal sehr herb – anachronistischen, also unzeitgemäßen Konflikt, kein Interesse haben. Er muss im Sinne der Menschenrechte, dem Recht auf eigene Kultur, eigene Traditionen und politische, soziale und ökonomische Gleichberechtigung aufgelöst werden. Im Augenblick müssen wir da noch schwere Aufklärungsarbeit leisten.

Was für eine Aufklärungsarbeit sollte denn Ihrer Meinung nach betrieben werden?

Indem wir immer wieder versuchen, den wirklichen Inhalt des Konflikts zur Sprache zu bringen. Indem wir die öffentlich geäußerten Meinungen, die ein Bild zeichnen, kurdische Terroristen störten den Frieden und die Militärs seien gute NATO-Partner, immer wieder kritisieren und dem ein Realbild dieses Konflikts entgegensetzen. Wir müssen für die Einhaltung der Menschenrechte in diesem Konflikt eintreten und immer wieder friedenspolitische Strategien der Konfliktbearbeitung zur Diskussion stellen. Das ist unsere Aufgabe. Wir waren und sind bereit, am friedenspolitischen Dialog teilzunehmen und ihn auch mit EU-Politikern zu vermitteln. In diesem Sinne halten wir es für außerordentlich bedeutsam, dass vor einigen Monaten in Ankara eine gemeinsame Konferenz von türkischen und kurdischen Intellektuellen, Künstlern usw. stattgefunden hat. Auf ihr wurde versucht, eine Grundlage für friedenspolitische Arbeit in einem progressiven Sinne über ethnische Grenzen hinweg zu schaffen. Das wollen wir unterstützen, indem wir es hier bekannt machen und damit zu einem Umdenken in Deutschland beitragen. Ich vermute, diese Aufgaben werden uns noch lange beschäftigen, denn gesellschaftlicher Wandel erfordert einen langen Atem. ♦

Repression zielt zunehmend auf einfache Vereinsmitglieder

Kein Ende der Kriminalisierung

Nick Brauns

Der Termin war günstig gewählt. Einen Tag, nachdem der türkische Ministerpräsident Tayyip Recep Erdoğan gemeinsam mit Bundeskanzlerin Merkel die Industriemesse in Hannover eröffnet hatte, präsentierte ihm die deutsche Polizei ein besonderes Willkommensgeschenk. In den Morgenstunden des 17. April 2007 durchsuchte ein Großaufgebot der Polizei den kurdischen Verein *Mala Kurda* in Köln sowie 40 Wohnungen von Vereinsmitgliedern und beschlagnahmte zahlreiche Unterlagen, Computer etc. Nur einen Tag später folgte eine Polizeiaktion in Bayern. 35 Wohnungen, Vereinsräume und Büros von Kurden in Nürnberg, Ingolstadt und Regensburg wurden durchsucht. Die Razzia richtete sich laut Polizeipräsidium Mittelfranken gegen 32 Beschuldigte, denen Verstöße gegen das PKK-Verbot durch Spendensammlungen, die Anmietung von Bussen zu Demonstrationen und den Vertrieb von Propagandamaterial vorgeworfen wurde.

Auffällig bei den Kölner Razzien war der erneute Versuch, politisch aktive Kurden mit dem kriminellen Milieu in Verbindung zu bringen. So fasste die Polizei die Razzien gegen Mitglieder des *Mala Kurda* mit einer am selben Tag laufenden Polizeiaktion gegen Drogen- und Waffenhandel in Köln zusammen. Möglich wurde dies, weil gegen einen des Waffenhandels verdächtigen Kneipenwirt auch wegen angeblicher Erpressung von Geldern für die PKK ermittelt wurde. „Großrazzia gegen die türkische Drogenmafia" titelte die Kölner Lokalpresse entsprechend. Diese Methode erinnert an frühere Versuche der konservativen Presse, der PKK Verbindungen zum Drogenhandel zu unterstellen. Nachgewiesen werden konnte der PKK eine solche Finanzierung nie – während in den 90er Jahren ein Frankfurter Gericht der damaligen türkischen Ministerpräsidentin Tansu Ciller Verwicklungen in die Drogenmafia nachsagte.

Die Polizeiaktion in Bayern wurde laut Beschluss des Amtsgerichts Nürnberg vom 6. März 2007 durch ein § 129-Verfahren wegen des Verdachts auf Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung ausgelöst. Die Bundesanwaltschaft hatte dieses Verfahren gegen drei politisch aktive Kurden zwar eingestellt, die Ermittlungsergebnisse aber an die untergeordneten Staatsanwaltschaften weitergegeben. Diese leiteten gegen eine Vielzahl einfacher Unterstützer von kurdischen Kulturvereinen Verfahren wegen Verstößen gegen das Vereinsgesetz (§ 20 Abs. 1-4) ein. Einmal mehr hat sich der § 129 als reines Ermittlungsinstrument zum hemmungslosen Datensammeln entpuppt. Bekanntlich kommt es in weit über 90 Prozent aller Verfahren nach § 129 und 129a (terroristische Vereinigung) niemals zu einer Anklage.

Um die kurdische politische Bewegung in ihrer Breite zu treffen, sind Anklagen nach dem Vereinsgesetz ein wesentlich wirksameres Mittel als die Paragraphen 129 und 129a. Letztere lassen sich nur auf mutmaßliche Kader der kurdischen Bewegung anwenden, die Verfahren sind zudem kosten- und zeitintensiv. Verurteilungen wegen Verstößen gegen das Vereinsgesetz vor den Oberlandesgerichten treffen dagegen die breite Masse der Sympathisanten, Vereinsmitglieder und Vorstände und sind häufig mit einer Bewährung verbunden. Die Verurteilten dürfen dann nicht mehr die kurdischen Vereine oder politische Veranstaltungen besuchen, mitunter wird ihnen gezielt der Kontakt zu einzelnen Genossen untersagt. Bei Zuwiderhandlung droht Gefängnis. Verurteilungen wegen des PKK-Verbots führen regelmäßig zur Ablehnung von Einbürgerungsanträgen oder gar dem Widerruf der Asylgewährung. Dies bedeutet neue kostspielige juristische Auseinandersetzungen für die Betroffenen.

Razzien oder Festnahmen auf Demonstrationen haben zudem einen erheblichen Einschüchterungseffekt. Aktivisten bleiben den Vereinen und Versammlungen fern. Dies lässt die Vereine auf die Dauer durch den Verlust von Mitgliedern und Sympathisanten finanziell austrocknen und trägt auch zur Schwächung der *Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland* (Yek-Kom) als Dachverband bei.

Das Austrocknen der Finanzquellen der kurdischen Bewegung gehört zu den Maßnahmen, auf die sich die PKK-Sonderkoordinatoren der US-, türkischen und irakischen Regierung vergangenen Dezember bei einem Treffen in Stuttgart geeinigt hatten. Auch die Festnahme hochrangiger Führungsfunktionäre der PKK soll besprochen worden sein. Bei einer Reise durch sechs europäische Länder und die Türkei Ende letzten Jahres verglich der Vizekoordinator für Terrorismusbekämpfung im US-Außenministerium, Frank Urbancic, die PKK mit einer Krake. „Jeder ihrer Arme muss angegriffen werden", erklärte Urbancic. Mit einem solchen konzertierten Vorgehen zusammen mit europäischen Polizei- und Justizbehörden hof-

fen die USA, die Türkei zu beruhigen, die schon länger auf ein militärisches Vorgehen der US-Besatzer gegen PKK-Lager im Nordirak drängt.

Vor den Razzien in Köln und Bayern gab es bereits am 10. Januar eine erste Durchsuchungswelle in mehreren deutschen Bundesländern. Anfang Februar folgten Razzien und die Festnahme von 15 teilweise prominenten kurdischen Exilpolitikern in Frankreich. Ihnen wurde „Finanzierung von Terrorismus, organisiertem Verbrechen und Geldwäsche" zur Last gelegt.

Als nächster Schlag erfolgte am 19. März die Festnahme der in Frankreich als Flüchtling anerkannten kurdischen Exilpolitikerin Sakine Cansiz in Hamburg aufgrund eines internationalen Haftbefehls der Türkei. Eine Auslieferung „wegen Zugehörigkeit zu einer terroristischen Organisation" scheiterte an den mangelhaften Unterlagen der türkischen Justizbehörden, die europäische Mindestanforderungen in keiner Weise erfüllten. Der Haftbefehl habe „keine nach Zeit, Ort und Art der Begehung konkret beschriebene Straftat, die der Verfolgten zur Last gelegt wird," enthalten. Da dies der deutschen Justiz auch schon vor der Festnahme von Frau Cansiz bekannt sein musste, diente ihre Inhaftierung kurz vor dem Newrozfest vor allem der Einschüchterung der kurdischen Bewegung. Der lange Arm Ankaras sollte auch in den Fluchtländern spürbar sein, so offenbar das Kalkül der Strafverfolgungsbehörden. Der Türkei wurde zugleich bedeutet, sich in Zukunft mehr Mühe bei der Vorlage von internationalen Haftbefehlen zu geben. Dass Cansiz im Falle ihrer Auslieferung Folter und langjährige Haft gedroht hätte, war jedenfalls nicht Grund ihrer Freilassung auf Beschluss des Hamburger Strafsenats. Weiterhin in Auslieferungshaft befindet sich in der Schweiz das Kongra-Gel-Leitungsmitglied Mehmet Eşiyok. Ende 2005 war er am Züricher Flughafen festgenommen worden, als er politisches Asyl beantragen wollte.



Hanseatisches OLG Hamburg lehnt Auslieferung der kurdischen Politikerin ab
Der erste Strafsenat des Hanseatischen Oberlandesgerichts Hamburg beschloss, die Auslieferung der kurdischen Politikerin Sakine Cansiz in die Türkei abzulehnen. Der Haftbefehl wurde aufgehoben und die Kurdin am 25. April aus dem Hamburger Gefängnis entlassen. Einen Dank an alle, die sich für die Freilassung von Sakine Cansiz eingesetzt haben.

An eine Aufhebung des PKK-Verbots ist augenblicklich nicht zu denken. Das machen jüngste Einschätzungen der Bundesregierung und des Bundesamtes für Verfassungsschutz deutlich. „Die Klassifizierung der PKK [*als terroristische Vereinigung*] beruht auf einer einstimmigen Entscheidung der zuständigen EU-Gremien", heißt es in der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag. Eine Aufhebung der Entscheidung setzte ein ebenso einstimmiges Votum dieser Gremien voraus. „In der Sache besteht zu einer solchen Aufhebung keine Veranlassung: die PKK verfügt, unbeschadet ihrer wiederholten Waffenstillstandserklärungen, über Fähigkeiten zu terroristischen Aktionen und die Entschlossenheit, sich dieser Mittel zu bedienen." (BT Drucksache Nr. 16/4991). Konkrete Terrorakte der PKK benennt die Bundesregierung folglich nicht, es reicht, dass die kurdischen *Volksverteidigungskräfte* weiterhin über Waffen verfügen, um ihnen die Fähigkeit zum „Terrorismus" zu unterstellen.

An eine Aufhebung des PKK-Verbots ist augenblicklich nicht zu denken.

Entsprechend behauptet der Verfassungsschutz in einer aktuellen Veröffentlichung, der *Volkskongress Kurdistan* (Kongra-Gel) verfolge eine „Doppelstrategie". Außerhalb der Türkei versuche der Kongra-Gel, durch weitgehend gewaltfreie Protestaktionen auf die Lage der Kurden in der Türkei aufmerksam zu machen, während er in der Türkei mit bewaffneten Auseinandersetzungen Druck auf den Staatsapparat ausübe. Aufgrund dieser Doppelstrategie sei der seit 1999 von der kurdischen Bewegung in Europa praktizierte Gewaltverzicht „nicht unumkehrbar", so der Verfassungsschutz. Konkrete Anhaltspunkte für eine Rückkehr der Organisation zu Gewalttaten in Europa hat zwar auch der Verfassungsschutz nicht, doch er warnt: „In der Vergangenheit führte eine Zuspitzung der Situation in der Türkei nicht selten auch zu – teilweise militanten – Reaktionen von PKK-Anhängern in Deutschland."

Das Vorgehen der deutschen Behörden gegen politisch aktive Kurden in Deutschland und das Schweigen der Bundesregierung zu schweren Menschenrechtsverletzungen der türkischen Sicherheitskräfte tragen allerdings nicht dazu bei, eine solche befürchtete „Zuspitzung in der Türkei" zu verhindern.

„Europa hat ein Abkommen mit der Türkei", sieht der auf der Gefängnisinsel Imralı inhaftierte Abdullah Öcalan im Gespräch mit seinen Rechtsanwälten am 2. Mai die Situation realistisch. „Entsprechend diesem Abkommen ist die PKK in Ungnade gefallen. … Als Gegenleistung hat die Türkei ihre gesamte Wirtschaft den europäischen Ländern geöffnet. Deutschland hat angefangen, Großaufträge zu erhalten. … So wurden die Kurden ganz offen verkauft." Dafür, dass europäische Konzerne sich am Bau des zerstörerischen Ilisu-Staudamms beteiligen und Rüstungsaufträge erhalten, wird die Verfolgung der PKK in Deutschland aufrechterhalten und auf Frankreich ausgeweitet und Mehmet Eşiyok bleibt in der Schweiz in Auslieferungshaft. Die Kurden wurden wahrlich gleich doppelt verkauft. ♦

Die Wasserfrage im Mittleren Osten am Beispiel des Ilisu-Staudamms

Konfliktpotential wird erheblich erhöht

Ercan Ayboğa, Initiative zur Rettung von Hasankeyf

Mit dem Bau des geplanten Ilisu-Staudammes am Tigris in Nord-Kurdistan wird die Diskussion um die Bewirtschaftung der Ressource Wasser wieder belebt. Ilisu ist die größte Talsperre[1] am Tigris mit einem riesigen Stauvolumen (10,4 km²). Somit könnte die Türkei neben dem Euphrat auch den Tigris weitgehend kontrollieren.

Wasser ist vor allem im Mittleren Osten, aber auch in Nordafrika, in der Sahelzone, in Mittel- und Südasien ein knappes Gut. In den meisten anderen Ländern und Regionen der Welt ist das Wasser zwar auch nicht im Überfluss vorhanden, doch in diesen genannten Regionen ist es für das Leben von Mensch und Natur insgesamt sehr entscheidend. Kennzeichnend für den Mittleren Osten ist dabei, dass die meisten Flüsse im Vorderen Orient grenzüberschreitend fließen, sodass etwa der Bau von Staudämmen und die Entnahme von Flusswasser durch ein Land auch das Nachbarland oder gar mehrere Länder betreffen. In den Vordergrund treten die Flüsse Euphrat, Tigris, Jordan und Nil.

Im Mittleren Osten hat die Türkei gegenüber den anderen Staaten deutlich mehr Wasserreserven – sowohl absolut als auch pro Kopf, was vor allem an den beiden Flüssen Euphrat und Tigris liegt. Beide fließen vom Osttaurusgebirge die Grenze zu den Staaten Syrien und Irak überquerend nach Süd-Südosten zum Persischen Golf und geben diesem Land auch den historischen Namen Mesopotamien (Zweistromland). Im niederschlagsarmen Mittel- und Süd-Mesopotamien, das ausschließlich das Wasser dieser beiden Flüsse zur Verfügung hat, bildete sich über Jahrtausende hinweg eine weitflächige und intensive Bewässerungskultur mit hohen landwirtschaftlichen Erträgen aus[2]. Nord bzw. Obermesopotamien, das heutige Nord-Kurdistan innerhalb der Grenzen der Türkei, ist zumeist gebirgig, verfügt über ausreichende Niederschläge (400 bis 1 000 mm pro Jahr, entspricht den Raten in den meisten Teilen Europas) und ist reichhaltig an Pflanzenarten, sodass eine intensive Bewässerungskultur sich hier nicht zu entwickeln brauchte; Regenfeldanbau (Anbau ohne künstliche Bewässerung) kann ohne größere Probleme betrieben werden.

GAP und Ilisu

Der Ilisu-Staudamm ist Teil vom Südostanatolienprojekt GAP, das 1984 von der Türkei in Angriff genommen wurde. Es ist zurzeit auf der Welt das gigantischste Wasserkraftwerks- und Bewässerungsprojekt seiner Art. Das GAP sieht vor, die Flüsse Euphrat und Tigris an insgesamt 22 Dämmen zu stauen und 17 600 km² Land (1,76 Mill. Hektar) zu bewässern. Insgesamt sollen 19 Kraftwerke an den beiden Flüssen 27 300 GWh Strom erzeugen. Mehr als zwölf der Staudämme sind schon errichtet. Die Gesamtkosten des GAP werden auf 32 Mrd. $ angesetzt. Nach offiziellen Angaben soll GAP die „arme" südost- und ostanatolische Region (Nord-Kurdistan) mittels Erzeugung von Energie, Bewässerung und Schaffung von Arbeitsplätzen (3,6 Mill. werden angegeben) an den „modernen und technischen Fortschritt" angebunden werden. Bisher wurden etwa 80 % des ausschließlich dem Westen der Türkei dienenden Wasserkraftpotentials gebaut, jedoch andere Aspekte wie die Bewässerung vernachlässigt. Denn der Staat bekommt ja seinen Strom und das zählt.

Die Türkei sträubt sich seit Beginn des GAP, Syrien und Irak in Bezug auf das Euphrat-Tigris-Wasser zu konsultieren. Sie betrachtet das Wasser als den „eigenen Reichtum, so wie das Öl andere Staaten der Region besitzen". Sie hat z. B. nicht die UN-Konvention über die Nutzung nicht-schiffbarer grenzüberschreitender Wasserwege von 1997 unterzeichnet. Diese enthält die Prinzipien der fairen und angemessenen Nutzung („equitable and reasonable utilization") grenzüberschreitender Wasserwege, der Partizipation und Konsultation zwischen den Flussanrainerstaaten.

Zweifellos wird mittels des GAP viel Strom produziert und nicht unerheblich Land bewässert, dessen Agrarprodukte irgendwann exportiert werden könnten – spürbare regionale Entwicklung hat es nicht herbeigeführt. Doch hintergründig versteht die Türkei GAP jedoch erstens als strategisch-politische Waffe gegen ihre südlichen Nachbarn und im Zusammenhang damit auch als eine Möglichkeit, das gestaute Wasser an andere Staaten im Süden zu verkaufen. Somit werden mit GAP mehrere Ziele gleichzeitig verfolgt.

Bedeutung von Euphrat und Tigris für Irak und Syrien

Um zu verstehen, wie sehr Syrien und der Irak vom Wasser des Euphrat und Tigris abhängen, sollten einige Zahlen erwähnt werden. Die Wassermenge des Euphrat, die den Persischen Golf erreicht, kommt zu 92 % aus dem Staat Türkei, d. h. nur zu 8 % speist sich der Fluss von Zuflüssen oder dem Grundwasser in Syrien und Irak. Beim Tigris

kommen 55 % des Wassers aus der Türkei. Die restliche Wassermenge ergibt sich aus dem Zulauf mehrerer Flüsse aus dem Zagrosgebirge (verläuft parallel zur irakisch-iranischen Grenze) in den Tigris innerhalb des Iraks.

Die schon errichteten Talsperren am Euphrat haben ein Stauvolumen von über 90 km³, was etwa mindestens dem zweieinhalbfachen jährlichen Durchfluss des Euphrats von der Türkei nach Syrien entspricht. Die Durchflussmenge ist von 950 auf 500 Kubikmeter pro Sekunde nach Fertigstellung der Talsperren am Euphrat gefallen. Auf dem Tigris ist ein gesamtes Stauvolumen von über 20,5 km³ geplant, wobei der jährliche Durchfluss in den Irak etwa 17 km³ beträgt.

Der Euphrat ist für Syrien lebenswichtig, für den Irak beide, wobei der Tigris für ihn bedeutender ist. Die Menschen im Irak und in Syrien benutzen das Flusswasser hauptsächlich für die Bewässerung ihrer Felder und für die Trinkwasserversorgung. Energieerzeugung durch die Wasserkraft spielt für die beiden Staaten im Hinblick auf die beiden Flüsse keine wichtige Rolle. Faßt die gesamte Ernte im Irak hängt vom Bewässerungswasser ab, da der normale jährliche Niederschlag in nur sehr begrenzten Gebieten einen Regenfeldanbau ermöglicht. Im Irak beziehen große Städte wie Mossul, Dohuk und Bagdad ihr Trinkwasser vom Tigris. Schon jetzt ist die Wasserqualität in keinem guten Zustand (es wird intensiv aufbereitet, was aber keine gute Qualität garantiert); ein Aufstauen und Benutzen des Flusswassers zur Bewässerung innerhalb der türkischen Grenzen wird die Qualität und Quantität deutlich verringern.

Im Konkreten heißt es für die Landwirtschaft, dass die Errichtung von Talsperren wie Ilisu zur Folge haben wird, dass sie durch die Verringerung des Tigris-Wassers (um bis zu 40 %), das Ausbleiben der Überschwemmungen, die verringerte Sedimentfracht (vom Fluss mitgeführte Feststoffe) und verringerte Wasserqualität erheblich leiden wird. Für die Trinkwasserversorgung wird es problematisch, weil das Wasser im geplanten Stausee höchstwahrscheinlich euthropieren (umkippen) wird und die Wasserqualität so dramatisch verschlechtert wird, dass es kaum noch mit Maßnahmen zu überwinden ist. Hierbei ist wichtig zu wissen, dass es nach einer Euthrophierung unmöglich ist, den Ilisu-Stausee zu sanieren.

Hinzu kommt zu allen Problemen, dass sowohl im Irak als auch in Syrien die Bevölkerung schnell wächst und somit der Bedarf nach mehr Bewässerung und Trinkwasser steigt. Angesichts der Tatsache, dass dieses hohe Bevölkerungswachstum erst einmal anhalten wird, wird die Frage ums Wasser noch bedeutender werden, d. h. in das politische Blickfeld rücken. Sowohl Qualitäts- als auch Quantitätsminderungen können sich für die Bevölkerung der beiden Staaten Mesopotamiens fatal auswirken und alle Lebensbereiche negativ beeinflussen.

Die aufgeführten Zahlen zeigen, dass die Türkei das Wasser von Euphrat und Tigris regelrecht für viele Monate abdrehen könnte, im Falle des Euphrats problemlos länger als ein Jahr. Aber auch ein Zuviel an Wasser zur falschen Jahreszeit (im Sommer) kann unterhalb des Staudamms Schäden verursachen.

Wasser als Waffe – Erhöhung des Konflikpotentials

Es wird selbst für einen Staat wie Türkei nicht einfach sein, das Wasser einfach abzudrehen. Selbst wenn sie den Wasserhahn am Tigris und Euphrat nicht zudrehen sollte, reicht allein das Potential dafür aus, es politisch einzusetzen. Seit Jahren ist es so, dass allein ein einfacher politischer Konflikt dazu führen kann, dass die Grenzen zum Irak durch die Türkei geschlossen werden können, was sich vor allem auf die Menschen der Grenzregion auf nördlicher Seite wirtschaftlich sehr negativ auswirkt. Und wenn nun noch eine Möglichkeit des Zudrehens des Wassers hinzukommt, kann die Lage insgesamt instabiler werden. Um ihre politischen Ziele in erhitzten Diskussionen gegenüber dem Irak durchzusetzen, ist es oft nicht nötig, dass die Türkei auf den Tigris nebenbei hinweist. Durch den Ausbau der Staukapazität für das Tigriswasser wird das Konfliktpotential erheblich erhöht. Denn das Kernproblem dabei ist, dass es zwischen diesen drei Staaten kein Abkommen über die Bewirtschaftung des Euphrat- und

Am 20. Mai 2007 demonstrierten über 2000 Menschen gegen das Ilisuprojekt. Die zumeist direkt Betroffenen marschierten von einem nahe gelegenen Dorf bis nach Hasankeyf.

Die Initiative zur Rettung von Hasankeyf protestierte zusammen mit dem Yusufeli-Kulturverein und zwei Munzur Vereinen aus Dersim (Verein zum Schutz des Munzurtales und natürlichen Lebens; Die Verrückten von Munzur) gegen den Weltkongress des Internationalen Wasserkraftverbandes, der vom 29. bis zum 31. Mai in Antalya abgehalten wurde. Zuvor wandten sich die vier Organisationen, die alle von Talsperren und Wasserkraftwerken betroffene Menschen vertreten, in einem Brief an den IHA, in dem sie kritisierten, dass das IHA-Mitglied VA Tech (Andritz) sogar gegen



Prostesttag in Hasankeyf   Foto: DIHA

die Nachhaltigkeitskriterien des IHA verstößt.

Am 15. Juni 2007 zog sich die schweizer Züricher Kantonalbank (ZKB) aus der geplanten Finanzierung des Ilisu-Projektes mit einer kurzen Erklärung zurück. Kurz zuvor wurde eine Kampagne von der europäischen Ilisu-Kampagne gegen diese schon in andere Skandale verstrickte Bank begonnen. Neben der ZKB sind noch die österreichische Bank of Austria, die französische Société Général mit Sicherheit, aber auch die drei türkischen Banken Akbank, Işbank und Garantibank mit größter Wahrscheinlichkeit an der geplanten Vergabe von Krediten beteiligt. Ein Ziel der jetzigen Kampagne in Europa ist die Forderung nach einem Zurücktreten der europäischen Banken von dem Projekt.

Tigriswassers gibt. Abkommen heißt, dass alle drei Staaten in Verhandlungen zu einem gemeinsamen Ergebnis über die Benutzung der Wasserkapazitäten kommen und nicht eine Seite alles diktiert, Werte einseitig vorschreibt und die anderen unter Druck setzt. Da die Türkei sich zurzeit weigert, solch ein Abkommen überhaupt zu diskutieren und das Wasser als „grenzüberschreitend“ und nicht „international“ betrachtet, wird es in den nächsten Jahren auch nicht dazu kommen. Die Türkei versucht momentan aus zwei ganz spezifischen Gründen, das Ilisu-Projekt schnell durchzupeitschen. Zunächst ist die irakische Regierung sehr schwach und sie wird es nicht wagen, sich offen wegen des Projektes gegen die Türkei zu stellen. Zum Zweiten verhandelt die Türkei mit der EU noch nicht die Wasserthemen, was aber in wenigen Jahren der Fall sein kann, wenn der EU-Prozess weitergeht. Nach EU-Recht muss es das besagte Abkommen mit Anrainerstaaten geben, bevor ein Projekt wie Ilisu verwirklicht werden könnte.

Der Druck durch Kampagnen der vom Ilisuprojekt Betroffenen und von Nichtregierungsorganisationen (NGO) in Europa hat die drei Regierungen von Deutschland, Österreich und Schweiz aufgrund der beantragten Exportkreditbürgschaften dazu gebracht (denn die Kriterien für Exportkreditversicherungen verlangen es), von der Türkei Konsultationen mit Irak und Syrien über das Ilisuprojekt zu verlangen. So haben im Mai 2006 erste Gespräche über das Ilisuprojekt begonnen. Dabei handelt es sich jedoch um eine Täuschung seitens der Türkei, denn die bisher durchgeführten drei Treffen haben Syrien und Irak keine neuen wichtigen Informationen erbracht. Ein Treffen Ende März 2007 von Ministern der drei Staaten, bei dem vereinbart wurde, einen Zeitplan über Gespräche zu erstellen, wurde von der türkischen Regierung bzw. türkischen Presse so dargestellt, als ob Syrien und Irak mit dem Ilisuprojekt einverstanden wären. Dies stellte sich als eine bewusste Desinformation dar. Der Türkei geht es vielmehr darum, den Regierungen von Deutschland, Österreich und der Schweiz zu zeigen, dass sie sich bewegt und Syrien und Irak konsultiert, damit sie die für das Ilisuprojekt wichtigen Exportkreditversicherungen genehmigen.

Kennzeichnend für die Türkei ist, dass sie in sich viele Konflikte birgt und auch keine guten Beziehungen zu Nachbarstaaten pflegt. Sie will langfristig die Kontrolle über die in andere Staaten fließenden Flüsse ausüben, um damit politischen Druck ausüben zu können und auch, um mit dem Wasser mit anderen Staaten Handel treiben zu können. Im neuen Staat Irak wird teilweise eine Politik verfolgt, die der Türkei nicht passt. Die Türkei versucht zu verhindern, dass die KurdInnen im Irak ihre Rechte und ihren berechtigten Einfluss im Staat bekommen. So sollen sie z. B. nicht das erdölreiche Kerkuk in ihre föderale Struktur einbinden. In diesem Sinne könnte der Ilisu-Staudamm ein Mittel zur Verhinderung sein. Momentan hat die Türkei keine Möglichkeiten, irgendwelchen politischen oder wirtschaftlichen Druck auf den Irak auszuüben.

Wasser als Ware?

Ein anderer langfristig gedachter Aspekt bei den vielen geplanten und durchgeführten Talsperrenprojekten in der Türkei ist es, das Wasser als Handelsware an die südlichen Staaten wie Saudi-Arabien, Jordanien oder Israel zu verkaufen. Schon der frühere türkische Staatspräsident Özal hatte Vorschläge, tausende Kilometer lange Wasser-Pipelines zu bauen, was jedoch an der politischen Instabilität und der Ablehnung Syriens (im Hinblick auf Israel) scheiterte. Zeitweise verkaufte die Türkei Wasser des Flusses Manavgat (Provinz Antalya), was mittels großer Tanks über das Mittelmeer transportiert wurde, an Israel. Dies wurde u. a. wegen des hohen Verkaufspreises gestoppt. Vor zwei Monaten haben die Türkei und Israel über große Pipelines konkret verhandelt, die neben Gas, Öl, Strom auch Wasser von der Türkei nach Israel transportieren sollen, wovon ebenfalls auch Palästina und Jordanien profitieren könnten. Eine endgültige Entscheidung ist in nächster Zeit zu erwarten.

Dieser Aspekt des Verkaufs von Wasser ist zwar heute kein sehr großes Thema, aber mit dem anhaltenden hohen Bevölkerungswachstum, der Verschmutzung der Wasserreserven und der zu erwartenden Erhitzung des Klimas kann sich hier schon in mehreren Jahren die Situation ändern.

Die allgemeine Forderung sollte dahingehend sein, ein Abkommen zwischen den Staaten Türkei, Irak und Syrien über eine nachhaltige Bewirtschaftung der Euphrat- und Tigriswasserressourcen zu erreichen. Nur das könnte einem Missbrauch und einer Misswirtschaft des Wassers entgegenwirken. Die Wasserreserven sollten so genutzt werden, dass sie sich erneuern können. Dies beinhaltet, dass die Bewässerung (vor allem innerhalb der Türkei) nicht ausgebaut werden sollte. Auch eine Verringerung des Bevölkerungswachstums spielt eine wichtige Rolle. Wichtig dabei ist auch, dass ökologische Aspekte berücksichtigt werden, um u. a. die Flüsse als wichtiges Ökosystem erhalten zu können. Dies ist im Hinblick auf einen langfristigen Schutz und Umgang mit den Wasserressourcen notwendig, was jedoch leider der Irak und Syrien bei ihrer Kritik an Ilisu und GAP bisher nicht beachten. Auch sie haben Pläne, die Wasserreserven sehr intensiv zu nutzen.

Es bedarf einer grundlegenden Veränderung in der Einstellung gegenüber der Bewässerung in der Landwirtschaft, der Energiepolitik/Wasserkraftwerkpolitik, dem Stellenwert der Flüsse als erhaltenswerte Ökosysteme. ♦

Fußnoten:

1.) Es gibt zwei Arten von Talsperren: Staudamm und Staumauer. Da in Staaten wie der Türkei fast nur Staudämme gebaut werden, setzen viele Autoren beide Begriffe gleich.

2.) In den Ländern dieser Regionen herrscht überwiegend Wasserknappheit bzw. -mangel. Von Knappheit beim Wasserdargebot wird gesprochen, wenn pro Kopf und Jahr weniger als 1 700 Kubikmeter Wasser zur Verfügung stehen; von chronischem Wassermangel, wenn dieser Betrag auf unter 1 000 Kubikmeter fällt. Weiterhin ist es wichtig zu sagen, dass für eine Gesamtbetrachtung es nicht ausreichend ist, wenn ein Staat insgesamt pro Kopf und Jahr einen hohen Betrag hat. Wichtig ist die lokale und regionale Bilanz.

3.) Dies war die wichtigste Vorraussetzung für die ersten großen Hochkulturen (beginnend mit den Sumerern) der Menschheit.

Erinnerungen an Burhan Karadeniz und die Geschichte des kurdischen Fernsehens

Der Rollstuhl und die „Zauberbüchse“

Cahit Mervan, Journalist, Brüssel



Burhan Karadeniz Foto: wikipedia

Diyarbakır 1992 … Ein Augusttag … In jenen frühen Morgenstunden versäumte der sehr junge Journalist Burhan Karadeniz (dessen Schnurrbart erst zu wachsen begonnen hatte) es nicht, auf dem Weg zur Arbeit bei der Tageszeitung *Özgür Gündem* wie immer Vorkehrungen zu treffen. Etwa hundert Meter von seiner Wohnung entfernt, im Laufschritt auf dem Bürgersteig, konnte er dem plötzlichen Schuss und dem parallel dazu aus seinem Mund strömenden warmen Blut keine Bedeutung beimessen. Es war derselbe Moment, in dem er begriff, dass er in der kürzesten Zeitspanne seines Lebens erschossen wurde und zu Boden fiel. Sein Bewusstsein war klar. Er hielt sich nicht zurück, den bzw. die Täter zu verfluchen. Während der Täter in den tiefen Schutzbereich des Staates eintauchte, lag Burhan blutüberströmt auf dem Bürgersteig. Er sprach und rief Parolen. Vielleicht aus diesem Grunde hatte es die Polizei nicht eilig, Burhan schnellstmöglich ins Krankenhaus zu bringen. Die Kugel hatte von hinten seinen Hals durchbohrt und war mit derselben Wucht unter seinem Kinn wieder ausgetreten. In Kurdistan, wo täglich drei bis fünf Menschen auf offener Straße hingerichtet wurden, arbeiteten die Rettungswagen leider nicht mit derselben Geschwindigkeit. Burhan wurde 35 Minuten, nachdem er von diesem gewaltigen Schlag getroffen worden war, ins Krankenhaus eingeliefert.

Der erste medizinische Eingriff wurde spät vorgenommen. Er lebte. Aber seine Beine, die ihn durch alle Straßen von Diyarbakır getragen hatten, konnten nicht mehr. Er war gelähmt. Er würde bis ans Ende seines Lebens auf den Rollstuhl angewiesen sein. Burhan kam nach Deutschland, um sich behandeln zu lassen. Und wurde ein politischer Flüchtling. Er gab den Journalismus aber nicht auf.

Der türkische Staat, der beharrlich der kurdischen Presse ihr Existenzrecht verweigert, ist nicht nur ein Staat, der Journalisten tötet und Morde begeht, sondern wird in die Geschichte als ein Staat eingehen, der die Büros einer Zeitung bombardierte. „Kräfte der dunklen Macht“, die viele Kolumnisten, Reporter und Zeitungsausträger tötete oder mit Behinderungen zurückließ, sorgten auch für die Schließung der Zeitung *Özgür Gündem*. An deren Stelle wurde die *Özgür Ülke* herausgebracht. Aber die Zentrale der Zeitung in Istanbul wurde in der Nacht des 4. Dezember 1994 durch eine Bombe zerstört. Dieser Angriff war im Rahmen des „Zum-Schweigen-Bringen“-Erlasses der damaligen Ministerpräsidentin Tansu Ciller durchgeführt worden, wie sich später herausstellte, und zog keinerlei Untersuchungen nach sich. „Gute Jungs“ hatten ein „Zentrum“ von Staatsgegnern getroffen: Die vierstöckige Zentrale wurde vollkommen zerstört. Die Mitarbeiterin der Zeitung Ersin Deniz verlor dabei ihr Leben. Dieser offene Terror des türkischen Staates gegen die kurdische Presse führte sowohl im Inland als auch im Ausland zu Reaktionen. Im Frühjahr 1995 war auch Burhan in seinem Rollstuhl unter den Gästen der Solidaritätsveranstaltung für *Özgür Ülke* in Leverkusen. Burhan sprach vor Tausenden Gästen Worte, die nicht nur die Ohren erklingen ließen, sondern in den Herzen eine unauslöschliche Spur hinterließen: „Die Mörder denken, dass sie mich in den Rollstuhl verbannt haben. Aber sie sollen wissen, dass dieser Rollstuhl eine Ehrenmedaille für mich ist.“

Es ist seltsam, aber dieser brünette kurdische Jüngling, der mit leicht gebeugtem Kopf sprach, erinnerte mich an den bekannten kurdischen Regisseur Yılmaz Güney, der sein Leben im Exil verlor. Als würde Burhan 1984 in Paris und Güney 1995 in Leverkusen sprechen. Das Exil hatte ihre Wege vereint.

Aus der Sicht von Burhan soll das nicht alles gewesen sein. Er hat mit seiner „Ehrenmedaille“ viele schöne Dinge, nie rostend und unauslöschlich, federführend begleitet.

Gegen Ende 1994 begann die Nachricht sich zu verbreiten: Die Kurden gründen ein Fernsehen. Nach den Gerüchten, die von Ohr zu Ohr gingen, hieß es, schon in ein paar Tagen würden die Testsendungen beginnen. Die Diskussionen zwischen den Skeptikern, die der Ansicht waren: „Die schaffen es nicht“, und den Zuversichtlichen, die meinten: „Die schaffen es“, nahmen einen wichtigen Platz im Tagesgeschehen ein.

Für die nicht-kurdischen LeserInnen dieses Artikels muss es ungeheuer schwierig abzuschätzen sein, was ein Fernsehgerät bedeuten kann. Es bedarf einer großen Empathiefähigkeit, etwas nicht Vorhandenes nachzuempfinden, während man zu Hause Dutzende TV-Kanäle in eigener Sprache sehen kann. Ich bin leider gezwungen zu behaupten, dass die moderne Welt diese Empathie den Kurden vorenthalten hat.

Wir waren sehr aufgeregt. Endlich würde die „Zauberbüchse" auch in unserer Sprache sprechen. So wie am 22. April 1898 in der ägyptischen Hauptstadt Kairo die erste kurdische Zeitung „Kürdistan" durch Mithat Bedirxan erschienen war, so sollte auch das erste kurdische Fernsehen im Exil seine Sendung aufnehmen. Eine ungeheure Sache, die noch einige Jahre zuvor nicht einmal erträumt werden konnte, sollte sich verwirklichen. Wie eine Revolution … Es war unglaublich. Es hieß, dass der Sender am 21. März auf Sendung gehen würde. Aber es klappte nicht. Ein Bekannter rief mich an: „Siehst du, sie haben es nicht geschafft. Die Kurden sind nicht zu etwas fähig, diese Kurden erst recht nicht!" Ehrlich gesagt gab ich ihm Recht, obwohl mein Innerstes sich wehrte. Kurden und ein nationaler Fernsehsender … Vorurteile, im Kopf aburteilen, war das nicht immer eine Seite von uns?

Die Diskussionen und die Vorurteile fanden schließlich am 30. März ein Ende. Das erste Nationalfernsehen der Kurden, MED-TV, hatte mit der Testsendung begonnen. Es war ein Logo, das sich, untermalt von kurdischer Musik, ständig auf dem Bildschirm drehte. Diejenigen, die es gesehen hatten, erzählten ausgiebig denen, die es noch nicht zu Gesicht bekommen hatten, wie „kesk u sor u zer", d. h. die nationalen kurdischen Farben Grün, Rot und Gelb, sich zeigten, wie schön das Logo von MED-TV war. Wer noch keine Satellitenschüssel hatte, besuchte Bekannte, um das Logo sehen zu können.

MED-TV beendete am 15. Mai seine Testsendung und ging in den normalen Sendebetrieb über. Jetzt wurden aus der Zauberbüchse die Nachrichten auf Kurdisch vorgetragen. Der Sendebeginn von MED-TV überschüttete das kurdische Volk mit Glück. Gleichzeitig machte es diejenigen, die die Verleugnung des kurdischen Volkes zu ihrer Hauptaufgabe gemacht hatten, äußerst wütend. Denn MED-TV kannte keine Grenzen. Es konnte in Kurdistan, im Mittleren Osten, auf dem Kaukasus und in Europa klar empfangen werden. Es wurde sozusagen eine Nation geschaffen. Das war vor allem für die anti-kurdische Politik der türkischen Republik ein heftiger Schlag. Aus diesem Grunde wurde MED-TV für sie zu einem wichtigen Angriffsziel.

Anfangs wurde in einzigartiger Weise versucht, die Übertragung zu verhindern. Störsignale attackierten den Satelliten und die Türkei war damit beschäftigt, „Signalterror" auszuüben.

Damit nicht genug. Auf Intervention der Türkei stürmten belgische Sicherheitskräfte die Studios von MED-TV in Denderleeuw und schlossen den Sender. Kurze Zeit später stellte sich heraus, dass die Informationen, die die türkische Regierung den belgischen Vertretern hatte zukommen lassen, nicht der Wahrheit entsprachen. Diese Operation, bekannt unter dem Namen „Sputnik", entwickelte sich in der Folgezeit regelrecht zu einem Skandal. Mit dem Groll, den die Türkei empfand, als sie ins Leere lief, klopfte sie weltweit an jede Tür mit der Forderung, MED-TV die Sendelizenz zu entziehen. Dafür gab sie Koffer voller Dollars aus. Schließlich musste MED-TV 1997 seine Sendungen unterbrechen, weil der Lizenzvertrag annulliert worden war. Am 15. August desselben Jahres nahm es den Betrieb erneut auf. Aber den ganzen Tag über war es wieder dem „Signalterror" des türkischen Staates ausgesetzt.

Gegen Ende des Jahres 1998 verstärkte sich die Belagerung von MED-TV. Während einer Sendung am 9. Oktober, an der der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan telefonisch teilnehmen sollte, begann erneut der „Signalterror". Dies setzte sich in Abständen fort. Schließlich wurde die MED-TV-Lizenz von der britischen ITC annulliert. Am 22. März 1999 ging MED-TV, endete unsere Liebe.

An jenem Tag strömten viele KurdInnen zum MED-TV-Studio, als sie von der Schließung erfuhren. Als das letzte Bild von MED-TV vom Bildschirm verschwand, wollten die Tränen der in der Cafeteria versammelten Menschen kein Ende nehmen. Die erste Liebe war außergerichtlich liquidiert worden.

Burhan Karadeniz brachte diese Liquidation auf die Formel: „Heute fand in jedem kurdischen Haus ein Begräbnis statt." Die Liebes- und Kampfader der ersten Liebe hatte sich dermaßen festgesetzt, dass nach kurzer Zeit CTV auf Sendung ging, später unter den Namen MEDYA und Mezopotamya TV. Um es klassisch auszudrücken: Das Recht der Kurden auf Information nahm seinen Platz in der Zauberbüchse unter einem neuen Namen ein. Andere kamen mit der Zeit hinzu. In der Zeit des Sturzes des Saddam-Regimes nahmen in Südkurdistan mehrere Satelliten-Fernsehkanäle ihren Betrieb auf. Kürdistan TV, Kurd-Sat sind darunter die größten und wichtigsten. Nachdem MEDYA TV seine Sendungen eingestellt hatte, begann ROJ-TV. Später kamen MMC, ein Musikkanal, ein Radiosender DENGE MEZOPOTAMYA, Zagros TV und betraten ebenfalls die kurdische Medienlandschaft. Im iranisch besetzten Teil Kurdistans beschleunigten sich die TV-Entwicklungen in den letzten Jahren. TISK, KOMELA, ROJHILAT ergänzte sich jüngst zu NEWROZ TV, das seit dem 21. März 2007 mit den Testsendungen begonnen hat.

Leider hat Burhan all diese Entwicklungen nicht mehr gesehen. Im März 2003 verlor Burhan in Bochum sein Leben. Sein Leichnam wurde nach Kurdistan, in seinen Geburtsort Diyarbakır, die geheimnis- und liebevolle Stadt vieler Kurden, überführt und dort beigesetzt. Aber der Rollstuhl, der Burhan als Ehrenmedaille begleitete, ist in der belgischen Kleinstadt Denderleeuw ausgestellt, in der MED-TV, CTV, Mezopotamya TV und zuletzt ROJ-TV ihre Studios unterhielten, so dass jeder ihn sehen kann. Nun kann dieser Rollstuhl, die Ehrenmedaille der kurdischen Medien, es kaum erwarten, die kurdischen TV-Sender bei der Rückkehr in ihre Heimat federführend zu begleiten. ♦

Kurdische Druckmedien, 1898–2007

Freiheit und Unterdrückung

Dr. Majid Hakki

Iran ist einer der gefährlichsten und unsichersten Plätze der Welt für Pressemitarbeiter und Journalisten. Während der letzten 28 Jahre wurden Dutzende von Journalisten und Verlegern inhaftiert, hingerichtet oder umgebracht oder in so genannten außergerichtlichen Serienmordoperationen getötet.

Seit Präsident Mahmoud Ahmadinejad und sein Team von in erster Linie ehemaligen Kommandeuren der Revolutionswächter und Offizieren der Geheimdienste im August 2005 die Macht erlangten, gehen die Behörden scharf gegen Journalisten vor. Seit 2006 wurden 38 Journalisten verhaftet und Dutzende Medienanstalten wurden zensiert.
Außerdem werden viele Journalisten ohne Gewährung von Fundamentalrechten in Haft gehalten.

In einem Vortrag auf der Vierten Bedirkahn-Konferenz vom 21. und 22. April in Berlin referierte der kurdische Publizist Dr. Majid Hakki zu Fragen insbesondere der kurdischsprachigen Medien im Iran. Im Folgenden geben wir eine gekürzte Zusammenfassung dieses Vortrags wieder.

Die Pressefreiheit und die Freiheit der Meinung werden in den iranischen Gesetzen nicht ausreichend gewürdigt. Im Iran haben die Presse und andere Veröffentlichungen nur Freiheit, wenn sie sich nicht nachteilig im Sinne der fundamentalen Prinzipien des Islam oder der Rechte der Öffentlichkeit verhalten.[1]

Die Verfassung der Islamischen Republik Iran ist die Quelle der Haltung des islamischen Regimes, sie ist glatt im Sanktionieren und Diskriminieren, ungerecht gegenüber den iranischen Bürgern und den verschiedenen ethnischen Gruppen des Landes. Die Verfassung eines Landes kann angesehen werden als das Grundmaß der Werte, die eine Regierung an das Leben der Menschen gibt. In Europa und vielen demokratischen Nationen werden diese Handlungen der jeweiligen Regierungen durch Gesetze geregelt.

Die ethnischen und nationalen Minderheiten im Iran haben keine verfassungsmäßigen Rechte, um das Land zu regieren. Nach Artikel 12 der Verfassung ist die offizielle Religion des Iran der Islam und die Ja'fari-Schule, deren Prinzipien für unveränderlich gelten. Die Verfassung erkennt keine nationalen oder ethnischen Minderheiten an, jedoch religiöse: Zoroastrier, Juden und christliche Iraner werden laut Artikel 13 als religiöse Minderheiten anerkannt.

Die persische Sprache (Farsi) ist nach Artikel 15 die offizielle Landessprache und Schriftsprache des Iran. Alle offiziellen Dokumente, Korrespondenzen, Texte und Textbücher müssen in Persisch veröffentlicht werden. Andere Sprachen im Iran werden als „Stammessprachen" bezeichnet und sind nur örtlich erlaubt. Der Gebrauch von „Regionalsprachen" oder „Stammessprachen" ist in der Presse, in Massenmedien und im Schulunterricht nur in Ergänzung zum Persischen gestattet, das Studium der „Stammessprachen" ist verboten.[2]

Der Iran ist ein multinationales und multikulturelles Land, in dem über 10 Millionen Kurdinnen und Kurden leben – ca. 14 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die kurdische Sprache ist nach dem Rundfunkgesetz als Auslandssprache eingestuft.

Für weitergehende Informationen über die Strukturen der iranischen Verfassung und die Machtverteilung ist die Internetseite *Who holds the Power* der BBC empfehlenswert.[3]

Entwicklung kurdischsprachiger Veröffentlichungen im Iran

1912 wurde die erste kurdische Schule von Abdulrazagh Baderkhan in Khoy City im Nordwesten des Iran gegründet. *Kurd-Newspaper* war 1921 die erste Veröffentlichung in Iranisch-Kurdistan von Isma'il Agha Shikak, Simko in Uromiye. Die bedeutendste Periode kurdischer Literatur in Ost-Kurdistan datiert zum Ende des Zweiten Weltkrieges und umfasste 11 Monate in den Jahren 1946 und 1947. Trotz der Kürze der Zeit fand eine beachtliche Entwicklung in der kurdischen Literatur und Publizistik statt. Zahlreiche Zeitungen, Zeitschriften, Bücher und Gedichte, wie z. B. die Dichtung *Hejar* und *Hemin* wurden veröffentlicht. Die Unterdrückung, die dem Fall der Republik folgte, zwang die meisten Intellektuellen ins Exil, meist in den Irak.[4, 5]

Nach dem Zusammenbruch der kurdischen Republik begann ein Jahrhundert scheußlicher Gesetze, die Reza Shah e Pahlavi einführen ließ. Viele brutale Kampagnen gegen die Kurden hatten unbezifferte Vertreibungen und ernsthafte finan-

zielle Verluste für das kurdische Volk zur Folge. Reza Shah verbot kurdische Veröffentlichungen und Schulen. Kurdische Publikationen im Iran überlebten niemals lange – ein Ergebnis von diskriminierenden Vorschriften, die gegen die Herausgeber und Schriftsteller durchgesetzt wurden. Die vom Shah verbreitete Vorstellung, dass es sich bei den Kurden um eine Art Unter-Identität der Perser handele und somit die Kurden faktisch Perser seien, hält sich durch Propaganda bis in unsere Tage. Die Verlage, die sich dieser Ansicht widersetzten, wurden kurzerhand geschlossen.

Nach der Revolution 1979 wurde die Monarchie vertrieben und der Iran wurde eine verfassungsmäßige theokratische Republik. Die islamische Regierung war jedoch unwillig, ihrer kurdischen Minderheit nationale Rechte zu gewähren. Die Islamische Republik Iran begann ihre Herrschaft mit der Erklärung eines „Jihad" gegen die Kurden im Jahre 1979 und attackierte kurdische Städte und Dörfer in Ost-Kurdistan.

In den ersten drei Jahren nach 1979, während der Stabilisierung der Islamischen Republik, erlebte das kurdische Verlagswesen zunächst eine neue Wachstumsphase. Besonders in den kurdischen Gebieten im Iran wurde eine ungeheure Zahl von Zeitungen und Magazinen veröffentlicht. Nach dem Abzug der Peshmerga-Streitkräfte aus den kurdischen Städten und Dörfern ließ die Islamische Republik unter harten Bedingungen einige Zeitschriften wie *Sirwe* und *Awene* zu. Der Redaktionsstab beider Magazine steht unter direkter Kontrolle des *Ministeriums für Kultur und islamische Rechtsleitung* („Ershad"), das den Inhalt der kurdischen Veröffentlichungen überwacht.

Mit dem Beginn der Präsidentschaft von Mohammad Khatami 1997 konnten kurdische Druckschriften erscheinen. Innerhalb weniger Jahre kamen Dutzende von Zeitschriften und Zeitungen zum Vorschein. Im Oktober 2003 wurde dann die erste kurdische Zeitung, die jemals in der Islamischen Republik veröffentlicht wurde, vom Revolutionsgericht verboten. Zahlreiche weitere Verbote von Zeitungen, Zeitschriften und Verlagshäusern folgten.

Zur Situation kurdischsprachiger Publikationen im Iran

Seit Juli 2005 hat die iranische Regierung mehr als 43 kurdische Druckschriften verboten. Mit der derzeitigen konservativen Vorherrschaft wird diese Taktik fortgesetzt und konzentriert sich besonders auf die pro-reformistischen Medienanstalten. Nach Demonstrationen in 2006 in Sanandaj, der Hauptstadt der kurdischen Provinz im Iran, wurden durch die Behörden viele kurdische Journalisten und Menschenrechtsaktivisten festgenommen. Am nächsten Tag wurde durch das *Ministerium für Kultur und die islamische Rechtsleitung* die kurdischsprachige Tageszeitung *Ashti* und die zweisprachige Zeitung *Aso* (kurdisch/persisch) geschlossen. Ebenfalls 2006 wurden 9 kurdische Journalisten verhaftet und Dutzende Medienanstalten überprüft.

Während unter der Präsidentschaft von Khatami die Universität von Kordestan (Sanandaj) und die Universität von Teheran hohes Ansehen im Bereich der kurdischen Sprachstudien erlangten und Kurdisch als Lehrfach angeboten wurde, sind seit Beginn der Präsidentschaft von Ahmadinejad den Universitäten diese Aktivitäten verboten, das Studieren der kurdischen Sprache ist an den Universitäten nicht erlaubt und viele kurdische Sprachzentren wurden durch Sicherheitskräfte geschlossen.

Die Islamische Republik Iran erlaubt limitierte kurdische Nachrichten im Fernsehen und Radio für einige Stunden in der Woche. Die Programminhalte stehen im Zusammenhang mit Religion und der offiziellen Politik der Regierung.

Hinsichtlich der neuen Medien wird eine Politik strenger Zensur verfolgt und das Regime in Teheran hat wohl eine der härtesten Einschränkungen der Welt, was die Nutzung des Internets angeht. Im Schulterschluss mit China betreibt der Staat ein ausgefeiltes Filtersystem. Dies scheint die einzige Möglichkeit zu sein, um der Tendenz in der iranischen Bevölkerung entgegenzuwirken, vermehrt in verschiedenen Sprachen (Farsi, Kurdisch, Türkisch und Arabisch) zu schreiben.

Der Verkauf, Besitz und das Betreiben von Satellitenantennen ist verboten und kann mit Gefängnis bestraft werden. Zu diesem Aspekt hat der iranische Regisseur Rahim Zabihi den Kurzfilm „Satellite" gedreht, der beim *Kurdischen Filmfestival 2006* im Dezember in Berlin gezeigt wurde. Der Film beschreibt in 20 Minuten, wie es einem ergeht, der sich über die Gesetze hinwegsetzt, er weist aber am Ende auch darauf hin, dass man langfristig mit Verboten keine Entwicklung wird verhindern können.

Von Februar bis März 2007 wurden Tausende von Satellitenschüsseln im kurdischen Gebiet beschlagnahmt. Man mag spekulieren, ob es eine Reaktion auf den Film war.

Aus dem Ausland betriebene TV-Stationen werden von der Regierung geblockt, insbesondere, wenn sie in Kurdisch und Farsi senden.

Iran ist das Land mit dem größten Gefängnis für Journalisten im Mittleren Osten. Die Behandlungen, Verhöre, Vorladungen, Verhaftungen, die willkürliche Ingewahrsamnahme von kurdischen Journalisten nimmt stark zu. Journalisten können oft nur durch sehr hohe Kautionen dem Gefängnisaufenthalt entgehen.

Selbstzensur hat sich als das beste Mittel herausgestellt, um im Medien- und Pressebereich zu überleben. Nur so werden sinkende Zahlen der zu Gefängnis verurteilten Journalisten erklärbar. Themen wie soziale Tabus, Frauenrechte und regionalethnische Belange gehören zum Bereich "Betreten verboten". ♦

Dr. Majid Hakki gründete 1993 *Dengê Kurd*. Es ist die erste kurdische Veröffentlichung in Finnland. Seit 1999 wird *Dengê Kurd* auch online publiziert unter www.dengekurd.com.
Aktuell ist Hakki Chefredakteur der *Kurdistan Media News Agency*, www.kudistanmedia.org.
Der vollständige Vortrag wird zusammen mit allen anderen Beiträgen der Bedirkhan-Konferenz von der Berliner *Gesellschaft zur Förderung der Kurdologie e.V.* (www.kurdologie.de) in einem gesonderten Band veröffentlicht werden.

Fußnoten:

1.) Islamic Republic Of Iran, Press Law (Ratified on March 19, 1986) And Its Executive By-law (January 31, 1987)

2.) The Constitution of Islamic Republic of Iran, {Adopted on: 24 Oct 1979} {Effective since: 3 Dec 1979} { Amended on: 28 July 1989} {ICL Document Status: 1992}

3.) BBC, Iran: Who holds the Power, http://news.bbc.co.uk/2/shared/spl/hi/middle_east/03/iran_power/html/default.stm, 11.4.2007

4.) M. R. Hawar, Ismail Agha Shukak And The Kurdish National Movement, Sweden 1996

5.) Joyce BLAU, The Kurdish Language and Literature, http://www.institutkurde.org/en/language/ 23.3.2007

Die EU trägt eine Mitschuld an der Eskalation gegen die tamilische Bevölkerung

Warum lasst Ihr uns nicht in Frieden?

Warum lassen sie uns nicht in Frieden? Dies ist die Frage, die sich die Tamilen momentan stellen. Seit mehr als fünfzig Jahren kennen wir nichts als Verfolgung und Unterdrückung. Wir legten große Hoffnung in den Friedensprozess, der vor fünf Jahren in Sri Lanka begann, da die tamilische Seite zum ersten Mal bei Verhandlungen das Gefühl bekam, gleichberechtigt behandelt zu werden. Dies ist insbesondere auf die neutrale Rolle zurückzuführen, die das europäische Land Norwegen als Vermittler zwischen der srilankischen Regierung und den Tamilen eingenommen hat.

Obwohl die tamilischen Flüchtlinge trotz des Friedensprozesses nicht wie vereinbart in ihre Häuser, zu ihren Schulen und Tempeln zurückkehren konnten, weil diese immer noch von der srilankischen Armee besetzt gehalten werden, hatten wir immer noch Hoffnung. Obwohl die srilankische Armee und ihre paramilitärischen Gruppen trotz des Waffenstillstandes immer wieder tamilische Zivilisten und politische Aktivisten in unserem Heimatland ermordeten, um die Kontrolle über uns zu behalten, und ihre militärischen Sicherheitsinteressen über unsere Lebensbedürfnisse stellten, hatten wir immer noch Hoffnung. Obwohl die Anteil nehmenden Spenden der internationalen Gemeinschaft nach dem Tsunami-Unglück unsere Brüder und Schwestern in den tamilischen Gebieten nicht erreichten, weil die srilankische Regierung und die USA die gerechte Verteilung der Gelder durch ihre Politik komplett sabotierten, hatten wir immer noch Hoffnung. Wir hatten die Hoffnung, dass die internationale Gemeinschaft den neutralen Ansatz Norwegens übernehmen würde, in dem unser Leiden und unsere Aspirationen ebenfalls anerkannt werden. Obwohl Länder wie die USA sich negativ in die Friedensverhandlungen einmischten, behielten wir die Hoffnung, dass die Europäische Union die norwegische Regierung in ihrer konstruktiven Arbeit weiter unterstützen würde.

Aber unsere Hoffnungen wurden zerstört. Mit dem Beschluss der Europäischen Union, die LTTE – die Repräsentantin der Tamilen – als terroristische Organisation zu verbieten, hat sie einseitig in den Konflikt interveniert und damit unsere politischen Aspirationen kriminalisiert. Die EU gibt vor, diese Entscheidung im Interesse des Friedens getroffen zu haben. Aber was weiß die EU schon davon, was es bedeutet, in unserem Land Frieden zu schaffen, ohne die Seite der Opfer dieses Krieges zu berücksichtigen. Wir selbst mussten unfreiwillig unsere Heimat verlassen, um hier Schutz und Frieden zu finden vor denjenigen, die heute wieder von der EU darin bestärkt werden, eine militärische Lösung zu suchen. Der Beschluss, die LTTE als eine der beiden Konfliktparteien zu kriminalisieren, hat die Hardliner in der srilankischen Regierung, die sich grundsätzlich gegen jegliche politischen Verhandlungen mit der tamilischen Seite ausgesprochen haben, in ihrem Kurs bestätigt, weiter auf Krieg und Unterdrückung zu setzen.

Die Konsequenz des Beschlusses war mitnichten, die LTTE „an den Verhandlungstisch zu zwingen“, sondern gab der srilankischen Regierung grünes Licht für neue militärische Auseinandersetzungen. Wie kann die EU ernsthaft glauben, dass sie dadurch die Friedenspolitik fördern könne? Tatsächlich hat sie sich mit dem Entschluss zum LTTE-Verbot von dem neutralen Kurs der norwegischen Vermittler entfernt, wie der frühere Friedensvermittler Norwegens, Erik Solheim, am 20. Mai 2006 öffentlich bekannt gab: „Dies bedeutet mit Sicherheit, dass Norwegen in den Friedensverhandlungen um Sri Lanka noch mehr isoliert wird, da wir eines der wenigen Länder sein werden, die in der Lage sind, völlig unparteiisch mit beiden Seiten, der srilankischen Regierung wie auch mit den Tamil Tigers, zu verhandeln.“ In der Tat mussten alle Beobachter der Überwachungsmission des srilankischen Waffenstillstands, die von EU-Staaten gestellt wurden, ihre Arbeit einstellen. Das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* schreibt dazu am 14. August 2006: „Srilankische Beobachter, Diplomaten der Regionalmacht Indien, vor allem aber Mitglieder des norwegischen Verhandlungsteams, das eigentlich den Friedensprozess moderieren soll, geben der EU eine Mitschuld an dem Desaster. (...) EU-Diplomaten in Colombo sprechen nun von einem übereilten Verdikt gegen die Tiger, können aber die Uhr nicht mehr zurückdrehen.“

Tod und Vertreibung der tamilischen Bevölkerung

Wiederholt hatte die tamilische Exilgemeinde Europas die EU auf die Gefahren ihres Handelns hingewiesen.

Nun haben sich unsere Befürchtungen in den Monaten nach dem EU-Beschluss leider bewahrheitet, die Kämpfe zwischen der LTTE und der srilankischen Regierung sind mittlerweile wieder offen ausgebrochen. Zehntausende tamilische Zivilisten sind innerhalb des Landes auf der Flucht. Hilfslieferungen werden von der srilankischen Regierung blockiert, die sich ihrerseits kaum um die Flüchtlinge kümmert. Hilfswerke sprechen von einer drohenden humanitären Katastrophe v. a. an der Ostküste des Landes. Fast 160 000 Vertriebene suchen derzeit in der Stadt Batticaloa Schutz. Sie sind Hunger, mangelnder medizinischer und hygienischer Versorgung sowie Angriffen von paramilitärischen Einheiten ausgesetzt. Die Regierungsarmee treibt immer wieder ganze Gruppen von Flüchtlingen ins Kampfgebiet zurück, wo sie zur Zielscheibe von Geschützfeuer und Opfer von Minenfeldern werden. Das Bündnis „Entwicklung hilft", bestehend aus den humanitären Organisationen *Brot für die Welt*, *Welthungerhilfe*, *terre des hommes*, *medico international* und *misereor*, forderten am 11.4.2007 in einer Pressemitteilung „die Bundesregierung und den Bundestag auf, gemeinsam mit der Europäischen Union den Druck auf Colombo zu erhöhen. Die Verantwortung für die aktuelle Eskalation liegt vor allem bei der Regierung in Colombo."

Dass die EU eine Mitschuld an dieser Eskalation trägt, verbittert umso mehr, da internationale Organisationen, die vor Ort die Zuspitzung der Krisenlage und den Niedergang des Friedensprozesses beobachten konnten, im Vorfeld die EU vor ihrem Vorhaben warnten. Generalmajor Ulf Henriccson, ehemaliger Leiter der skandinavischen „Sri Lankan Monitoring Mission" (SLMM) war mit der verantwortungsvollen Aufgabe betraut, die Einhaltung der Waffenstillstandsvereinbarungen während des Friedensprozesses zu überwachen, und wurde von der EU im Vorfeld gebeten, eine Einschätzung über die Konsequenzen eines LTTE-Verbotes zu geben. In dem darauf folgenden Memorandum der SLMM warnte Henriccson eindeutig vor einer Eskalation des Konfliktes im Falle eines LTTE-Verbotes durch die EU – seine Einschätzung hat sich bewahrheitet. Auf einer Konferenz zur Krisenlage in Sri Lanka am 23. März 2007 in Berlin erklärte er nun: (...) „Aber die Europäische Union sollte realisieren, dass sie keine gute Entscheidung getroffen hat [mit dem LTTE-Verbot]. Es hat sich negativ auf den Friedensprozess ausgewirkt. Es ist schwer, ein Verbot als terroristische Organisation wieder aufzuheben, und dann stehen natürlich auch die USA hinter dieser Entscheidung. Die USA und Großbritannien haben starken Druck ausgeübt, um dieses Verbot zu erwirken. Doch es gibt auch führende EU-Politiker, die denken, dass dies keine gute Entscheidung war. Und dann muss auch mehr Druck auf die srilankische Regierung ausgeübt werden. Es muss die Regierung einiges kosten, denn sie – wie schon gesagt wurde – hat nach dem LTTE-Verbot durch die EU das Gefühl, ‚wir haben einen Freifahrtschein, die Tigers zu bekämpfen' (...) Und ich würde sagen, die Europäische Union hat den Schlüssel für einen Neuanfang. Das ist keine angenehme Aufgabe und es wird lange Zeit dauern, für all diese Konflikte gibt es keine schnelle Lösung, es braucht eine lange Zeit. Aber ich denke, wir müssen uns an die Europäische Union wenden, die einzige, die etwas verändern könnte. (...) Sie müssen ihren Fehler realisieren und selbst wenn sie das LTTE-Verbot nicht aufheben können, sollte zumindest auch die Regierung auf die Verbotsliste aufgenommen werden, wenn diese sich weiterhin so verhält, wie sie es momentan tut."

Die srilankische Regierung setzt momentan alles dran, dass das EU-Verbot umgesetzt wird, insbesondere in Deutschland, da es momentan den EU-Ratsvorsitz innehat. Da aufgrund starker Tendenzen innerhalb der deutschen



10 000 Tamilen demonstrieren in Genf vor UN
Um die 10 000 Mitglieder der tamilischen Diaspora in Europa sind am Montag in Genf in der Schweiz zusammengekommen und vor die Vereinten Nationen gezogen, um Solidarität der Weltgemeinschaft für das Recht der Tamilen auf Selbstbestimmung und Eigenstaatlichkeit einzufordern.
TamilNet, 11. Juni 2007 21:58 GMT



Plakat gegen die Bombardierung eines Kinderhauses durch die Armee Sri Lankas, bei der 61 Kinder getötet und 150 verletzt worden sind.
Weitere Informationen dazu: http://www.eelam.com/2006/Chencholai_airstrike_140806.html

Institutionen und NGOs gegen das EU-Verbot und der Erkenntnis, dass es in Deutschland keine kriminellen Aktivitäten der LTTE gibt, wenig Interesse besteht, das Verbot mit aller Strenge umzusetzen, hat die srilankische Regierung seit letztem Monat zu eigenen Mitteln gegriffen, die besorgte tamilische Gemeinschaft in Deutschland unmittelbar anzugreifen und ihre friedliche Solidarität und Gemeinschaftlichkeit zu zerstören. Die srilankische Regierung arbeitet dafür eng mit kleinen, kriminellen Banden tamilischer Jugendlicher zusammen, die organisiert wurden, um systematisch jedes kulturelle Zusammenkommen gewaltsam zu torpedieren, das momentan von der tamilischen Gemeinschaft veranstaltet wird. In der tamilischen Gemeinschaft in Deutschland hat sich bereits Angst breitgemacht, zu jeglichen gemeinschaftlichen Aktivitäten zusammenzukommen, wenn kriminelle Banden mit Messern und Macheten bewaffnet die Familien und Kinder terrorisieren.

Warum ist die EU von der neutralen Position abgewichen?

Der bisherige Ansatz der EU bei der Unterstützung Norwegens war, dass es keine militärische, sondern eine politische Lösung des ethnischen Konfliktes in Sri Lanka geben muss. Dies war ein wichtiger Schritt, da in der Geschichte äußere Kräfte den Konflikt bisher dazu benutzt hatten, ihre eigenen Interessen voranzubringen, anstatt zu seiner Beilegung beizutragen. Der Friedensprozess gab die Möglichkeit, die tief sitzenden politischen Fragen und die Gründe für den ethnischen Konflikt in Sri Lanka zu behandeln. Zu Beginn der Friedensverhandlungen akzeptierte selbst die srilankische Regierung, dass die tamilische Bevölkerung in der Geschichte Sri Lankas Verfolgung und Benachteiligung ausgesetzt war, und stimmten beide Konfliktparteien darin überein, dass die Lösung des ethnischen Konfliktes durch Gespräche gefunden werden muss, um aus der Spirale der Gewalt herauszufinden. Norwegen, als Moderator des Friedensprozesses, nahm eine neutrale und vorurteilslose Position zwischen den beiden Konfliktparteien ein und gewann das Vertrauen beider, der srilankischen Regierung und der LTTE. Aber von Beginn an waren nicht alle Länder der Welt gewillt, die aufgeklärte Position Norwegens zu übernehmen. Während zum Beispiel die USA den Norwegern in den Medien zu ihrer Wirksamkeit und Verbindlichkeit gratulierten, hoben sie gleichwohl nicht das Verbot der LTTE auf, was u. a. zum Ausschluss der Konfliktpartei von den Verhandlungen um Aufbauhilfen für Sri Lanka in Washington führte. So gab es von Anfang an Länder, in denen der Friedensprozess zwar wahrgenommen wurde, die jedoch nicht willens waren, das Schaffen von Voraussetzungen für den Erfolg dieses Friedensprozesses in Sri Lanka höher zu werten als ihre eigenen Interessen in Bezug auf Sri Lanka. Dem Paradigmenwechsel der EU, der unter starkem Einfluss der USA und ihres Verbündeten in der EU – Großbritannien – eingeschlagen wurde, liegt die Annahme zugrunde, dass das srilankische Regime mit der militärischen Hilfe insbesondere seitens der USA die LTTE bezwingen könne. Es ist aber eine unbestreitbare Tatsache, dass sich die Gründe, die zu der Entstehung des tamilischen Befreiungskampfes geführt haben, und die Realität, aufgrund derer die tamilische Bevölkerung die LTTE als ihre Beschützer betrachtet, nicht geändert haben. Daran ändert auch das Training von srilankischen Eliteeinheiten durch US-amerikanische und israelische Militärexperten und die Sendung von 310 Tonnen Militärmaterial über den US-Alliierten Pakistan nichts.

In den Parlamentswahlen vom April 2004 gewann die Tamil National Alliance (TNA) als Parteienbündnis mit überwältigender Mehrheit 22 der 24 Wahlkreise in den tamilischen Siedlungsgebieten mit der Wahlkampfaussage, dass die LTTE die „einzige und rechtmäßige Repräsentantin des tamilischen Volkes“ ist. Wie kann die Europäische Union also behaupten, das Verbot richte sich „gegen die LTTE und nicht gegen das tamilische Volk“? ♦

Dieser Artikel ist aus der Zeitung „Warum lasst Ihr uns nicht in Frieden?“. Sie wird herausgegeben von tamilischen Flüchtlingen in Deutschland unter dem Zusammenschluss des Tamil Coordination Committee Germany (TCC). Diese Zeitung umfasst eine Sammlung von Artikeln anderer Initiativen und Einzelpersonen, die in direktem oder indirektem Bezug zur Situation in Sri Lanka stehen. Diese Organisationen sind unabhängig vom TCC und der Herausgabe der Zeitung. TCC ist nicht verantwortlich für den Inhalt der einzelnen Artikel.
Tamil Coordinating Committee (TCC), Marktstr. 16, 46045 Oberhausen, tccoberhausen@t-online.de

Weitere Informatonen:
www.tcc-germany.org
www.tamilnet.de
www.friedenfuersrilanka.de
www.humanrights.de

In den Bergen der Freiheit

David, der Tolhildan

Filmbesprechung von Cansu

Der Dokumentarfilm „David, der Tolhildan" portraitiert David Rouiller, einen jungen Schweizer, der sich vor fünf Jahren der kurdischen Freiheitsbewegung anschloss. Seine sichere Existenz als Sohn eines wohlhabenden Universitätsprofessors gab er auf, um sein Leben dem kurdischen Befreiungskampf in den Bergen Kurdistans zu widmen.

Zu Hause in Genf ging er seinem Kunst- und Politologiestudium nach, das er dann abbrach, und frönte seiner Leidenschaft für Skifahren und Kickboxen. Er sprach ausgezeichnet Französisch, Englisch, Deutsch und Italienisch, lernte auch Kurdisch. Besonders für Theologie und Politik interessierte sich David und setzte sich für Benachteiligte und Minderheiten ein. An kurdischen Kundgebungen beteiligte er sich regelmäßig.

Im Jahre 2001 verschwand David spurlos und meldete sich erst 2004 per Telefon bei seinen Eltern. Für die Familie Rouiller, die schon vorher erfahren hatte, dass David sich irgendwo in den kurdischen Bergen aufhielt, war das ein Moment der Erleichterung. Davids Mutter Ursula lernte den kurdischen Regisseur Mano Khalil kennen und machte sich mit ihm auf den gefährlichen und abenteuerlichen Weg zu ihrem Sohn, in die kurdischen Berge. Ursula Rouiller kann ihren Sohn in die Arme schließen und sieht, in welchen bescheidenen Verhältnissen ihr Sohn, der Guerillakämpfer, lebt. Sie sieht die Kameradschaftlichkeit und mit welcher Überzeugung ihr Sohn, der frühere Kunststudent aus wohlhabendem und sicherem Elternhaus, seinen Kampf führt. David schwärmt von der wahren Freiheit und der genossenschaftlichen Atmosphäre auf den Bergen. Das komfortable Leben in der Schweiz sei für ihn eine gefälschte Freiheit und reinster Egoismus gewesen und er argumentiert mit der hohen Suizidrate in der Schweiz. So betont er, dass man in den Bergen der Freiheit (Kurdistan) seine natürlichen Bedürfnisse wahrhaftig entwickeln kann.

Die Gefühle einer Schweizer Familie, deren Sohn sie verlässt, um für die Freiheit eines unterdrückten Volkes zu kämpfen, treten zum Vorschein. Die Liebe einer Mutter wird deutlich, indem sie einen gefährlichen und langen Weg ins fremde Nirgendwo in Kauf nimmt, um ihren Sohn David, den Guerillakämpfer, in die Arme zu schließen und seine bescheidene und mutige Lebensweise zu bewundern. Wie groß die Liebe zu ihrem Sohn und Bruder ist, beweist die Familie mit ihrem Verständnis für sein politisches Engagement in der kurdischen Freiheitsbewegung. Der Vater schwärmt von Davids außergewöhnlichen Charaktereigenschaften und betont, dass Davids Glück ihm wichtiger sei als sein Ruf.

Eine ausgezeichnete Dokumentation, die die Sehnsucht nach Freiheit und Gerechtigkeit reflektiert. ♦



David, Tolhildan, mit seiner Mutter in den Kandil-Bergen — Foto: Mano Khalil

MUNZUR E MAWO ! (Der Munzur gehört uns!)

Nuri Aslan

Der Grund für das Beharren des türkischen Staates auf dem Staudammprojekt im Munzur-Tal trotz der wissenschaftlich festgestellten negativen Auswirkungen der Umsetzung des Planes, mehrere Staudämme zu bauen, ist ein politischer.

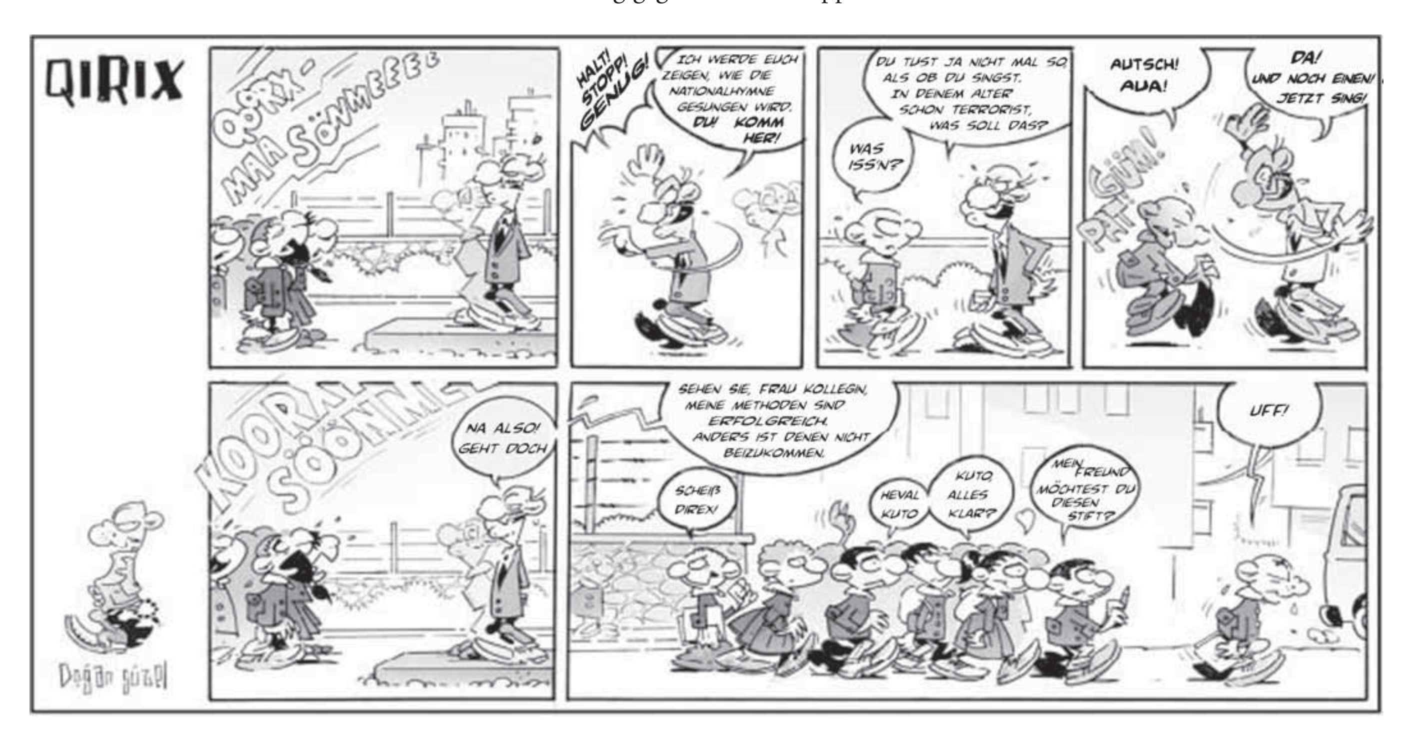
Ziel ist es, das Munzur-Tal – das Herz Dersims und aufgrund seiner natürlichen Werte seit vielen Jahren geschützt – unter Wasser zu setzen und das dortige Leben zu beenden. Das bedeutet die Migration Tausender Menschen und die Vernichtung vieler Pflanzen- und Tierarten.

Der türkische Staat will mit diesem Projekt, dessen erste Entwürfe schon in den dreißiger Jahren entstanden, strategische kurdische Lebensräume von Menschen bereinigen und damit eigene politische Bestrebungen verwirklichen. Ein weiterer tragischer Aspekt dieses Vorhabens ist es, dass Staaten Europas, die seit Jahren an der Umsetzung von Menschen- und sogar Tierrechten arbeiten und Konzepte zum Schutz natürlicher Werte erarbeiten, gegenüber den Firmen schweigen, die dieses Projekt des türkischen Staates finanzieren, das zur Katastrophe führen wird.

Als kurdischer Künstler protestiere ich mit meiner künstlerischen Aktion gegen den türkischen Staat als Betreiber dieses Projekts und seine Unterstützer. Das ist auch der Grund für meine Bilderserie „Munzur e mawo!".

Die Serie besteht aus vierzig Bildern unter drei Hauptthemen:
1.) *Die Glaubensdimension*: Dabei handelt es sich nicht um den bekannten Glauben an eine abstrakte Kraft, sondern um eine Glaubensform, die auf mythischer Ebene dem Menschen, dem Tier, der Pflanze, dem Stein Wert beimisst und auf dem Glauben an diese basiert. Die Heiligkeit der vierzig Quellen des Munzur, die aus vierzig Schritten des „Munzur Bawa", des Helden der Munzur-Legende, entstanden, kommt daher und die Bevölkerung Dersims hat sich diesen Glauben über Jahrhunderte bewahrt. Das ist auch der Grund dafür, dass sich meine Serie aus vierzig Bildern zusammensetzt.
2.) *Die nationale Dimension*: Der Grund dafür, dass ich die Namen der auf den Bildern abgebildeten vierzig Tiere und Pflanzen im kırmançkı-(dımıli-)Dialekt des Kurdischen geschrieben habe: Das ist eine Haltung gegen die seit knapp einem Jahrhundert gegen die Kurden angewandte Verleugnungs- und Vernichtungspolitik. Es ist eine Realität, dass auch wir über eine lebendige Sprache verfügen.
3.) *Die ökologische Dimension*: Die Natur ist ein Phänomen, das das eigene Gleichgewicht in sich selbst birgt. Jeder Eingriff von außen stört dieses Gleichgewicht. Menschen, Tiere, Pflanzen, Berge, Steine – alles Lebende und Nicht-Lebende hat Anteil an diesem Gleichgewicht. Der Mensch jedoch bereitet die Grundlage für eine Katastrophe vor, indem er für den eigenen Profit grob in die Natur eingreift. Er arbeitet daran, die Welt, die allen Lebewesen gemeinsam gehört, in eine Hölle zu verwandeln. Es kann weder einen politischen noch einen wirtschaftlichen Grund dafür geben, uns diese Katastrophe zu bescheren. Die Natur gehört uns allen. Somit ist es, als ob ich die Stimmen der Pflanzen und Tiere höre: „Munzur e mawo!"

Mit meinem Bild (siehe Rückseite) wende ich mich an alle Umweltbewussten, Menschenrechtsorganisationen, Tierliebhaber und als Ganzes an alle Institutionen, die die Natur schützen wollen: „Hört endlich auf die Stimmen der wirklichen Besitzer des Munzur-Tals!" ♦



Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
Fax: (32) 2 647 68 49
E-mail: knk@kongrakurdistan.com

Belgien:
KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
Fax: (32) 2 647 27 75
E-mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
Ceni - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 5989251
Fax: (49) 211 - 5989253
Email: ceni_frauen@gmx.de
http://www.ceni-kurdistan.de /

Deutschland:
YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 452
Fax: (49) 211 - 17 11 453
E-mail: yekkom@gmx.net
http://www.yekkom.com/

Österreich:
FEY-KOM
Siebenbrunnengasse 27
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9209082
Fax: (43) 1 - 5455821
E-mail: feykom@chello.at
http://members.chello.at/feykom/

Schweiz:
KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
Fax: (41) 22 32 81 983
E-mail: kurd-chr@freesurf.ch

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: 0(033) 1 42 81 22 71
Fax: 0(033) 1 40 16 47 23
E-mail: knkparis@wanadoo.fr

Italien:
Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18
00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
Fax: (39) 06 - 39380273
E-mail: uiki.onlus@fastwebnet.it
http://www.uikionlus.com/

Niederlande:
FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 - 61 41 816
Fax: (31) 20 - 61 43 468
E-mail: kicadam@xs4all.nl

Dänemark:
FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal
1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 - 22 89 98
Fax: (45) 33 - 22 59 23
E-mail: feykurd@mail.dk

Australien:
Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 - 96 76 72 45
Fax: (61) 2 - 96 76 83 32

Zypern:
Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 - 37 42 16
Fax: (357) 2 - 37 44 04
E-mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation:
Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
E-mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Ukraine:
Assoziaziya Kurdskich Obšestvanych Organisazii "Midiya"
01033 Kiew
vul. Jilyanskaya 62/64, of. 6
Tel: (38) 044 - 2201906
E-mail: midiya@ukr.net

Ungarn:
Magyarország Kurdisztani Információs és Kulturális
Egyesület
Baross u. 86 I. em. 1
1028 Budapest
Tel: (36) 1 - 21 01 137
Tel./Fax: (36) 1 - 30 36 650
E-mail: kurdinfo@freemail.hu

AZADÎ e.V.

RECHTSHILFEFONDS
für Kurdinnen und
Kurden in Deutschland

SPENDEN ERBETEN
GLS Gemeinschaftsbank eG
mit Ökobank
BLZ 430 60 967
Kto. Nr. 8 035 782 600



ISSN 0935-5375